

Einwohnerratssitzung 2009/2010
Protokoll Nr. 3

Sitzungsdatum **Donnerstag, 29. Oktober 2009**
Sitzungszeit 08:00 Uhr bis 12:15 Uhr / 13:30 Uhr – 19:00 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Yvonne Rösli
Direktwahl 041 329 63 09 29. Oktober 2009 ry

Anwesend

Präsident

Bienz Viktor

Einwohnerrat

34 Mitglieder

Achermann Marco (von 16:15 Uhr bis 17:15
Uhr abwesend)

Graber Kathrin (ab 13:30 Uhr)

Heini Martin (bis 18:30 Uhr)

Nyfelner Nicole (von 13:30 Uhr bis 16:15 Uhr)

Thalmann Robert (bis 16:15 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Solari Guido

Protokoll

Rösli Yvonne
Burkhart Petra
Sigrist Andrea

Entschuldigt

-

Traktanden

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 64 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 1</u> vom 3. September 2009 | | Seite 64 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag</u> : Genehmigung von Änderungen der Verordnung über die Pensionskasse Gemeinde Kriens (VoPKK) - Teil-Ausfinanzierung der Pensionskasse Gemeinde Kriens (PKK) | Nr. 101/09 | Seite 64 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag</u> : Politische Gesamtplanung Kriens | Nr. 103/09 | Seite 73 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag</u> : Voranschlag 2010 | Nr. 102/09 | Seite 84 |
| | <i>Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (teilweise im Bericht und Antrag integriert):</i> | | |
| 5.1 | <u>Motion Thalman</u> n: Schrittweise Annäherung des Steuerfusses an das Niveau der Agglomeration | Nr. 262/08 | Seite 117 |
| 5.2 | <u>Motion Hug</u> : Machbarkeitsstudie für eine Hochbahn
<i>Begründung & Behandlung</i> | Nr. 084/09 | Seite 118 |
| 5.3 | <u>Interpellation Konrad</u> : Sparwut in Kriens
<i>Beantwortung</i> | Nr. 082/09 | Seite 84 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag</u> : Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates - Regelung von dringlichen Vorstössen
<i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 104/09 | |
| 7. | <u>Bericht und Antrag</u> : Reglement über die politischen Rechte
<i>1. Lesung</i>
<i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 105/09 | |
| | <i>Gleichzeitig wird folgender Bericht behandelt (im Bericht und Antrag integriert):</i> | | |
| 7.1 | <u>Bericht Postulat Lammer</u> : Haltung des Gemeinderates bei kommunalen Abstimmungen
<i>abtraktandiert (Behandlung mit 2. Lesung)</i> | Nr. 034/08 | |
| 8. | <u>Bericht Postulat Brunner</u> : Anbindung der Sonnenbergbahn an ÖV & Velotransport | Nr. 044/09 | Seite 124 |
| 9. | <u>Bericht Postulat Kaufmann</u> : Heckveloträger für die Buslinie 15 | Nr. 067/09 | Seite 125 |
| 10. | <u>Bericht Postulat Tschümperlin und Mitunterzeichnende</u> : Ökihof-Satellit im Zentrum | Nr. 198/07 | Seite 126 |
| 11. | <u>Interpellation Urfer</u> : Entwicklung der demografischen Alterung in Kriens
<i>Beantwortung</i> | Nr. 058/09 | Seite 126 |

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 12. | <u>Interpellation Luthiger</u> : Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2011 auf Budget 2010 und Finanzplanung
<i>Beantwortung</i> | Nr. 069/09 | Seite 130 |
| 13. | <u>Interpellation Kaufmann</u> : Beseitigung des Abfalls von Nachtschwärmern und Vollzug der Änderung des Übertretungsstrafgesetzes
<i>Beantwortung</i> | Nr. 070/09 | Seite 133 |
| 14. | <u>Interpellation Luthiger</u> : Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2011 und der jetzigen Wirtschaftslage auf die Sozialausgaben
<i>Beantwortung</i> | Nr. 072/09 | Seite 135 |
| 15. | <u>Postulat Burkhardt</u> : Licht-Signalanlage Schappe-Center
<i>Begründung</i> | Nr. 081/09 | Seite 139 |
| 16. | <u>Postulat Bründler</u> : Gesamtheitliche Lösungen in der Krienser Verkehrspolitik - Mehr Mobilität dank einer Ortsumfahrung
<i>Begründung</i> | Nr. 083/09 | Seite 139 |
| 17. | <u>Postulat Tschümperlin</u> : Keine Benachteiligung von Krienserinnen und Kriensern wegen Pflegebettenmangel
<i>Begründung</i>
<i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 086/09 | |
| 18. | <u>Motion Graber und Mitunterzeichnende</u> : Genügend öffentliche Spiel- + Sportflächen in Kriens
<i>Begründung</i>
<i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 087/09 | |
| 19. | <u>Motion Koch</u> : Neuwahl der Krienser Delegierten in den Gemeindeverbänden REAL & RPV
<i>Begründung</i>
<i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 092/09 | |
| 20. | <u>Motion Thalmann</u> : Obligatorische Deutschtests für Einbürgerungswillige
<i>Begründung</i> | Nr. 095/09 | |
| 21. | <u>Postulat Luthiger</u> : Mehr Sicherheit für Kinder in Tempo-30-Zone Südstrasse
<i>Begründung</i>
<i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 096/09 | |
| 22. | <u>Postulat B. Bienz</u> : Bessere Nutzung des Schlössli-Parks durch Umgestaltung
<i>Begründung</i>
<i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 099/09 | |
| 23. | <u>Motion Luthiger</u> : Verbot von extremistischen, gewaltverherrlichenden Veranstaltungen
<i>Begründung</i>
<i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 106/09 | |

24. Motion Willi: Erlass von Planungszonen
Begründung
Aus Zeitgründen abtraktandiert Nr. 111/09
25. Postulat Kaufmann: Treffpunkt Museumscafé
Begründung
Aus Zeitgründen abtraktandiert Nr. 113/09
26. Postulat Piazza: Prüfung alternativer Organisations- und
Finanzierungsformen für die Heime Kriens
Begründung
Aus Zeitgründen abtraktandiert Nr. 114/09
27. Fragestunde Seite 145

Neueingänge

- Nr. 198/07 Bericht Postulat Tschümperlin und Mitunterzeichnende: Ökihof-Satellit
im Zentrum
- Nr. 044/09 Bericht Postulat Brunner: Anbindung der Sonnenbergbahn an ÖV &
Velotransport
- Nr. 113/09 Postulat Kaufmann: Treffpunkt Museumscafé
Eingang: 25.09.2009
- Nr. 114/09 Postulat Piazza: Prüfung alternativer Organisations- und Finanzierungs-
formen für die Heime Kriens
Eingang: 29.09.2009
- Nr. 115/09 Motion Brunner: Redezeitbeschränkung während der Einwohnerratssit-
zung
Eingang: 05.10.2009
- Nr. 116/09 Motion Portmann: Professionalisierung des Ratsbetriebes
Eingang: 06.10.2009
- Nr. 117/09 Bericht und Antrag: Ablösung des Konzessionsvertrages mit der CKW
- Nr. 118/09 Bericht und Antrag: Neubau Hergiswaldbrücke und Sanierung alte
Holzbrücke

1. Mitteilungen

Viktor Bienz begrüsst alle Anwesenden zur heutigen ganztägigen Sitzung, speziell die vielen Gäste auf der Tribüne.

Die Neueingangsliste wird aus zeitlichen Gründen nicht mehr verlesen, sondern den Einwohnerratsmitgliedern abgegeben.

Kathrin Graber hat sich aus beruflichen Gründen für den Morgen entschuldigt. Nicole Nyfeler wird am Nachmittag für ein paar Stunden an der Sitzung teilnehmen.

Der Voranschlag 2010 wird nach dem Mittag, um 13:30 Uhr behandelt, wie dies auf der Einladung vermerkt ist.

Weiter teilt die Vorsitzende mit, dass das Postulat Lammer: Haltung des Gemeinderates bei kommunalen Abstimmungen (Nr. 034/08) abtraktandiert wird und erst bei der 2. Lesung des Bericht und Antrages: Reglement über die politischen Rechte (Nr. 105/09) behandelt wird.

2. Protokoll Nr. 1 vom 3. September 2009

Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Das Protokoll Nr. 1 wird genehmigt und verdankt.

3. Bericht und Antrag: Genehmigung von Änderungen der Verordnung über die Pensionskasse Gemeinde Kriens (VoPKK) - Teil-Ausfinanzierung der Pensionskasse Gemeinde Kriens (PKK) Nr. 101/09

Viktor Bienz begrüsst als Fachexperten die Herren Kurmann, Rechtsanwalt, und Furrer, Pensionskassenexperte.

Gemäss Simon Konrad hat sich die FGK zwei Mal ausführlich unter Beizug von Experten (Herrn Furrer, Kurmann und Egli) mit vorliegendem Lösungsvorschlag befasst. Es wurde in den vergangenen Wochen ein gewisser Unmut in der Bevölkerung über den Millionenbeitrag der Steuerzahler an die Pensionskasse spürbar. Eine Unterdeckung kann nur geschehen, wenn zuviel Leistung ausbezahlt wird/wurde oder zuwenig Einnahmen generiert werden. Ein strukturelles Problem der PKK schliessen die Experten aus. Kritische Stimmen wurden in der FGK über den Zeitpunkt der Ausfinanzierung, die Höhe des Betrages ohne Volksentscheid, der Opfersymmetrie und die jahrelange Belastung der laufenden Rechnung laut.

Eine Verlängerung des Darlehens wäre heute noch möglich, das Problem würde jedoch weiter aufgeschoben.

Einen perfekten Zeitpunkt scheint es nicht zu geben. Der Weg in zwei Schritten scheint vernünftig und ausgewogen. Man schafft sich Zeit für die Endlösung und macht die PKK fit.

Der Regierungsstatthalter stützt das Vorgehen. Nur der Betrag von Fr. 460'000 in der laufenden Rechnung ist massgebend. Ein Volksentscheid wäre jedoch mit dem fakultativen Referendum möglich.

Die Verzinsung der Guthaben liegt mit 1.5 % unter dem Minimum, womit die Symmetrie von Arbeitgeber und Arbeitnehmer annähernd hergestellt ist.

Als erster Schritt erfolgt nun die Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital der PKK und der Sanierungsmassnahmen ab 1.1.2010 mit dem Ziel eines Deckungsgrades nahe 100 %.

Als zweiter Schritt wird voraussichtlich Ende 2012 mit dem Entscheid der Entlassung in die Selbständigkeit oder dem Anschluss an eine Vorsorgeeinrichtung (was angesichts der Interessenkonflikte der Verwaltungskommission ein denkbarer Weg wäre) stattfinden. Der Einwohnerrat entscheidet über den Zeitpunkt des zweiten Schrittes.

Zusammenfassend gilt ein „do it now“ mit einer Einigkeit nach aussen die in einer einstimmigen Zustimmung der FGK manifestiert wurde.

Peter Portmann erwähnt, dass die SVP-Fraktion grundsätzlich nichts gegen die Teilausfinanzierung der Pensionskasse hat. Für die Pensionskasse der Gemeinde Kriens ist das die einzige und letzte Gelegenheit, sich zu sanieren. Sie unterstützt den Einschuss von Fr. 30 Mio. per 31.12.2009 und die Garantie für den restlichen Betrag bis 2012. Ob der momentane Zeitpunkt ideal ist, kann vermutlich niemand sagen. Die Finanzkrise hat ihre Spuren hinterlassen und trotzdem kann davon ausgegangen werden, dass die Talsohle überschritten wurde. Schliesslich hat sich die Börse seit anfangs 2009 um über 50 % erholt. Hauptsächlich die Finanztitel stimmten in den letzten Wochen positiv. Aus dieser Perspektive kann man davon ausgehen, dass sich der Deckungsgrad in nächster Zeit auch bei der Pensionskasse Kriens verbessern wird. Ein zweiter positiver Grund ist die Tatsache, dass man zurzeit eine Phase von extrem niedrigen Zinsen erlebt. So ist die Sanierung jetzt mit niedrigen Zinsen einfacher als mit einer inflationären Tendenz.

Fr. 30 Mio. werden in die PK investiert und da hat die Gemeinde ein Rechtfertigungsproblem gegenüber dem Volk. Es werden Fr. 30 Mio. gesprochen, ohne das Volk zu fragen. Diese Sanierung muss eine einmalige Sache bleiben. Nicht etwa wie bei der Berner Lehrerpensionskasse, welche Ende der 90-er Jahre mit einer Milliarde saniert wurde und nach dem Platzen der nächsten Börsenblase einige 100 Millionen wieder verloren gingen. Das darf in Kriens nicht passieren. Eine zweite Sanierung liegt nicht drin.

Gemäss Thomas Lammer stimmen die Mitglieder der FDP-Fraktion dem vorliegenden Bericht und Antrag betreffend Pensionskasse Kriens grossmehrheitlich zu. Über den optimalen Zeitpunkt der Ausfinanzierung kann man sich berechtigterweise fragen. Es ist durchaus möglich, dass sich die Märkte weiter erholen und damit die Deckungslücke kleiner wird. Es ist aber ebenso gut möglich, dass dies nicht wie erhofft eintrifft und sich die Lücke weiter vergrössert. Diese Überlegungen hat sich auch der Gemeinderat gemacht. Die FDP findet es deshalb richtig, dass per 31.12.2009 nicht der vollständige, aber substantieller Anteil der Ausfinanzierung erfolgt. Dies widerspricht zwar der ursprünglich formulierten Absicht, zieht aber die vorher beschriebene Marktsituation in Betracht. Vor allem lässt man sich aber im Hinblick auf einen Anschluss im Jahre 2012 an eine andere Pensionskasse alle Optionen offen. Obwohl diese Frage heute nicht zur Diskussion steht, bekräftigen die FDP ihre bereits bei der Behandlung des Planungsberichtes gemachte Forderung an einen Anschluss an eine andere Pensionskasse nochmals.

Sanierungen sind nie einfach und sie sind für die Betroffenen schmerzhaft. Es wird aber als richtig erachtet, dass die vorgeschlagenen Sanierungsmassnahmen sich insgesamt ausgewogen präsentieren. Sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer werden bei der Sanierung beigezogen.

Ebenfalls sinnvoll ist die Heranführung der Leistungen an die neuen Sätze der LUPK bzw. der PKSL. Auch diese Massnahme würde den Anschluss erleichtern.

Insgesamt kann gesagt werden, dass Kriens mit dieser Vorlage in einen sauren Apfel beißen muss. Es ist aber richtig, diesen Schritt endlich zu machen und damit die PKK in geordnete Bahnen zu lenken. Zuwarten wird die ganze Situation nicht verbessern, nur verteuern. Deshalb ist es richtig, wie im Bericht beschrieben, das Problem umfassend aber auch vorausschauend anzupacken.

Judith Luthiger namens der SP-Fraktion, ist der Auffassung, dass Kriens trotz Budgetdefizit das PK Problem endlich lösen muss. Lange genug hat der damalige Gemeinderat das PK Geschäft zur Seite geschoben und nicht lösen wollen. 1998, vor 11 Jahren waren 2 FDP & 2 CVP Gemeinderäte und 1 SP Gemeinderätin am Ruder. Die bürgerlichen Parteien wollten das heisse Eisen nicht anpacken. Eine Ausfinanzierung stand zwar zur Debatte, hatte aber keine Chance. Jahrelang hat jetzt der Gemeinderat durch die Nichtausfinanzierung seine Verschuldung tief halten können und musste das Fr. 30 Mio. Darlehen lediglich zu 4 % verzinsen, das waren Fr. 900'000 Zins pro Jahr. Die Gemeinde hat so 11 Jahre ihre Zahlen beschönigt und finanziell davon profitiert.

Als sozialdemokratische Partei stellte sich die Fraktion folgende drei Fragen:

- Ist es jetzt richtig, dass die Arbeitnehmenden den grössten Beitrag leisten müssen?
- Ist es richtig, dass Rentnerinnen und Rentner jetzt und auch in Zukunft keine Teuerung auf ihre Renten erhalten sollen?
- Sind die neuen Umwandlungssätze sozialverträglich?

Es ist für alle unbestritten, dass sich auch die Arbeitnehmenden an der Sanierung beteiligen müssen. Aber jetzt bezahlen sie mehr als die Arbeitgeberin. 1 Lohnprozent plus die Minderverzinsung des Arbeitnehmenden-Guthabens müssen die Arbeitnehmenden hinnehmen und zusätzlich bekommen sie schlechtere Versicherungsleistungen. Der Kaufkraftverlust der Arbeitnehmenden steigt weiter an. Im Weiteren waren die meisten Mitarbeitenden damals noch nicht Krienser Gemeindeangestellte und müssen jetzt trotzdem dafür zahlen.

Ein einziges Mal haben die Rentnerinnen und Rentner 0,5 % Teuerung ausbezahlt bekommen. 10 Jahre lang haben sie keinen einzigen zusätzlichen Franken erhalten. Die Teuerung in den vergangenen 11 Jahren ist massiv angestiegen. Für die Rentnerinnen und Rentner bedeutet dies ebenfalls einen massiven Kaufkraftverlust. Die Schere öffnet sich einmal mehr ein Stückchen. Gleichbleibende Renten sind gerade für Menschen mit kleinen Renten sehr einschneidend. Diese Menschen können sich weniger leisten. Im neuen Reglement fehlt die Teuerungsanpassung erneut.

Der Änderung des Umwandlungssatzes ist in den Augen der SP nicht sozialverträglich. Es trifft alle Arbeitnehmenden, sowohl Kaderangestellte mit höheren Löhnen und Angestellte mit den kleinen Löhnen. In der Kommissionssitzung wurde über eine solidarische Umsetzung des Umwandlungssatzes diskutiert. Das Gesetz sieht aber eine solche Lösung nicht vor.

Mit diesen drei Punkten ist die SP nicht zufrieden und sie hätten sie gerne abgeändert. Dies ist aber nicht möglich, da der Einwohnerrat inhaltlich keine Korrekturen an den Leistungsvereinbarungen ohne Rückweisung vornehmen kann. Das Parlament kann den Bericht und Antrag nur genehmigen oder nicht.

Die SP will die Ausfinanzierung nicht verhindern und beantragt deshalb keine Rückweisung. Sie will die Sanierung einleiten und diese Lösung mittragen. Vom Gemeinderat wird gefordert, dass er die Angestellten und die Bevölkerung grundlegend informiert. Nur wenn erreicht wird, klarzumachen, weshalb diese Schritte jetzt eingeleitet werden müssen, werden die Angestellten und die Bevölkerung verstehen und die finanzielle Belastung nachvollziehen können.

Die SP unterstützt die ersten Schritte zur Ausfinanzierung der PK sehr kritisch. Auch der zweite Schritt sich einen Zeithorizont bis 31. Dezember 2012 zu setzen, um den Entscheid zu fällen, ob sich die Kasse einer andere PK anschliessen oder selbständig bleiben soll, ist für die SP der richtige Weg.

Die SP genehmigt diesen Bericht und Antrag sehr, sehr kritisch und bedauert die einschneidenden Kürzungen, die einmal mehr soziale Ungerechtigkeiten schaffen. Es bleibt nur die Hoffnung, dass die Börse wieder einen Aufwärtstrend zeigt und die Sanierungsbeiträge der Arbeitnehmenden und der Arbeitgeberin vor 2012 hinfällig werden.

Erich Tschümperlin weiss wie alle anderen, dass die Ausfinanzierung der PKK eine sehr lange und alte Geschichte ist. Die Gemeinde steht in der Pflicht und hat diese zu lange nicht wahrgenommen. Die vermeintlich schlaue Lösung mit dem Darlehen war für die Gemeinde günstig, hat aber überhaupt keine Probleme gelöst. Es muss hier auch mal deutlich gesagt werden, dass die Vorgänger des Gemeinderates nicht nur tolle Gemeindefinanzen mit tiefen Pro-Kopf-Verschuldung hinterlassen haben, sondern auch noch ein paar happige Altlasten. Die grösste davon ist die PKK.

Es gibt keine Alternative zur Teil-Ausfinanzierung, denn diese ist ein zwingender Schritt für einen Deckungsgrad der diesen Namen auch verdient und damit die PKK in die Selbstständigkeit entlassen werden kann. Der Beitrag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist gross. Und dies obwohl die grosse Mehrheit erst nach der eigentlichen Ursache der Deckungslücke (Umwandlung in das Beitragsprimat) dazugekommen ist und weder davon profitiert haben, noch etwas dafür können. Sie helfen heute zwangsweise mit, eine Unterdeckung zu sanieren, für die sie nichts können. Die Sanierungsbeiträge der Angestellten der Gemeinde Kriens sind massiv, wenn man an den tiefen Umwandlungssatz denkt. Das heisst 8.8 % tiefere Renten. Dazu kommen Sanierungskosten von 1 %, tiefere Verzinsung der Altersguthaben und verschieden schlechtere Versicherungsleistungen. Alles in allem ist der Sanierungsbeitrag der Angestellten grösser als derjenige der Gemeinde.

Der Beitrag der Rentnerinnen und Rentner besteht darin, dass sie seit Jahren ohne Teuerungsausgleich auskommen müssen. Dies ist je nach finanzieller Situation der Betroffenen ein Problem oder kann gar zu einer existentiellen Notlage führen. Und es wird mit jedem Jahr ein wenig schlimmer. Auch wenn es keinen reglementarischen Anspruch auf den Teuerungsausgleich gibt, empfindet es der Sprecher als sehr stossend, wenn Leute, die ein Leben lang gearbeitet haben, im Alter in eine finanzielle Notlagen geraten, auch wenn sie ihre Beiträge immer pünktlich bezahlt haben. Der Beitrag der Gemeinde Kriens beträgt im wesentlichen Fr. 30 Mio. und ein Sanierungsbeitrag von 2 % sowie die Verzinsung der Deckungslücke. Es leisten also alle ihren grossen Beitrag in dieser kostspieligen Angelegenheit und Altlast. Gäbe es eine gerechtere Lösung? Wenn ja für wen? Nun ist ein Kompromiss auf dem Tisch, der niemanden glücklich macht und dem die Grüne Partei trotzdem zustimmen wird.

Es freut sie, dass die FDP ihren Antrag zurückgezogen hat. Die Arbeitnehmenden noch mehr zu belasten, empfinden sie als höchst unfair und lehnen dies entschieden ab. Einen ausgehandelten Kompromiss am Schluss noch schnell zum Nachteil der Angestellten abzuändern,

würde zudem die Gemeinde als Verhandlungspartner und Arbeitgeberin unglaublich machen.

Die Grüne-Fraktion stimmt dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

Gemäss Werner Baumgartner hat die CVP/JCVP-Fraktion diesen Bericht und Antrag ausgiebig, mit Sorgfalt und Sorge diskutiert und ist für Eintreten und für den Vorschlag einer Teilausfinanzierung der Pensionskasse so wie es der Gemeinderat vorschlägt. Man weiss, dass die Grösse dieses Problems und die Tatsache, dass sehr viele Menschen direkt betroffen sind, zu vielen Diskussion, zu Unverständnis in der Bevölkerung und gar zu Unmut in der Bevölkerung aber auch bei den Versicherten geführt hat. Umso mehr dankt die CVP/JCVP-Fraktion dem Gemeinderat und allen Beteiligten – den Experten, den direkt Betroffenen - für den grossen, gründlichen und beharrlichen Einsatz, der nun einen Weg aus dieser ausserordentlich unerfreulichen Sache vorschlägt. Es ist wichtig, dass der Einwohnerrat diese schwierige Situation den Bürgerinnen und Bürgern erklärt. Hier ist kein politischer Gewinn zu erzielen, hier kann man lediglich dem Ansehen der Politik und damit sich selber schaden, wenn nicht alle am gleichen Strick ziehen.

Es geht hier um eine für die Gemeinde Kriens, für die Steuerzahlenden und die Angestellten und Pensionierten ausserordentlich wichtige Angelegenheit, die allen schon lange Kopfweh bereitet. Lange hat es gedauert, bis der Einwohnerrat einen Vorschlag zur Lösung dieser Misere erhalten hat. Nun kann aber gesagt werden, „gut Ding will Weile haben“ oder jetzt liegt endlich ein guter Vorschlag auf dem Tisch.

Alle tragen zur Lösung dieses Problems bei und die CVP/JCVP-Fraktion ist der Überzeugung, dass der vorgeschlagene Weg so gerecht wie möglich ist. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Überzeugung, dass es wichtig ist, Fehler und Versäumnisse, die in der Vergangenheit gemacht wurden, zu diskutieren, zu analysieren und zu verbessern. Aber sie will keine Abrechnung mit der Vergangenheit. Man kann diese auch nicht mehr korrigieren, sondern nur sicherstellen, dass man daraus für die Zukunft lernt.

Bei der Betrachtung der Vergangenheit sind folgende Feststellungen wichtig: Das finanzielle Loch das heute auf dem Tisch liegt, ist nicht in den letzten Jahren entstanden. Man ist zwar heute wieder tiefer drin, aber im Wesentlichen entstand die Lücke vor 10 und mehr Jahren. Der Ursprung des Problems liegt in der Tatsache, dass damals Leistungen zugesichert wurden, die zu jener Zeit nicht finanziert wurden. Man soll aber nicht einfach über die Geschichte urteilen ohne sie auch zu verstehen, denn man ging in jener Zeit von anderen Voraussetzungen aus als heute. Es waren Zeiten des Wachstums und man ging davon aus, dass dieses Wachstum die Defizite über die Zeit korrigieren würde. Kriens hat damals, wie sehr viele andere öffentlich-rechtliche Kassen auch, entschieden, die Pensionskasse trotz grosser Lücke nicht auszufinanzieren. Man vertraute darauf, dass eine Garantie das Richtige sei. Das führte zu einer Situation, in welcher die Pensionskasse und die verantwortlichen Entscheidungsträger seit nun 10 Jahren einer Lücke hinterher rennen. Trotz grossem Aufwand und Handeln nach bestem Wissen und Gewissen konnte dieser Rückstand nie mehr aufgeholt werden. Was lernt Kriens daraus? Sorge in der Zeit, dann hast du in der Not oder was heute nicht bezahlt ist, wird nicht automatisch Morgen bezahlt.

Die damals wohl gut gemeinte, heute aber wenig verständliche Idee ist nicht aufgegangen. Das Geld wurde von der Gemeinde für 3 % aufgenommen und hat bis heute einen Ertrag erwirtschaftet der wesentlich tiefer als diese 3 % ist. Es ist offensichtlich: Die Idee ist nicht aufgegangen und es ist gut, wird dieses Experiment endlich abgebrochen.

Die vorgeschlagene Teilausfinanzierung ist der richtige Weg in der heutigen Situation. Der Zeitpunkt einer vollständigen Ausfinanzierung scheint ungünstig, da die Finanzmärkte die grosse Lücke noch grösser haben werden lassen. Mit der jetzigen Lösung hat man zumindest die Möglichkeit auf bessere Zeiten nicht nur zu hoffen, sondern auch abzuwarten. Gleichzeitig warnt der Sprecher davon, zu glauben, dass die Finanzmärkte jetzt nur noch besser werden. Das ist alles andere als klar und es ist auch nicht richtig, spekulieren zu wollen.

Die CVP/JCVP-Fraktion favorisiert klar die Lösung eines Zusammenschlusses mit einer anderen grossen Pensionskasse, möchte und kann sich aber heute nicht festlegen mit wem.

Der Bericht und Antrag wird unterstützt.

Helene Meyer-Jenni fasst die Meinungen der verschiedenen Parteien kurz zusammen und bestätigt viele gemachte Ausführungen. Der Gemeinderat nimmt erleichtert zur Kenntnis, dass die Zustimmung zum vorliegenden Geschäft nun endlich möglich wird. Bekanntlich hat der Primatwechsel, welcher ohne Ausfinanzierung vorgenommen wurde, das grosse Loch verursacht. Es sind heute Personen anwesend, die sich noch an die damalige Diskussion im Parlament erinnern. Sie will jedoch die Geschichte nicht mehr erläutern, da diese allen bekannt sein wird.

Die Aussage der SVP, dass das Volk keine Zustimmung zu den Fr. 30 Mio. geben kann, stimmt nicht. Schliesslich ist der Einwohnerrat Volksvertreter. Zudem besteht ein fakultatives Referendum.

Wichtig ist, dass nun die Altlast der Teilausfinanzierung und die Sanierungsmassnahmen in Angriff genommen werden. So wurde das Projekt auch aufgegleist. Dabei gibt es nie einen richtigen Zeitpunkt, aber wahrscheinlich ist dieser heute nicht so schlecht. Wenn sich die Börsenlage verbessert, wird hoffentlich der Verzinsungsteil kleiner werden.

Betreffend Anschlussmöglichkeiten hat der Gemeinderat Offerten eingeholt. Dabei würde jede Variante zum heutigen Zeitpunkt mindestens soviel, wenn nicht mehr kosten. Es wurde mit den Vertretern der Arbeitnehmenden ausgehandelt, diesen zweiten Schritt in zwei Jahren zu machen. An dieser Stelle dankt Helene Meyer-Jenni den Mitgliedern der Verwaltungskommission. Es sind dies Lix Exner, Erwin Lisibach, Peter Arnold und Markus Huwiler (nur beratendes Mitglieder Arbeitsgruppe Ausfinanzierung PKK). Weiter dankt sie Peter Hebeisen, Franz Bucher und Oliver Kehrer, sowie den zwei Fachexperten Kurmann und Furrer, welche immer wieder Lösungen aufgezeigt haben. Auch Fritz Rast, als Vertreter der Rentnervereinigung, dankt sie.

Es ist richtig, dass auch die Renterinnen und Rentner von der Teilausfinanzierung stark betroffen sind. In den letzten 10 Jahren haben sie nur ein Mal einen Teuerungsausgleich erhalten. Helene Meyer-Jenni stellt aber klar, dass bei der LUPK die Stadt den Teuerungsausgleich für die Arbeitnehmenden bezahlt hat und nicht die Pensionskasse. Sie fragt sich, wie es wohl in Kriens gewesen wäre, wenn der Einwohnerrat eine Teuerung hätte genehmigen müssen.

Der Gemeinderat und die Verwaltungskommission sind sich bewusst, dass das Darlehen nicht mehr weitergeführt werden kann. Darum ist die Überführung ins Kapital der PKK richtig. Dieser Schritt soll auch etwas für das Image der Gemeinde Kriens als Arbeitgeberin beitragen, welches in letzter Zeit stark gelitten hat.

Viktor Bienz stellt fest, dass bei diesem Geschäft Bernadette Hauser und Mario Urfer als direkt betroffene Mitarbeiter der Gemeinde Kriens in den Ausstand müssen.

Daniel Piazza findet es schlimm, dass die heutige Generation die Zeche bezahlen muss, für Fehler, welche die vergangenen Generation gemacht hat. An dem wird Kriens noch lange "nagen", nämlich ein halbes Jahrhundert. Trotzdem darf man die vorliegende Lösung als ausgewogen und fair bezeichnen. Die an der FGK-Sitzung anwesenden Experten haben dies bestätigt und die Mitglieder überzeugt. Zudem ist es auch aus Sicht der JCVP richtig, die Teilausfinanzierung vorzunehmen. Der angeschlagenen PKK muss unter die Arme gegriffen werden. Es braucht die Hilfe aller Beteiligten, damit die PKK weiter über die Runden kommt. Die JCVP ist für die Genehmigung des vorliegenden Bericht und Antrages.

Zur Detailberatung gibt es keine Wortmeldungen.

Werner Baumgartner wünscht eine kurze Beurteilung von den Fachexperten. Schliesslich geht es um rund Fr. 40 Mio. und darum möchte er ein kurzes Resumé von Herrn Kurmann und Herrn Furrer.

Helene Meyer-Jenni bitten die zwei Herren um ihre Stellungnahme.

Christoph Furrer hatte als Pensionskassenexperte die Aufgabe, das Projekt zu begleiten. Es ist ein grosses Anliegen, dass die PKK in ein finanzielles Gleichgewicht kommt und bald wieder einen Deckungsgrad von 100 % aufweist. Die Teilausfinanzierung von Fr. 30 Mio. ist aus finanzpolitischer Sicht ein neutraler Vorgang. Es kommt einem Tausch gleich. Mit der Teilausfinanzierung wird erreicht, dass die PKK auf das Deckungsgrad-Niveau der LUPK kommt. Dies ist für eine allfällige spätere Anschlussmöglichkeit wichtig. Der Deckungsgrad der PKK wird somit auf ca. 93 % verbessert, wenn alles normal läuft. Je nach Börsenlage ist auch ein Deckungsgrad von 100 % nicht auszuschliessen.

Der Sprecher freut sich, dass der Einwohnerrat dem Bericht und Antrag zustimmen wird und er ist zuversichtlich für die Zukunft der PKK. Es gibt nie eine Garantie, aber mit diesem Vorgehen kann sich die PKK auf einem vergleichbaren Niveau der umliegenden Pensionskassen bewegen können.

Für Marc Kurmann ist der vorliegende Bericht und Antrag ein solides Werk. Man hatte immer Kontakt mit dem Regierungsstatthalter sowie dem Amt für berufliche Vorsorge. Aus juristischer Sicht ist dies eine gute Vorlage. Speziell ist, dass der Einwohnerrat den Bericht und Antrag nur genehmigen kann und kein Reglement erlässt. Dies ist im Personalreglement so geregelt, d.h. der Einwohnerrat kann nur die finanzielle Regelung genehmigen. Die LUPK befindet sich übrigens in der gleichen Situation. Die Frage betreffend fakultatives Referendum wurde geklärt und ist richtig. Der Betrag wird in der laufenden Rechnung belastet. Marc Kurmann erklärt die entsprechende Berechnung dafür.

Paul Winiker war als Arbeitgeber-Vertreter zusammen mit Helene Meyer-Jenni bei den Sitzungen anwesend. "Laissez-faire" als Alternative wäre eine unverantwortliche Lösung und aus finanzpolitischer Sicht unklug. Der vorliegende Vorschlag kostet, ist aber eine Chance für eine nachhaltige Lösung. Auch für den Gemeinderat ist es eine bitter Pille. Das Budget wird mit Fr. 1.2 Mio. zusätzlich belastet. Alle müssen einen Beitrag leisten und können nicht davon profitieren.

Weiter stellt der Sprecher fest, dass der Einwohnerrat auch heute über Sanierungsmassnahmen diskutieren müsste, wenn die Altlasten vor 10 Jahren bereinigt worden wären. Mit dem schrittweisen Vorgehen möchte man in einen vergleichbaren Bereich mit anderen Pensionskassen kommen. Kriens vollzieht fast die gleichen Sanierungsmassnahmen wie die LUPK. Mit

der Sanierungsmassnahme fliessen fast jährlich Fr. 1.3 Mio. in die PKK. Dies verbessert den Deckungsgrad um ca. 1 % pro Jahr.

Paul Winiker bedankt sich für das Vertrauen und bittet den Einwohnerrat, diese Angelegenheit bei der Bevölkerung ins richtige Licht zu rücken. Er ist überzeugt, dass dieses Vorgehen ein ausgewogenes Paket ist und der heutigen Situation entspricht.

Helene Meyer-Jenni stellt fest, dass auch viele Mitarbeitende der Gemeinde in Kriens Steuern bezahlen. Bei den Sanierungsmassnahmen ist die Aufteilung der Leistungen leicht zu ungunsten der Arbeitnehmenden. Die Mitarbeitenden wurde jedoch immer klar informiert. Die Sprecherin hofft nun auch auf eine gute Berichterstattung der Medien.

Guido Solari liest den folgenden **Beschlussestext**:

1. Die Änderungen folgender Artikel der Verordnung über die Pensionskasse der Gemeinde Kriens unter jährlichen Mehrkosten zulasten der Gemeinde von Fr. 460'000.00 werden genehmigt:

Art. 38 Abs. 1 Beiträge

¹ Der Arbeitgeber und das Mitglied entrichten der Kasse folgende Beiträge (in Prozenten der versicherten Besoldung):

Massgebendes Alter	Mitglied			Arbeitgeberin		
	Alter	Risiko	Total	Alter	Risiko	Total
bis 24		1.8%	1.8%		1.8%	1.8%
25 - 31	4.8%	1.8%	6.6%	5.2%	1.8%	7.0%
32 - 41	5.8%	1.8%	7.6%	7.7%	1.8%	9.5%
42 - 51	7.3%	1.8%	9.1%	10.7%	1.8%	12.5%
52 - 65	8.8%	1.8%	10.6%	11.2%	1.8%	13.0%

Sanierungsbeiträge gemäss Art. 43 a bleiben vorbehalten.

Art. 39 Abs. 1, 2 Finanzierung der AHV-Ersatzrente

¹ Der Arbeitgeber trägt die Hälfte der Kosten der vom Mitglied ab vollendetem 62. Altersjahr bezogenen AHV-Ersatzrenten.

² Das Mitglied trägt die übrigen Kosten der AHV-Ersatzrenten in der Form einer dauernden Rentenkürzung.

Art. 42 Verzinsung des versicherungstechnischen Fehlbetrags

¹ Die Gemeinde verzinst der Kasse den jeweiligen versicherungstechnischen Fehlbetrag zum Zinssatz von 4 Prozent.

Art. 43 Garantie der Gemeinde

Die Gemeinde übernimmt die Garantie, dass die Verpflichtungen der Kasse erfüllt werden.

Art. 43 a Sanierungsmassnahmen

¹ Solange der Deckungsgrad der Kasse weniger als 100% beträgt, gelten folgende Sanierungsmassnahmen:

- a. Die Gemeinde bezahlt einen jährlichen Sanierungsbeitrag in der Höhe von 2 % der versicherten Besoldungen;
- b. Die Mitglieder bezahlen einen jährlichen Sanierungsbeitrag in der Höhe von 1 % der versicherten Besoldungen. Die Altersguthaben werden höchstens zu einem Zinssatz verzinst, der den BVG-Mindestzinssatz um 0,5 % unterschreitet, mindestens aber mit einem Zinssatz von 0%. Die Verwaltungskommission bestimmt den Zinssatz.
- c. Die Renten werden der Preisentwicklung nicht angepasst.

² Die Kasse kann überdies die Auszahlung des Vorbezugs für Wohneigentumsförderung zeitlich und betragsmässig einschränken oder ganz verweigern, wenn der Vorbezug der Rückzahlung von Hypothekendarlehen dient.

³ Spätestens per 31. Dezember 2012 wird über die Fortsetzung, Änderung oder Beendigung der Sanierungsmassnahmen gemäss Abs. 1 und 2 entschieden.

Art. 66 e Übergangsbestimmung zur Verordnungsrevision per 1. Januar 2010 Arbeitgeberbeitrag zur teilweisen Ausfinanzierung der Kasse

¹ Die Gemeinde bezahlt der Kasse zum Zweck der teilweisen Ausfinanzierung der Kasse per 31. Dezember 2009 den Betrag von Fr. 30'000'000.00.

² Die Zahlung erfolgt durch den Verzicht der Gemeinde auf die Rückzahlung des Darlehens von Fr. 30'000'000.00 gemäss dem per 31. Dezember 2009 ablaufenden Darlehensvertrag vom 15. Dezember 1999.

2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum

Abstimmung über den Beschlusstext:

Mit 29:1 Stimmen wird der Beschlusstext genehmigt.

Achermann, Marco	nein
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	n.t.
Hauser, Bernadette	n.t.
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Hug, René	Enthaltung
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	ja

Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Thalmann, Robert	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	n.t.
Wili, Alexander	ja

4. Bericht und Antrag: Politische Gesamtplanung Kriens Nr. 103/09

Als Sachverständigen begrüsst Viktor Bienz Finanzsekretär Franz Bucher.

Simon Konrad dankt dem Gemeinderat für die frühe Zustellung des Berichtes. Er ist ein wertvolles Planungsinstrument, eine aufwendige und intensive Auseinandersetzung mit der finanziellen Zukunft, in das alle heute bekannten Erkenntnisse eingeflossen sind.

Die Genehmigung des Berichtes oder Wunschkonzertes, wie es die JCVP nannte, durch den Einwohnerrat ist ein Schönheitsfehler in der Gemeindeordnung, der nochmals überdenkt werden sollte, bliebe doch eine Ablehnung ohne Konsequenz.

Die vorliegende Gesamtplanung „Kriens konkret“ zeigt in der ersten Hälfte, eher unkonkret, ein Idealbild der Gemeinde. Die "Prosa ist rosa", die Zahlen leider rot. Von „nice to have, but difficult to realise“ über Aufarbeitung der Altlasten, sofortige Steuererhöhungen bis hin zu Märchen waren die Reaktionen.

Bei den Kommissionsmitgliedern löste der Finanz- und Aufgabenplan eine kritische bis ablehnende Haltung aus. Im Finanzplan sind die Parameter und das Basisjahr (Budget 2010) entscheidend. Bei einem Defizit von Fr. 5.6 Mio. sieht die Zukunftsprognose entsprechend düster aus. Sie ruft nach einer Diskussion über geplante und gewünschte Leistungen und über künftige Investitionen, was der Gemeinderat gemäss Aussagen auf den Seiten 27/28 auch erkannt hat. Weder die aufgezeigten Defizite noch das hohe Investitionsvolumen sind tragbar.

Die FGK hat eine beratende Funktion. Sie beurteilt den Bericht und gibt seine Empfehlung an den Einwohnerrat ab. Drei Mitglieder erachten den Bericht als nicht vertretbar, vier Mitglieder empfehlen den Finanzplan mit einer kritischen Note zu genehmigen.

Gemäss Martin Heiz hat sich die BK mehrheitlich auf die baurelevanten Aussagen und Zahlen konzentriert. Das Eintreten war nicht bestritten. Im Textteil wurde betreffend Verkehr die Aussage „Unterstützt wird eine konsequente Priorisierung des öV's mit minimalen Wartezeiten für die Busse bei akzeptablen Wartezeiten für den übrigen Verkehr“ angesprochen. Matthias Senn informierte, dass ein flüssiger Verkehr für alle Verkehrsteilnehmer gilt, und dass Wartezeiten von 10 Minuten bei einem Rotlicht für den Gemeinderat nicht akzeptabel sind.

Im Zahlenteil sind die enormen Investitionen der nächsten Jahre aufgefallen. Hier konnte Matthias Senn ebenfalls informieren, dass der Investitionsplan überarbeitet wird, mit einem Zeithorizont von 10 Jahren.

Die BK hat keine Abstimmung über den ganzen Bericht und Antrag durchgeführt, ist aber mit den baurelevanten Aussagen und Zahlen einverstanden.

Monika Marbacher stellt fest, dass das Eintreten auch für die BiK unbestritten war. Gelobt wurde, dass mit dem vorliegenden Bericht und Antrag ein Planungspapier vorliegt, bei welchem Leitlinien, Ziele und Aufgaben im Bereich Bildung der nächsten Jahre konkret benannt werden. Der Aufgabenplan schul- und familienergänzende Tagesstrukturen, Schulraumplanung, Schulentwicklung, Entwicklung Schulorganisation, Lehrmittel, Informatik und Mobiliar und Musikschule ist realistisch und nach den Vorgaben des Kantons aufgeführt.

Kritisch beurteilt wurden die finanziellen Aussichten der nächsten Jahre. Die Defizite gemäss politischer Gesamtplanung Kriens sind erschreckend. Deshalb muss, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, dringendst eine Priorisierung der Aufgaben und Ausgaben vorgenommen werden.

Die BiK hat den Bericht und Antrag Bereich Bildung einstimmig genehmigt.

Gemäss Martin Heini würdigte die USK die politische Gesamtplanung und diskutierte sie, ohne jedoch einen Beschluss zu fassen. Es ist ein gut zu lesendes Papier, welches aufzeigt, woran der Gemeinderat arbeitet und wohin Kriens steuert. Die USK anerkennt die Wichtigkeit und bedauert, nicht mehr Zeit dazu verwenden zu können.

Es wurde festgestellt, dass diese einer Momentaufnahme aus der rollenden Planung entspricht und bereits wieder überarbeitet wird und aus politischer Sicht überarbeitet werden muss. Der Zahlenteil hat nicht allen gefallen, da blinken die Warnlampen auf rot. Das war jedoch vorauszusehen, da es die Fortsetzung der früheren Finanzpläne ist.

Die Mitglieder der USK vermissen die Erwähnung des Minergie-Standards und wünschen eine Forcierung der Schwimmbad-Realisierung.

Bruno Bienz erwähnt, dass das Eintreten zum vorliegenden Bericht und Antrag in der SGK unbestritten ist. Es wurden alle SGK-betreffenden Themen diskutiert. Mit dem Projekt "Beratung, Betreuung und Pflege" ist Kriens auf dem richtigen Weg. Das Haus Grossfeld wirft grosse Fragen auf. Es wird festgestellt, dass es mind. ca. 10 Jahre braucht, bis eine Lösung realisiert werden kann. Es wird bemerkt, dass es um die Priorisierung der Projekte in der Gemeinde geht. Es sollte nicht sein, dass das Projekt Grossfeld nach hinten geschoben und für andere sofort eine Lösung gefunden wird. Ein leerstehendes Grossfeld kann sich die Gemeinde schlichtweg nicht leisten.

Die Mitglieder der SGK haben mit 4 Ja zu einer Enthaltung zu den kommissionsrelevanten Themen ja gesagt.

Gemäss Peter Portmann wird die SVP den vorliegenden Bericht und Antrag zur Kenntnis nehmen und zur Ablehnung empfehlen. Endlich wird dem Einwohnerrat eine Auslegung der politischen Gesamtplanung präsentiert. Eine Auslegeordnung und eine Transparenz, welche nicht in das Konzept des Einwohnerrates und noch weniger in das Konzept des Gemeinderates passt. Die SVP betrachtet das Gesamtinvestitionsvolumen als nicht finanzierbar. Das Resultat aus der laufenden Rechnung zeigt ein anderes Resultat auf. Diese Gesamtplanung zeigt auf, dass Kriens endlich ein Entlastungsprogramm für die nächsten Jahren auf die Beine stellen muss. Was auf der Investitionsseite Gesamtplanung gezeigt wird, hört sich wie ein Wunschkonzert an und entbehrt jeder Grundlage.

Es trifft tatsächlich zu, dass aus der Steuergesetzrevision höhere Belastungen für die Gemeinde Kriens im Jahr 2012 zukommen werden. Da müssen jetzt erst recht auf der Ausgabenseite Korrekturen angebracht werden. Wie bereits erwähnt, ist ein Entlastungsprogramm nötig.

Die SVP begrüsst die Aussage auf Seite 15 „angestrebt wird ein Steuerfuss auf den Durchschnitt der Agglomerationsgemeinden“. Die Seiten 30 und 31 sind die aussagekräftigsten dieses Bericht und Antrages. Es ist von einem Sockeldefizit von Fr. 5.5 Mio. die Rede. Die integrierte Aufgaben- und Finanzplanung ist für die SVP ein Führungsinstrument. Nicht mehr und nicht weniger. Das mit einer Abnahme der Einnahmen aufgrund der Steuergesetzrevision zu rechnen ist, kann nachvollzogen werden. Aber mit einer Spekulation mit einer späteren Erholung der Wirtschaft und einen Kompensationseffekt hat der Sprecher Mühe. Der einzige aus dem Finanzplan als realistisch betrachten Punkt sind die Sozialkosten und insbesondere die Fürsorgekosten. Die Aussage, dass ab 2013 mit einer Entlastung zu rechnen ist, betrachtet die SVP als Wunschtraum.

Zum letzten Punkt auf Seite 30: Es kann ja nicht sein, dass bei der Realisierung dieser Investitionsvorhaben die Verschuldung von Kriens von Fr. 70 Mio. auf Fr. 200 Mio. zu stehen kommt.

Für Judith Luthiger wird "Nice to have" langsam ein geflügelter Ausdruck. Die SP findet, der Gemeinderat hat in diesen Leitideen, die wichtigsten Problemfelder, die in der Gemeinde Kriens anstehen, erkannt. Er zeigt auf, welche Investitionen und Aufgaben man in Kriens anpacken möchte, und welche finanziellen Auswirkungen diese auf die zukünftigen Investitionen, Budgets und Rechnungen haben werden. Allerdings fehlen konkrete Umsetzungsideen. Das Papier enthält auch diverse Widersprüche und vor allem ist der Zeithorizont absolut unrealistisch. Dieses Marschtempo kann Kriens finanziell nicht halten, ohne sich massiv zu verschulden.

Die Sprecherin nennt ein paar im Bericht und Antrag aufgeführte Punkte:

S. 7: *Bauten und Anlagen der Gemeinde werden nachhaltig unterhalten und erneuert.* Endlich ein Bekenntnis zu einem Anliegen, das die SP schon seit Jahren fordert. Jahrelang wurde bei den gemeindeeigenen Bauten so wenig Unterhalt wie möglich vorgenommen. Der Zustand einiger Schulhäuser, Spielplätze, Wasserversorgungseinrichtungen etc. spricht Bände. Ernüchternd sind die zweistelligen Investitionen, die dafür nötig sind. Judith Luthiger hofft bei der Wasserversorgung, dass Kriens nicht dem amerikanischen Beispiel folgt: Was unter der Erde ist, sieht man nicht, also kann man das perfekt aufschieben.

Auf S. 9 steht, man wolle einen schrittweisen Auf- und Ausbau ausreichender bedarfgerechter Tagesstrukturen. Im Budget 2010 wurden aber bereits wieder 5 KITA Plätze gestrichen.

Auf S. 15 steht: *Steuersenkungen, welche mit einem Leistungsabbau einhergehen, lehnen wir ab.* Weiter hinten liest man von Sparpaketen und auf Seite 36 von Steuererhöhung.

Auf S. 15 schreibt der Gemeinderat weiter, man wolle die Attraktivität sicherstellen und Standortvorteile schaffen. Wie bleibt Kriens eine attraktive Gemeinde mit diesen Aussichten? Man wird über Leistungsabbau diskutieren müssen. Wichtig ist der SP dabei, dass sie sozialverträglich sind und alle Bereiche in irgendeiner Form betreffen.

Die SP findet es richtig, langfristig zu planen und aufzuzeigen, was kostenmässig auf die Gemeinde zukommt. Das ist der Ausgangspunkt für die politische Diskussion, die folgen muss. Denn Kriens kann sich dieses Investitionsvolumen mit dieser zusätzlichen Verschuldung von rund Fr. 129 Mio. schlicht weg nicht leisten.

Die steigende Verschuldung kommt aber nicht von ungefähr. Die Steuersenkungen der letzten Jahre sind dafür verantwortlich. Steuersenkungen auf Gemeinde- und Kantonsebene. Dieser "Steuersenkitis" hat zu einer enormen Einnahmenreduktion geführt, dabei ist aber gleichzeitig der Aufwand gewachsen. Der Kanton scheffelt Millionen auf die Gemeinde Kriens ab, die sie zwingend bezahlen muss, ohne entsprechende Mehreinnahmen zu haben. Da nützen alle Steuersenkungen nichts, wenn Kriens im gleichen Atemzug Fr. 6 Mio. Mehraufwand hat. Auch die jetzige Wirtschaftslage trägt das Ihrige dazu bei.

Die SP hat schon immer darauf hingewiesen, dass diese Steuersenkungen zu Sparübungen führen werden, die der Gemeinderat im Bericht und Antrag elegant Entlastungsprogramme nennt.

Für die SP ist klar, dass der Gemeinderat eine Auslegeordnung, eine Priorisierung der anstehenden Investitionen machen und sachbezogene Gespräche mit den anderen Parteien führen muss. Politisches links rechts Hickhack bringt jetzt nichts. Ein erster Schritt sind die Schliessgespräche und ein weiterer Schritt muss unbedingt Anfang 2010 erfolgen.

Für die SP ist wichtig, dass sozialverträgliche und finanzpolitisch gute Lösungen ausgehandelt werden und dass man die Chancen für eine zukünftige, nachhaltige Entwicklung nicht verbaut. Vor allem muss die Frage gestellt werden: Was ist zu tun, damit Kriens eine attraktive Gemeinde bleibt?

Die SP-Fraktion lehnt den Bericht und Antrag mehrheitlich ab.

Daniel Piazza äussert sich im Namen der CVP/JCVP-Fraktion zuerst zur Form bzw. zum formellen. Der Weitblick des Dokuments tut gut. Für die Fraktion ist diese weitere Verbesserung der Transparenz ein Schritt in die richtige Richtung. Das kaskadenartige Runterbrechen auf immer konkretere Zusammenhänge ist im Ansatz gut gelungen, genauso wie die Verknüpfung von Sachplanung mit Finanzplanung wertvolle Anhaltspunkte liefert. Was jedoch fehlt, sind Gewichtung und Prioritäten von Zielen. Zudem werden keine Aussagen zur Umsetzungskontrolle der Ziele gemacht.

Trotzdem, der Bericht und Antrag in dieser Form wird begrüsst. Rein formell ist man mit dem ersten Teil des vorliegenden Dokuments nicht mehr weit weg von einem Gemeindeleitbild, welches in der Gemeinde Kriens bisher fehlt.

Inhaltlich hat die CVP/JCVP-Fraktion ganz klar ein ABER anzufügen. Mit dem Dokument „Politische Gesamtplanung“ liegt ein wunderbar verpacktes Wunschkonzert des Gemeinderates vor. Es ist positiv, eine Übersicht davon zu haben, was ansteht und es ist auch positiv, zu sehen, wie der Gemeinderat hier die Klappen auf tut und sich einen maximalen inhaltlichen Spielraum herausbedingt. Man bekommt irgendeinmal beim Durchlesen das beklemmende Gefühl, dass er hier eine „Eierlegende-Woll-Milch-Sau“ in der Hand hält. Schnell wird klar, dass die Umsetzung nicht finanzierbar sein kann. Es drohen Zielkonflikte, insbesondere zwischen Sachzielen und Finanzzielen, aber auch bei einigen Sachzielen untereinander. Es scheint, als hätte man es allen Recht machen wollen.

Abgesehen davon schafft dieses Planungsdokument, dem man zwingend keinen finanzverbindlichen Charakter zuschreiben darf, folgende Mehrwerte: Der Bericht zeigt, dass die Gemeinde Kriens infrastrukturbezogen voraussichtlich gestärkt aus dem Zeitraum 2010-2014 gehen dürfte. Lange erhoffte Investitionen bzw. zu lange aufgeschobene Investitionen und auch neue Investitionen sind erwähnt. Positiv daran ist die Feststellung, dass der Investitionsstau endlich gestoppt wird, auch wenn vielleicht letztlich vielleicht nicht alle im Dokument erwähnten Investitionen finanziell realisierbar sind. Die CVP/JCVP-Fraktion glaubt, dass die Gemeinde ohne gravierende Verzichtsentscheide und unpopuläre Verschiebungen und Aufhebungen von Investitionen und weiteren Leistungen oder auch Steuererhöhungen finanziell höchst angeschlagen aus der Vierjahresperiode 2010 bis 2014 herauskommen wird.

Der Wert des Dokuments liegt zudem auch darin, dass man sieht, dass alles, was man in den vergangenen Jahren mehr und mehr auf die Fahne geschrieben hat und gerne umsetzen möchte, schlichtweg nicht umsetzbar ist. Alleine aus dieser Perspektive hat das Dokument "Politische Gesamtplanung mit IFAP 2010-2014" einen wichtigen Mehrwert geschaffen.

Die CVP/JCVP-Fraktion hätte sich vom Gemeinderat bei der Erstellung des Dokuments mehr Mut zu Entscheidungen gewünscht. Das Dokument ist inhaltlich zu oft schwammig. Er dürfte ruhig noch etwas griffiger und kantiger sein. Die finanzielle Entwicklung scheint in dieser Form untragbar, gerade auch aus der Sicht der jüngeren Generation. Aus diesem Grund wird das angekündigte Massnahmenbündel sehr begrüsst. Inhaltlich wird die Fraktion in der Detailberatung einzelne Bemerkungen anbringen, insbesondere im Bereich Minergie.

Für die CVP/JCVP-Fraktion ist dieses Dokument insgesamt unter der genannten Bedingung, nämlich dass es ein Planungsdokument ohne finanzverbindlichen Charakter ist, vertretbar.

Gemäss Alexander Wili ist die FDP mehrheitlich positiv gestimmt. Es ist ein sorgfältig ausgearbeiteter Bericht, bei welchem die Planung jedoch nicht verbindlich ist. Darum beantragt die FDP folgende Ergänzung im Beschlusstext: *Spätere abweichende Beschlüsse des Einwohnerrates bleiben vorbehalten*. Wenn die finanziellen Mittel nicht vorhanden sind, kann man den geplanten Investitionen nicht zustimmen. Der Sprecher bittet den Rat, diesen Antrag zu unterstützen.

Erich Tschümperlin namens der Grünen Partei begrüsst die politische Gesamtplanung. Sie ermöglicht einen Blick in die Zukunft. Die Grünen sehen darin zwei Schwerpunkte:

1. Was wollen wir und wie wollen wir es erreichen?
2. Wie sehen die finanziellen Schwerpunkte der nächsten Jahre aus?

Die Grünen finden die Gesamtplanung und den Aufgabenplan gut. Die schönen und guten Absichten und Schwerpunkte werden unterstützt und begrüsst, dass sie vielfältig und breit abgestützt sind. Natürlich werden sie den Gemeinderat an diesen Leitlinien und Zielrichtungen messen, denn die "Politische Gesamtplanung" darf nicht zu einem Hochglanzprospekt ohne Verbindlichkeit verkommen. Der Aufgabenplan muss die Versprechen bei der Zielrichtungen aufnehmen, sonst sind diese nichts als schöne Worte. So wird zum Beispiel in der Gesamtplanung unter Soziales die Förderung von Familien- und Freiwilligenarbeit erwähnt. Im Aufgabenplan findet sich dazu nichts mehr. Gerade in Kriens übernimmt die Freiwilligenarbeit viele Aufgaben der Gemeinde und soll deshalb auch eine entsprechende Wertschätzung und Stellenwert erhalten.

Beim Finanzplan sieht man nun, wie verheerend sich die Steuersenkung für die Gemeinde Kriens auswirkt: Fast Fr. 50 Mio. Defizit in den nächsten 5 Jahren. Berücksichtigt man Liegenschaftsverkäufe im 2011 nicht, sind es gar Fr. 57 Mio.

Im gleichen Zeitraum muss man schon wieder auf Steuergelder von über Fr. 25 Mio. verzichten. Natürlich gehen die Steuereinnahmen nach diesen wiederholten Steuersenkungen massiv zurück – auch wenn immer wieder das Gegenteil versprochen wurde.

Auf der Ausgabenseite drücken vor allem grosse Altlasten. Es müssen Totalsanierungen vorgenommen werden, weil in den letzten Jahren der Unterhalt sträflich vernachlässigt wurde. Die vermeintlich tiefe pro Kopfverschuldung hat ihre guten Gründe:

- Werterhaltung Schulanlagen: Grössenordnung Fr. 15 Mio.
- Werterhaltung Kleinfeld: fast Fr. 5 Mio.
- Sanierung Schwimmbad: über Fr. 12 Mio.
- Sanierung PKK, die Zahlen sind bekannt

- Auch kann das Jugendzentrum Schappe Süd dazu gezählt werden, da die Teiggi sich in einem miserablen Zustand befindet.

Bei diesen Objekten hat man auf Kosten der Zukunft gespart und nun muss dies eingelöst werden. Diese Situation nimmt einem jeglichen Handlungsspielraum, trotz vermeintlich tiefer pro Kopf Verschuldung. Die Grünen wollen eine attraktive, zukunftsorientierte Gemeinde. Sie wollen vorwärts machen bei:

- Nachhaltigkeit, das heisst fördern von Gebäudesanierungen, neuen Heizsystemen, Wärmeverbund in der Gemeinde, Wärmekraftkopplung, Solarstrom, etc
- Verkehr: Verbesserungen bei den Velowegen und beim öV, da verlangen viele einem Quantensprung in Richtung Hochbahn, Shuttle, etc.
- hin zur 2'000 Watt Gesellschaft
- Die Grünen wollen ein attraktives und belebtes Zentrum

Mit den Zahlen im Finanzplan bleibt all das auf der Strecke. Zuerst müssen die Sanierungen nachgeholt werden. Dabei geht es um Schulen und um bestehende Freizeitanlagen.

Mit dem üblichen Ansatz des Sparens werden all die dringend notwendigen Projekte, die der Einwohnerrat in Auftrag gegeben hat, wie zum Beispiel den Planungsbericht öV, das Jugendleitbild oder das Altersleitbild zu Makulatur. Für diese Projekte findet man kein Geld im Finanzplan. Der grösste Brocken, der dem Sparstift zum Opfer fällt, wird die Zentrumsplanung sein. Mit diesen Mitteln wird Kriens kaum in der Lage sein, den Status Quo zu halten und Kriens wird als Gemeinde an Attraktivität verlieren.

Von einer ökologischen Entwicklung kann man unter diesen Umständen nur träumen. Wer nun hofft, der nächste Aufschwung werde das Defizit schon irgendwie wegblasen, der ist immer noch nicht aufgewacht. Der Finanzplan zeigt in die andere Richtung. Als verantwortungsbewusste Krienser muss der Einwohnerrat möglichst schnell Gegensteuer geben und den Steuersatz wieder auf den Wert von 2008 anheben, d.h. auf 1.95 Einheiten. Der Einwohnerrat muss sich schnellstens entscheiden, welche Investitionen er sich leisten und auf welche Leistung verzichtet werden kann.

Die Grüne-Fraktion stimmt dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

Paul Winiker zeigt anhand einer Powerpoint-Präsentation, welcher er dem Einwohnerrat in Papierform abgibt, ein paar sachliche Aspekte und Hauptmerkmale auf.

Der Finanzplan 2010 bis 2014 wird wesentlich durch die Steuerausfälle aus den Steuergesetzrevisionen 2008 und 2011 beeinflusst. Die Investitionen in Infrastruktur und Zentrumsentwicklung betragen rund Fr. 114.5 Mio. Die Summe der Fehlbeträge in den folgenden fünf Jahren beträgt rund Fr. 48.8 Mio. Mit der Teiggi, dem Gemeindehausareal und dem Gebiet Mattenhof sind 2011 Desinvestitionen von total Fr. 8 Mio. geplant. Das Gebiet Teiggi ist ein idealer Standort für Alterswohnungen und das Gebiet Mattenhof erachtet der Gemeinderat als grosses Wachstumspotenzial. Weiter wird mit Ausfällen von Steuereinnahmen von 2011 bis 2014 von total 24.4 Mio. gerechnet. Dies aufgrund der Steuergesetzrevisionen. Es ist geplant, den Gemeindesteuersatz unverändert bei 1.9 Einheiten zu belassen. Es liegt jedoch im Kompetenzbereich des Einwohnerrates, diesen festzulegen. Eine Steuererhöhung müsste jedoch in jedem Fall vom Stimmvolk genehmigt werden.

Beim Cash Flow handelt es sich um das Geld, welches zur Verfügung steht, um zu investieren, ohne sich neu zu verschulden. Ab 2012 ist dieser Cash Flow negativ.

Paul Winiker stellt klar, dass kein Wunschkonzert vorliegt, sondern viele Fakten vorhanden sind, welche in die Planung aufgenommen werden müssen. Daran kann der Gemeinderat

nichts ändern. Er wird mit Wirkung ab 2011 ein Massnahmenbündel planen. Insbesondere sollen dann folgende Verbesserungen geprüft werden:

- Sparpaket bei der Ausgaben
- Einnahmeerhöhung durch höhere Gebühren, Taxen, Kostenbeteiligung und Steuererhöhung
- Strukturelle Verbesserungen bei Verbundaufgaben

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Nettoinvestitionen von rund Fr. 114 Mio. in den folgenden fünf Jahren gemäss Finanz- und Aufgabenplan so nicht realisierbar sind. Er wird den Investitionsplan überarbeiten und straffen. Am Schösslgespräch vom kommenden Montag wird dies zur Diskussion stehen.

Mit der Genehmigung des vorliegenden Bericht und Antrages wird kein Franken ausgegeben. Das Papier hat keinen bindenden Charakter.

Zum Schluss bedankt sich der Sprecher bei Franz Bucher und seinen Mitarbeitern für das Mithelfen und das zeitgerechte Erarbeiten der politischen Gesamtplanung.

Pause von 10:30 Uhr bis 10:50 Uhr

Räto Camenisch ergreift jedes Jahr kurz das Wort zum Finanz- und Aufgabenplan. Dieser ist eine niedergeschriebene Tristesse und nach kurzer Zeit ist er aufgrund der rollenden Planung jeweils nicht mehr gültig. Dieses Jahr hat man die Gesamtplanung und den Aufgaben- und Finanzplan zum ersten Mal zusammengeführt. Neu ist auch, dass der Gemeinderat darin aufzeigt, was angegangen werden muss, wenn auch nicht sehr konkret. Räto Camenisch wünscht sich, dass der Aufgaben- und Finanzplan in den zukünftigen Jahren konkreter wird. Er ist der Meinung, dass es mindestens einen Anhang zum Plan geben müsste, in dem konkrete Massnahmen aufgeführt sind. Einen Teil dieser Aufgabe hat Paul Winiker mit der Präsentation abgedeckt. Der Finanz- und Aufgabenplan ist besser als in den Vorjahren, aber noch immer nicht das, was sich Räto Camenisch wünscht. Er ist gegen den Finanz- und Aufgabenplan.

Werner Baumgartner findet die politische Gesamtplanung mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan sehr gut. Es ist schade, dass der Einwohnerrat diesem keine Wertschätzung gegenüberbringt. Der Sprechende ist sich sicher, dass man auch nicht zufrieden wäre, wenn es keinen solchen Plan gäbe. Es geht mehr um Wünsche als um eine konkrete Planung, aber der Gemeinderat ist sich bewusst, dass Massnahmen getroffen werden müssen. In der Gemeindeordnung ist festgehalten, dass der Einwohnerrat den Finanz- und Aufgabenplan genehmigen muss, was Werner Baumgartner nicht so glücklich findet. Jetzt muss man schauen, was von diesem Plan realisiert werden kann und ob man die entsprechenden Investitionen tätigen und allenfalls den Steuerfuss erhöhen will. Jetzt ist der falsche Moment um zu sagen, dass es sowieso nicht geht.

Viktor Bienz stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

Raumordnung, Verkehr, Werterhaltung und Energie (Seite 7)

Ursula Müller ist aufgefallen, dass bei den Bauten und Anlagen der Gemeinde keine Aussage zur Umsetzung bzw. Realisierung des Minergie-Standards gemacht wird. Sie würde es sogar

begrüssen, wenn die Ziele Richtung Förderung des Minergie-Standards auf dem Gemeindegebiet ausgeweitet würden.

Soziales, Gesundheit, Familie/Generationsen, Schule (Seite 8/9)

Mirjam Kalt findet die Leitlinien und die Zielrichtung super. Allerdings fehlt die freiwilligen Arbeit, das muss geändert werden. Sie ist auch enttäuscht, dass im Aufgabenplan (Seite 20-24) keine weiteren Aussagen zum Bereich Integration gemacht werden. Was zum Bereich Bildung geschrieben steht, freut sie jedoch. Mirjam Kalt würde es begrüßen, wenn zu allen Bereichen, welche in der Gesamtplanung Kriens konkret aufgeführt sind, auch im Aufgabenplan ersichtlich sind. Die Sprechende findet die gesetzten Ziele gut und wird den vorliegenden B+A deshalb genehmigen.

Judith Luthiger hat noch eine ergänzende Frage zum Bereich Soziales. Die Ursachen der Hilfsbedürftigkeit wollen rechtzeitig erkannt und verhindert werden. An welche Massnahmen hat der Gemeinderat in diesem Fall gedacht?

Gemäss Lothar Sidler beantwortet der Gemeinderat alle Fragen am Schluss der Detailberatung.

Kultur, Sport, Vereine, Sicherheit (Seite 11)

Christine Kaufmann stellt die Frage, wie der Gemeinderat alle Bevölkerungsschichten zur täglichen Bewegung motivieren will.

"Krienser City", Quartiere, Vernetzung, Identität (Seite 12/13)

Ursula Müller ist nicht klar, was "mit der Schaffung von Erlebnisswelten" bei den Leitlinien gemeint ist. Auf der Seite 13 ist festgehalten, dass ein guter Branchenmix angestrebt wird. Der Branchenmix ist ein wichtiges Thema in der Krienser Wirtschaftsförderung. Wie will der Gemeinderat dieses Ziel konkret umsetzen? Heute stehen die Verkaufsläden im Krienser Zentrum am Dorfplatz und an der Luzernerstrasse leer und werden von der Gemeinde zwischengenutzt. Aufgrund von dringenden Investitionen könnte sich die Realisierung des Bauprojektes auf dem Pilatusareal verzögern und die Zwischennutzung länger andauern. Unter einem guten Branchenmix, der zur Belebung beiträgt, versteht Ursula Müller nicht Büroräumlichkeiten, welche als Zwischenlösung in den Ladenlokalen eingerichtet wurden.

Standortattraktivität, Gemeindeinvestitionen (Seite 15)

Joe Brunner fehlt die Aussage, dass die Gemeinde eine zeitgemässe Arbeitgeberin sein will.

Peter Portmann kann nicht verstehen, weshalb man die Motion Thalmann nicht überweisen will, wenn ein Steuerfuss auf dem Durchschnitt der Agglomerationsgemeinden angestrebt wird.

Infrastruktur (Seite 19)

Bernadette Hauser bedauert, dass eine bessere Anbindung des Eigenthals vom Kanton aus finanziellen Gründen gestrichen wurde.

Zusammenleben, Bildung (Seite 20/21)

Jennifer Maldonado hat festgestellt, dass die Betreuungsgutscheine für Eltern fehlen.

Finanzplan (Seite 35)

Alexander Wili bittet den Gemeinderat zu prüfen, ob eine Verselbständigung der Wasserversorgung und der Feuerwehr nicht eine Entlastung wäre.

Judith Luthiger erinnert sich daran, dass der Einwohnerrat mehrheitlich und über alle Parteien hinweg beschlossen hat, dass die Wasserversorgung in den Händen der Gemeinde bleibt.

Anhang (Seite 48)

Alexander Wili bittet den Gemeinderat zu prüfen, ob der Verkauf von Boden zwingend ist, oder ob ein selbständiges und dauerndes Baurecht nicht den gleichen Effekt erzielen würde, wobei die Gemeinde immer noch Eigentümerin des Grundstücks wäre.

Paul Winiker beantwortet die drei Fragen, welche ihn aus finanzieller Sicht direkt betreffen.

Im Aufgabenplan sind nicht alle Bereiche, welche am Anfang aufgeführt sind abgebildet, weil im Aufgabenplan nur die Schwerpunktprojekte abgebildet sind.

Die Motion Thalmann müsste man jetzt umsetzen, wenn man sie nicht abschreiben will. Der Gemeinderat will den Steuerfuss jetzt aber nicht senken und es liegen auch keine Anträge von Parteien dafür vor. Die Abschreibung der Motion ist eine formelle Sache.

Die Wasserversorgung und die Feuerwehr sind grundsätzlich finanziell selbständig, da es sich um Spezialfinanzierungen handelt. Paul Winiker bittet Franz Bucher um nähere Ausführungen.

Gemäss Franz Bucher kann man eine Spezialfinanzierung als eine eigene Rechnung betrachten, welche in der Gesamtrechnung aufgeführt wird. Die Feuerwehr und die Wasserversorgung sind Spezialfinanzierungen, d.h. die laufende Rechnung würde nicht beeinflusst werden, wenn eine Verselbständigung der beiden Bereiche zustande kommen würde.

Die Frage betreffend der Prüfung eines Baurechts nimmt Paul Winiker auf. Letztendlich hängt es davon ab, ob die Investoren damit einverstanden sind. Aber es ist ein prüfenswerter Vorschlag.

Lothar Sidler schliesst sich Paul Winiker an. Die Leitlinien und Ziele sollen zum Teil auch in der täglichen Arbeit umgesetzt werden und nicht immer in einem Projekt.

Die freiwilligen Arbeit soll die Eltern entlasten, damit sie arbeiten können. Im Bereich Integration zahlt die Gemeinde Kriens unter anderem Beiträge an den Verein Migration und an die Kurse, welche angeboten werden und unterstützt diese.

Die Ursachen der Hilfsbedürftigkeit will man rechtzeitig erkennen und verhindern, in dem beispielsweise die Kinder, welche abgleiten könnten, frühzeitig wieder auf den richtigen Weg gebracht werden, damit sie eine Ausbildung machen können und später ihr eigenes Geld verdienen. Bei alleinerziehenden Eltern muss man dafür besorgt sein, dass diese so schnell wie möglich wieder in die Arbeitswelt einsteigen können.

Helene Meyer-Jenni knüpft an ihre Vorredner an. Der Aufwand bei der Bildung gliedert sich in ca. 78 % für Besoldungen, ca. 13 % nicht beeinflussbare Kosten und ca. 9.2 % Sachaufwand, was die Herausforderung im Bildungsbereich aufzeigt. Einsparungen bei den Personalkosten sind nur über die Klassengrössen möglich, welche in den vergangenen Jahren stabil, jedoch nicht tief waren. Ein weiterer Punkt ist die Anzahl an Lektionen. Selbst bei einer Reduktion von Abteilungen, bleibt die Anzahl an Lektionen gleich. Klassen ab 20 Schülerinnen und Schülern gelten als sogenannte grosse Klassen, bei denen je nach Fach Zusatzlektionen angeordnet werden müssen. Wenn man beim Sachaufwand, welcher 9,2 % beträgt viel streichen muss, führt das zu Problemen. Beispielsweise können nicht mehr alle benötigten Schulbücher zur Verfügung gestellt werden. Unter den Investitionen ist die Sanierung der Schulanlagen, welche vor 30 bis 40 Jahren gebaut wurden, aufgeführt. Diese Werterhaltung sollte stetig sein, da dies auch wieder eine langfristige Sicherung ist, damit man in der Zukunft nicht in ein Desaster läuft.

Gemäss Cyrell Wiget liegt noch ein überwiesenes Postulat zum Thema Betreuungsgutscheine für Eltern vor. Bei der Überweisung war man sich einig, dass man die Erfahrungen von Luzern abwartet.

Die Bevölkerung will man durch ein attraktives Schwimmbad und mit der Sportanlage Kleinfeld zur täglichen Bewegung motivieren.

Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass eine bessere Anbindung des Eigenthals an den öffentlichen Verkehr verlangt wird und hat seine Enttäuschung über die Streichung dem vif entsprechend mitgeteilt.

Nach Matthias Senn stimmt es, dass man im Zentrum das Problem hatte, dass nicht alle Lokale vermietet werden konnten und deshalb Büroräumlichkeiten in diesen Lokalen eingerichtet hat. Der Gemeinderat ist jedoch davon überzeugt, dass die Lokale durch die Massnahmen im Zusammenhang mit der Zentrumsplanung wieder attraktiver werden. Wenn das Zentrum wie geplant realisiert werden kann, auch wenn es ein paar Jahre länger dauert als angenommen, hat man diese Aufgabe erfüllt.

Viktor Bienz dankt dem Gemeinderat für die Ausführungen.

Alexander Wili stellt den Antrag, dass der Einwohnerrat als zweiten Punkt beschliesst, dass spätere abweichende Beschlüsse des Einwohnerrates vorbehalten bleiben.

Abstimmung über den Antrag von Alexander Wili:
Der Antrag wird mit 30:1 Stimmen angenommen.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	n.t.
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	Enthaltung
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	Enthaltung
Thalmann, Robert	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	ja

Viktor Bienz liest den folgenden neuen **Beschlussestext**:

1. Die Politische Gesamtplanung mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2010 – 2014 wird genehmigt.
2. Spätere abweichende Beschlüsse des Einwohnerrates bleiben vorbehalten.

Abstimmung über den Beschlussestext:

Dem Beschlussestext wird mit 23:9 Stimmen zugestimmt.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	Enthaltung
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja

Graber, Kathrin	n.t.
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Thalmann, Robert	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	ja

5. Bericht und Antrag: Voranschlag 2010

Nr. 102/09

Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (teilweise im Bericht und Antrag integriert):

5.1 Motion Thalmann: Schrittweise Annäherung des Steuerfusses an das Niveau der Agglomeration **Nr. 262/08**

5.2 Motion Hug: Machbarkeitsstudie für eine Hochbahn **Nr. 084/09**

5.3 Interpellation Konrad: Sparwut in Kriens **Nr. 082/09**

Viktor Bienz begrüsst zum zweiten Teil der Sitzung die vielen Gäste auf der Tribüne. Er stellt klar, dass es je nach Ablauf bzw. Anzahl behandelte Geschäfte am 26. November 2009 nochmals eine ganztägige Sitzung geben wird.

Bevor über den Voranschlag 2010 diskutiert wird, soll die Interpellation Konrad behandelt werden.

5.3 Interpellation Konrad: Sparwut in Kriens

Nr. 082/09

Simon Konrad dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und verlangt die Diskussion.

Viktor Bienz stellt fest, dass dagegen nicht opponiert wird.

Gemäss Simon Konrad zeigt die Beantwortung seiner Interpellation „Sparwut in Kriens“, die offensichtlich seit 1991 nie ausbrach, die stark wachsenden Segmente auf. Er nennt diverse in der Beantwortung aufgeführte Zahlen und kommentiert diese. Für ihn ist klar, dass das Kostenwachstum bei den Sach- wie den Personalkosten begrenzt werden muss.

Für Helene Meyer-Jenni ist es wichtig, dass nicht Birnen mit Äpfeln verglichen werden. Bei der Kultur hat es Verschiebungen der Aufgaben gegeben. Neu zahlt die Gemeinde keinen Beitrag mehr an das Luzerner Theater sowie das Luzerner Symphonieorchester. Diese werden neu nur noch vom Kanton finanziert. Diese Änderung erfolgte aufgrund der Zuständigkeit. Ähnlich ist es auch bei den Sozialkosten und der Bildung. Mit der Finanz- und Aufgabenreform wurden die Zuständigkeiten verschoben.

5. Bericht und Antrag: Voranschlag 2010

Nr. 102/09

Zur Behandlung des Voranschlages 2010 begrüsst Viktor Bienz Finanzsekretär Franz Bucher als Sachverständigen.

Simon Konrad dankt allen Beteiligten für die Verfassung des Voranschlages. Das vorliegende Budget ist übersichtlich dargestellt. Der erste Teil ist mit Grafiken versehen und gibt einen guten Überblick über die Schwerpunkte in den Departementen.

Das Budget ist in der Hoheit des Einwohnerrates und sein wichtigstes Instrument, um auf das Geschehen in der Gemeinde Kriens Einfluss zu nehmen. Das detaillierte Jahresprogramm ist seit letztem Jahr angefügt und gibt eine gute Übersicht über die Schwerpunkte des nächsten Jahres.

Die FGK hat sich gefragt, ob der Voranschlag finanziell vertretbar und rechtmässig ist, die Einnahmen realistisch und die vorgesehenen Ausgaben notwendig sind?

In der Eintretensdebatte gingen die Meinungen der Mitglieder stark auseinander. Von Zurückweisung mit Fr. 2 Mio, oder 2.5 % Reduzierung des Nettoaufwandes über „Rote Zahlen sind in dieser Situation nicht so schlimm“ oder verstärkter Kooperation bis zur Sozialverträglichkeit reichten die Statements. Zu hohe oder zu tiefe Löhne wurden diskutiert, die Statistik des Bundesamtes wurde zitiert, das bis Ende 2009 eine Deflation von 0.4 % vorsieht.

Dani Piazza brachte es mit seiner symbolischen Aussage auf den Punkt. Die Schere geht weiter auf und es braucht einschneidende Massnahmen, die an einem Workshop im Frühjahr zusammen mit dem Gemeinderat in Form einer Auslegeordnung und einem Entlastungsprogramm eingeleitet werden sollen.

In der Detailberatung wurden verschiedenste Fragen beantwortet, wie z.B.

- Benützungsgebühren Fotokopierer
- Beiträge an kulturelle Vereine
- Honorare Öffentlichkeitsarbeit
- Beitrag an den Bikesport
- Restaurant Kleinfeld
- Falsch berechnete Besoldungen im Zunacher 2
- Spitex
- Im Budget fehlende uneinbringliche Krankenkassen-Kosten

Bei der Investitionsrechnung gab die Machbarkeitsstudie im Pflegeheim Grossfeld über Fr. 250'000 Anlass zu Fragen.

Die FGK stellt keine Anträge zum Budget und hat mit 3:3 und einer Enthaltung über das Budget befunden.

Gemäss Monika Marbacher ist das Eintreten für die BiK unbestritten. Sie lobte die sehr gute Dokumentation im Bereich Bildung. Die einzelnen Budget-Positionen sind dadurch sehr gut nachvollziehbar. Die BiK dankt den Verantwortlichen an dieser Stelle ganz herzlich für diese professionelle Ausgestaltung des Voranschlages Bereich Bildung. Es fällt auf, dass trotz sinkenden Schüler/innen-Zahlen die Kosten gleich hoch bleiben.

Die BiK zeigte keine Freude am hohen Defizit. In der BiK wurde angekündigt, dass wahrscheinlich ein Antrag um Sparmassnahmen eingereicht werde, von anderer Seite wurde bemerkt, falls das Budget zurückgewiesen werde, müsse eine Diskussion im Rat zu den einzelnen Positionen stattfinden. Kritisch beurteilt wurden die Vorgaben des Kantons betreffend automatischer Teuerung und Stufenanstieg bei den Lehrpersonen. Andiskutiert wurden im Weiteren die Klassenbestände unter Einbezug der Veränderungen, wenn die integrative Förderung eingeführt wird.

In der Detailberatung wurden die einzelnen Positionen mit folgenden Fragestellungen betrachtet:

- Ist der Sachaufwand zu hoch?
- Gibt es Angebote, die gestrichen werden können?
- Sind die Personalkosten zu hoch?

Die BiK konnte unter diesen Aspekten keine Positionen benennen.

Markus Buholzer hielt abschliessend fest, dass eine weitreichende Auseinandersetzung betreffend Budget stattgefunden habe und erwähnte, dass aus seiner Sicht keine weiteren Einsparungen im Bereich Bildung möglich seien.

Der Voranschlag 2010 wurde von der BiK einstimmig angenommen.

Martin Heiz hält sich angesichts der grossen Traktandenliste auch hier kurz. Die BK hat sich ebenfalls mit diesem Bericht und Antrag befasst. Wobei sie sich auf die baurelevanten Zahlen konzentriert hat. Eintreten war nicht bestritten. In der Detailberatung wurden die einzelnen Konten, die die BK betreffen, angeschaut. Es wurde festgestellt, dass in der Rubrik "314 Baulicher Unterhalt" die Zahlen seit der Rechnung 2007 sehr rückläufig sind. Es wurde die Frage gestellt, ob dies so stimmt. Der Einwohnerrat wird heute diesbezüglich sicher noch eine Antwort erhalten. In der BK wurde diese Frage beantwortet.

Die BK hat keine Abstimmung über den ganzen Bericht und Antrag durchgeführt, ist aber mit den baurelevanten Zahlen einverstanden.

Gemäss Martin Heini ist auch in der USK Eintreten unbestritten. Sämtliche Posten, welche die USK betreffen, wurden diskutiert und kritisch hinterfragt. Die USK wird diesbezüglich keine Anträge stellen. Zu folgenden Konto-Posten wurde Stellung genommen:

310 Denkmalpflege / Heimatschutz

Da auf der kantonalen Liste keine Objekte von Kriens aufgelistet sind, fliessen auch keine entsprechende Beiträge vom Kanton. Auch der Gemeindetopf ist leer.

340.01 Sportanlage Kleinfeld

Diese Position beinhaltet die 50 %-Stelle des neuen Sportkoordinators.

344.01 Badeanlage Kleinfeld

Der bauliche Unterhalt wurde hier mehr als halbiert. Die budgetierten Fr. 20'000 werden kaum für den Unterhalt ausreichen und es wird zu Budgetüberschreitungen kommen.

350.01 Jugendanimation

Diese Position beinhaltet eine zusätzliche 10 %-Stelle, die notwendig wurde für die Hort-Betreuung.

580 Allg. Fürsorge

Die Beiträge an KITA müssten um Fr. 45'000 grösser sein, da fünf neue Plätze zu schaffen sind. Dies widerspricht dem Einwohnerratsbeschluss von 2007.

650 öffentlicher Verkehr

Diese Altlast ist durch die Modalitätsänderung der Beiträge an den kantonalen Zweckverband entstanden.

Postauto Eigenthal: Die USK bedauert es, dass sich der Kanton vom geplanten Taktfahrplan und öfteren Kursen am Wochenende verabschiedet hat.

720 Abfallbeseitigung

Die Aktion GOD gegen Littering wird begrüsst.

770 Naturschutz

Die USK führte eine Diskussion über die Möglichkeit, Dienstleistungen vom Ökiforum Luzern einzukaufen. Dabei können die Aufgaben und Kosten jedoch nicht 1:1 verglichen werden. Der Gemeinderat bestätigt jedoch, dass Kriens die Leistungen kostengünstig ausführt. Die USK stellt fest, dass Fremdvergaben od. Sourcingstrategien aufwändige Prozesse sind und, wenn man mal auf diesen Zug aufgesprungen ist, regelmässig zu überprüfen sind.

Die USK sieht in diesen Posten keinen Anlass zur Reduktion des Defizits. Der ausgewiesene Verlust hingegen bewirkte bei der Abstimmung das Zurückweisen des Voranschlags 2010 mit 3:2 Stimmen.

Bruno Bienz stellt fest, dass für die einen der SGK-Mitglieder der Voranschlag 2010 ein Debakel ist, für die anderen sieht der Horizont düster aus. Zurzeit sind mögliche Massnahmen im Bereich Heime blockiert, da zuerst die Machbarkeitsstudie für das Haus Grossfeld sowie das Projekt "Beratung, Betreuung und Pflege" abgewartet werden muss. Für einzelne Mitglieder SGK ist es aber klar, dass es für die Heime dringend eine Vollkostenrechnung braucht. Nur so kann der Einwohnerrat Äpfel mit Äpfeln vergleichen und auch Massnahmen ergreifen.

Ein weiteres Thema war auch die Neuordnung der Pflegefinanzierung. Im Voranschlag wurde dies trotz Vorschlag des Regierungsstatthalters nicht budgetiert. Ob dies ein Wunschkatalog des Kantons ist, wird sich weisen. Das kann aber mit einer Verschlechterung der Rechnung 2010 von einer halben Million zu Buche schlagen.

Leider ist auch immer noch der Benchmark betreffend Vergleich der Lohnsituation des dipl. Pflegepersonal mit anderen Gemeinden ausstehend. Dieses Problem sollte dringend angegangen werden, da die Gefahr gross ist, gute Fachkräfte an die Stadt zu verlieren. Der Unterschied dürfte sich etwa bei 300 – 500 Franken bewegen, wenn nicht mehr.

Sorgen bereiten auch die steigenden Fallzahlen im Vormundschaftsbereich. Der Antrag im Budget bei der Spitex nimmt die Entwicklung der ärztlich angeordneten Pflegeleistungen auf. Ohne Kostensteigerungen, alleine begründet durch die Mengenzunahme, legt die Spitex ein nachahmenswerter Vorschlag vor. Dank Initiative und unternehmerischem Denken konnte der Spitex Verein diese Zahlen erreichen.

Die SGK hat schon bei der Rechnung 2008 interveniert, dass beim Konto uneinbringliche Krankenkassen-Kosten nichts budgetiert wurde. Dies soll im nächsten Voranschlag nun passieren.

Nach vielen klärenden Antworten der anwesenden Abteilungsleiter hat die SGK schlussendlich den Voranschlag 2010 zu den kommissionsrelevanten Konti mit 4 Ja zu 1 Enthaltung angenommen.

Für Bruno Bienz, als Präsident der SGK, sind die vorliegenden Anträge unter Punkt 6, 8 und 10 nicht seriös. Sie basieren auch nicht auf Fakten und Zahlen, sondern sind reine Budgetkosmetik. Er verurteilt diese Vorgehen klar und deutlich.

Gemäss Roland Burkhardt nimmt die SVP den Bericht und Antrag zum Voranschlag 2010 zur Kenntnis und ist erstaunt, dass der Gemeinderat trotz der geleisteten grossen Arbeit kein ausgeglichenes Budget präsentiert. Die SVP kann weder aus politischer Konsequenz noch aus Verantwortung dem Bürger gegenüber diesen Budget-Antrag 2010 gutheissen.

Grundsätzlich wollte die SVP den vorliegenden Bericht und Antrag zum Voranschlag 2010 an den Gemeinderat zur Überarbeitung zurückweisen mit dem Auftrag, das Budget um Fr. 2 Mio. pauschal zu kürzen. In Anbetracht der finanz- und wirtschaftspolitischen Situation verlangt die SVP nun aber eine Budgetkürzung gemäss dem Antrag des überparteilichen Ausschusses CVP/FDP/SVP vom 28. Oktober 2009 zum Bericht und Antrag Nr. 102/2009 um Fr. 1.4 Mio. und zwar als Gesamtpaket verbunden mit den dazugehörenden Auflagen.

Die einzeln erforderlichen und detaillierten Budgetkürzungen hat der Gemeinderat in eigener, koordinierter Verantwortung und entsprechend den sachbezogenen Dringlichkeiten in den Departementen und Abteilungen mit den grössten und selbst bestimmbarsten Investitionen und Ausgaben für 2010 zu vollziehen.

Die SVP ist damit bereit, für das Jahr 2010 auf die Reduktion des Steuerfusses gemäss der Motion Thalman Nr. 262/2008 zu verzichten. Um die wirtschaftliche Attraktivität und die finanzpolitische Stärke von Kriens weiter zu fördern und zu festigen, will die SVP die Motion Thalman jedoch nicht abschreiben lassen.

Obwohl die zu vollziehenden Einsparungen im Budget 2010 Sache des Gemeinderates sind, weiss die SVP darauf hin, dass Kriens in seiner Investitionspolitik neben den Realitäten lebt und sich in Richtung immenser Abenteuer bewegt. Kriens muss sich in den Ausgaben von Wünschbarem auf Notwendiges und Effizienteres konzentrieren. Kriens berücksichtigt die Preis- und Lohnentwicklung in der Schweiz. Man befindet sich in einer Deflation und kommt für 2010 höchstens in eine Stagnation.

Der Antrag des überparteilichen Ausschusses CVP/FDP/SVP vom 28. Oktober 2009 zeigt mindestens die kurz- und mittelfristige Marschrichtung auf, um zukünftige Budgets ins Lot zu bringen. Die SVP wird sämtliche Anträge ausserhalb dieses Positionspapiers ablehnen.

Mit der Annahme dieses Antrages kann die SVP auf das Budget eintreten.

Simon Konrad erwähnt, dass ein budgetierter Aufwandüberschuss von Fr. 5.6 Mio. für die FDP auch in der jetzigen Zeit falsch scheint. Das Resultat ist durch den Systemwechsel bei den Abschreibungen sogar noch um ca. Fr. 400'000 geschönt. Fr. 6 Mio. Defizit - wie sollen zukunftssträchtige Investitionen für Kriens möglich sein, wenn das Eigenkapital durch zu hohe Ausgaben weggefressen wird?

Die Einnahmen sind mit einem plus von 5 % sehr grosszügig budgetiert. Das „Franz Baumann Phänomen“ scheint im nächsten Jahr eher unwahrscheinlich. Der Standortwettbewerb läuft weiter. Unter diesen Vorzeichen wird die FDP die Motion Thalmann, über eine schrittweise Annäherung des Steuerfusses, aufgrund der ausserordentlichen Lage nicht unterstützen.

Die FDP verzichtet aufgrund der Erfahrungen vom letzten Jahr, konkrete Vorschläge in den Departementen zu machen, obwohl sie schlussendlich vom Volk dann auch gutgeheissen wurden. Die Exekutive weiss, welche Departemente die Zielvorgaben nicht erreicht haben und folglich nochmals Kürzungen vornehmen müssen. Zum vorliegenden Antrag des Ausschusses der FGK nimmt der Sprecher später Stellung.

Die FDP ändert ihre Haltung nicht. Ein Budget soll ausgeglichen sein, wie es auch im Gemeindegesetz § 79 verankert ist; *„Der Voranschlag der laufenden Rechnung ist so zu gestalten, dass sich im Durchschnitt mehrerer Jahre ausgeglichene Abschlüsse ergeben.“*

Der Sprecher fragt den Rat, unter Beizug der politischen Gesamtplanung S. 33, ob sich der Regierungsstatthalter bald intensiver mit dem Krienser Budget auseinandersetzen muss? Die FDP fordert, die budgetierten Ausgaben zu reduzieren. Sie befand einstimmig, nach eingehender Diskussion, einen gemeinsamen Nenner bei 2.5 % Reduzierung des Nettoaufwandes.

Für die Umsetzung wünscht sich die FDP:

- keine Entlassungen
- eine Prüfung erfolgreicher Instrumente in der wirtschaftlichen Sozialhilfe (Modell Winterthur)
- eine konstruktive und faire Umsetzung der Forderung
- die Überprüfung aller Leistungsverträge
- die Überprüfung aller Investitionsvorhaben und Priorisierung und Etappierung der Investitionsprojekte.

Die FDP tritt auf den Voranschlag 2010 ein und fordert ein revidiertes Budget mit einer Reduktion des Netto-Aufwandes um 2.5 % auf Fr. 76 Mio.

Seit der Fraktionssitzung vor 2 Wochen haben diverse Gespräche stattgefunden, die in einem überparteilichen Antrag fruchteten. Die FDP ist bereit, diesem überparteilichen Kompromiss Vorrang zu geben, wenn er unverändert als Gesamtpaket durch die Detailberatung kommt und möchte so ihren Beitrag an eine nachhaltige Entwicklung des Krienser Finanzhaushaltes leisten.

Judith Luthiger ist erleichtert, dass die SVP von ihrer geplanten dritten Steuersenkung absteht. Eine weitere Steuersenkung bei diesem Defizit, wäre schlicht verantwortungslos.

Die SP ist unzufrieden mit dem riesigen Defizit, aber sie ist keineswegs überrascht. Das sind die Resultate der Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien der letzten Jahre. Zwei Steuersenkungen auf Gemeindeebene, das sind Fr. 3.4 Mio. fehlende Einnahmen. Gleichzeitig wurden durch die Steuergesetzrevisionen 2008 und 2011 die Steuererträge nach unten korrigiert, in der Hoffnung neue reiche Familien und gewinnbringende KMU anzusiedeln. Die Gemeinde Kriens spürt davon null und nichts. Der Kanton verlangt aber im Gegenzug von Kriens immer höhere Beiträge und verordnet neue Leistungen. Die Rechnung geht für Kriens nicht auf.

Das Defizit würde noch schlimmer aussehen, wären nicht der Grundstücksverkauf und die Auflösung der Steuerschwankungsreserven, tiefe Kantonsannahmen von zu erwartenden Kosten und verschiedene Kosten, die jetzt neu nicht mehr im Aufwand, sondern in der Investitionsrechnung zu finden sind. Die neue Pflegefinanzierung wird auch noch hinzukommen, vielleicht noch im 2010. Diese ist nicht budgetiert.

Im vorliegenden Budget wurde bereits zünftig gespart. Die Sprecherin nennt folgende Beispiele:

Auf der Einnahmenseite hat die Gemeinde erneut die Heimtaxen erhöht: Im 2008 3,2 %, im 2009 1,5 % und im 2010 ? %. Ist dies nicht ein Bumerang? Wer die höheren Heimtaxen nicht bezahlen kann, muss Ergänzungsleistungen beziehen und belastet einfach einen anderen Posten im Budget. Ein Nullsummenspiel?

Auch dieses Jahr sind die Lohnerhöhungen für qualifiziertes Pflegepersonal Wunschdenken. Sie sind der Budgetsparrunde zum Opfer gefallen. Da nützen wertvolle Lohnvergleiche mit anderen Heimen nichts, um schwarz auf weiss aufzuzeigen, dass qualifizierte Pflegefachleute in Kriens Fr. 300 bis Fr. 400 weniger verdienen.

Der Aufwand für gesetzliche Sozialhilfe ist um 7.5 % gestiegen und ist eine logische Folge der Wirtschaftskrise und der Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre. Beispielsweise bei den Amtsvormundschaftsfällen gibt es eine Zunahme von fast 25 % bei gleichbleibendem Personal. Können Anträge noch seriös abgeklärt und kann sichergestellt werden, ob Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe gerechtfertigt sind? Wie sollen die zusätzlichen Arbeitslosen beraten werden können? Mehr Arbeit, bei gleichbleibendem Personal führt zu Burnouts.

Die KITA Plätze sind ein weiteres Beispiel: Der Einwohnerrat hat an seiner letzten Sitzung den neuen Schülerhort angenommen. Jetzt verzichtet man im Budget im gleichen Atemzug auf 5 KITA Plätze. Das ist ein falsches Zeichen. Dies ist ein weiterer Leistungsabbau. KITA's tragen sehr wohl zur Attraktivität einer Gemeinde bei.

Die Gemeinde hat die Mietzinse der Alterswohnungen Hofmatt erhöht. Die Schülerhilfe wurde gestrichen. Eine Familie konnte das Geld für das Klassenlager nicht bezahlen. Sollen zukünftig Kinder zuhause gelassen werden, wenn sie nicht bezahlen können? Es gäbe noch viel mehr Beispiele.

Es ist richtig, dass die Gemeinde Investitionen tätigt. Vor allem bei dieser kritischen Wirtschaftslage. Es stehen Sanierungen an, die nicht mehr aufgeschoben werden dürfen (Krienser Badi). Auch die Sanierung der Wasserleitungen ist dringend nötig. Dazu kommen die Sanierungen von weiteren Schulhäusern (Fenster eingestürzt, Umlenkrollen in der Turnhalle auf den Boden geknallt). Kriens hat in den vergangenen Jahren zu wenig in die Werterhaltung investiert, das muss jetzt bittet gebüsst werden. Diese Fehler müssen korrigiert werden. Langfristig muss man die anstehenden Investitionen jedoch genau anschauen. Der politische Prozess muss eingeleitet werden.

Die SP nimmt das Budget zähneknirschend an.

Die vorliegenden Anträge sind sogenannte Kompromissanträge, die noch mehr Leistungen abbauen wollen: Auf dem Buckel des Gemeindepersonals, welches bereits zusätzliche Abzüge wegen der PK in Kauf nehmen muss, auf dem Buckel der Kinder, auf dem Buckel der Pflegebedürftigen, auf dem Buckel der sozial Schwächeren, ein bisschen beim Umweltschutz wie immer, und zu guter Letzt ein bisschen beim Unterhalt der Parkanlagen und Wanderwege. Wo bleiben die Einsparungen bei der Wirtschaft und dem Gewerbe? Wieso hat man beim Strassenunterhalt nicht sparen wollen? Matthias Senn hat letztes Jahr gesagt, es hat kein Fleisch mehr am Knochen. Die Sprecherin ist der Meinung, dass bereits am Knochenmark geknappert wird.

Die SP lehnt die Anträge ab. Sie unterstützen den Antrag für Steuererhöhung. Das ist in ihren Augen im Moment das sozialverträglichste Mittel, einen Teil des Defizits wettzumachen. Weitere Budgeterhöhung verträgt es aber nicht. Konsequenterweise müsste man auch die Hochbahnmotion vertagen. Kriens kann sich ein solches Projekt momentan nicht leisten.

Gemäss Werner Baumgartner ist die CVP/JCVP-Fraktion nicht glücklich über das vom Gemeinderat vorgelegte Budget. Sie hat sich in den vergangenen Jahren stets für ausgeglichene Rechnungen eingesetzt. Aber nun sind die fetten Jahre vorbei und es muss mit mageren Jahren gerechnet und kalkuliert werden. Nun ist Kriens eine Gemeinde, die zwar etwas Geld auf die Seite legen konnte, die den Steuerzahlenden Erleichterungen ermöglicht hat, auch eine die in den letzten Jahren gut trainiert wurde und heute recht fit ist. Eine Gemeinde, die gute Leistungen gebracht hat und weiterhin bringt. Das Gemeindepersonal ist gut und die Dienste funktionieren - Kriens ist leistungsfähig.

Kriens ist aber auch eine Gemeinde, die vom Training leicht gezeichnet ist. Sie hat zwar nun Muskeln, aber fast alle Fettreserven sind abtrainiert. Die Infrastruktur beginnt allmählich zu leiden, es zeigen sich da und dort Mängel. Man muss Sorge tragen zum bisher Erreichten und sich überlegen, ob und wie viel man noch sparen will und kann und wo man das allenfalls tun will. Auch eine Steuererhöhung wird kein Tabu sein, wenn es darum geht, die Finanzen nachhaltig in Ordnung zu halten. Wenn man in Betracht zieht, dass Kriens effektiv nur über Fr. 6 Mio. völlig frei verfügen kann oder wenn man weiss, dass zum Beispiel bei den Schulen nur gerade 8 % für den Sachaufwand, aber 78 % beim Personal ausgegeben wird, dann muss man aufpassen, dass man am richtigen Ort spart, und dass man sich nicht zu Tode spart. Man muss auch Sorge tragen, dass die wenig Begüterten in dieser Gemeinde nicht noch weiter belastet werden. Diejenigen, die Steuern zahlen können, sind in den letzten Jahren bereits berücksichtigt worden in Form von Steuersenkungen. Diejenigen, die nicht zahlen können, sollen unterstützt werden und die, die nicht zahlen wollen, soll man dazu bringen oder gar zwingen.

Das wirklich Verhängnisvolle ist aber, dass man zwar für sehr vieles zahlen muss, aber nichts zu sagen hat. Seit Werner Baumgartner in diesem Parlament ist, hört er immer wieder: „da haben wir keine Wahl“. Verhält sich das im privaten Leben auch so? Zahlt man, ohne dass man etwas sagen kann oder will?

Für den Sprecher und sicher vielen anderen, reicht es. Er will nicht weiter zahlen, was an irgendeinem Schreibtisch geboren wird. Er zitiert den Sozialdemokraten Helmut Schmid aus seinem Buch „Ausser Dienst“: *„Abermals bestätigte sich die Erfahrung, dass keine Bürokratie ihrer eigenen Entmachtung zustimmt.“*

Werner Baumgartner behauptet nicht, dass Kriens eine Bürokratie hat. Aber sehr viele Leute sind es leid, wenn ständig neue Gesetze gemacht, neue Abteilungen eröffnet und das Leben verkompliziert wird. Das ist nicht nur mühsam, sondern es kostet viel Geld. Und wenn in der Folge Ausgaben ungebremst steigen, weil man bald für alle Berufe eine Matura zur Voraussetzung machen will, dann ist es schwer verständlich für den Angestellten auf der Gemeinde, wenn man ihn ständig mehr unter Druck setzt oder wenn man es sich nicht mehr leisten kann, die Schulhäuser zu sanieren. Es kann nicht sein, dass in gewissen Bereichen die Ausgaben, von oben verordnet, stetig steigen. Die meisten Bürgerinnen und Bürger wollen dies nicht und der Einwohnerrat muss dem Einhalt gebieten. Diese Worte sind in keiner Weise gegen das Gemeindepersonal gerichtet. Die CVP/JCVP-Fraktion hat die Meinung, dass hier sehr gute Arbeit geleistet wird und dass Kriens eine schlanke und effiziente Verwaltung hat.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist für Eintreten. Grossmehrheitlich wird der Antrag von Roland Burkhardt, Simon Konrad und Werner Baumgartner unterstützt. Der vorliegende Antrag des überparteilichen Ausschusses ist ein ausgewogener Kompromiss. Die Initianten wollen damit vermeiden, dass der Vorschlag, mit dem Auftrag von FDP und SVP das Budget um Fr. 2 Mio. zu kürzen, zurückgewiesen wird. Sie befürchten, dass dies nicht machbar wäre, ohne dass möglicherweise mehr Schaden als Nutzen entsteht. Damit dieser Kompromiss Bestand hat, sind zwei Bedingungen zu erfüllen, hinter denen der Sprecher voll und ganz stehen kann:

1. Es gibt ihn nur als Paket. Das heisst konkret, dass FDP und SVP den Bericht und Antrag ablehnen werden, wenn nicht alle vorgeschlagenen Budgetkürzungen beschlossen werden.
2. Es muss im ersten Halbjahr 2010 eine Auslegeordnung gemacht werden an der alle Bereiche inklusive aller kleinen Budgetposten in allen Departementen angeschaut werden müssen. Dabei sind der Gemeinderat und die FGK gefordert und es wird vorgeschlagen, dass man versucht, möglichst auch die Bevölkerung miteinzubeziehen.

Der Sprecher ist der Meinung, anders als die SP dies sieht, dass mit diesem Antrag alle Bereiche Tribut zollen mussten. Die Lösung ist nicht zu 100 % gerecht, aber sie ist besser als kurzfristig Fr. 2 Mio. zu kürzen und sie betrifft alle Bereiche anteilmässig.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist auch nicht glücklich über diese Massnahmen. Sie beisst fest auf die Zähne, wenn man in den Bereichen Bildung und Soziales so grosse Abstriche zulassen muss und erwartet, dass im nächsten Frühling auch weitere Bereiche zum Sparen beitragen.

Werner Baumgartner bittet den Einwohnerrat um Unterstützung dieses Antrages.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass die in den letzten Jahren immer wieder gemachte Aussage: *Steuersenkungen bringen Mehrertrag und nützen allen!* falsch ist. Die Realität sieht ganz anders aus. Wer zusätzlich zu den kantonalen Steuersenkungen auch noch die Gemeindesteuern senkt, der erntet ein Budget wie der Einwohnerrat es auf nun dem Tisch hat.

Kriens hat ein Defizit von Fr. 5.5 Mio. wenn man die einmaligen Faktoren weglässt. Die Steuererträge gehen zurück und steigen nicht um 5 % an wie im FIPLA 2009-2013 noch prognostiziert. Dies sind die Auswirkungen der Steuersenkungen und der Konjunktur. In Kriens hat die Wirtschaftskrise ihre Spuren hinterlassen, auch wenn dies beim letzten Voranschlag von bürgerlicher Seite noch vehement bestritten wurde. Die Steuergesetzrevision 2008 hat ab 2008 zu Einnahmefällen von Fr. 6 Mio. und ab 2009 von Fr. 1.9 Mio. und ab 2010 von Fr. 0.9 Mio. geführt. Parallel dazu hat der Einwohnerrat zwei Steuersenkungen beschlossen, die zu Einnahmefällen von Fr. 3 Mio. führen. Wer jetzt noch überrascht ist, dass Kriens

ein Defizit hat, der kann das nicht ernst meinen. Und wer sagt, er sei vom Gemeinderat enttäuscht, dass er ein solches Defizit präsentiert, der hat wohl eine theatralische Ader. Der Gemeinderat kann wohl kaum am Einwohnerrat vorbei Einsparungen in dieser Grössenordnung vornehmen. Da ist der Einwohnerrat gefordert, aber nicht in einer Hauruck-Übung, sondern sorgfältig über dieses Budget hinaus.

Leider haben die Grünen mit ihrer Warnung vor Steuersenkungen recht behalten, auch wenn die Konjunktur im 2008 und 2009 die Auswirkung noch kräftig gedämpft hat. Wenn man die Gründe für das Defizit auf der Ausgabenseite sucht, stellt man fest, dass eine ganze Reihe von strukturellen Einflüssen das Budget belastet und zwar auf Jahre hinaus. Z.B. sind da Beiträge zur Ausfinanzierung der PKK, an die Finanzierung der Sonderheime (SEG), bei der Gesundheit und Pflegekosten, bei der sozialen Wohlfahrt. Aber man weiss schon lange, dass strukturelle Veränderungen wegen neuer Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden auf einem zukommen. In Zukunft werden noch mehr Aufgaben auf die Gemeinde abgewälzt, da kann der Einwohnerrat nicht einfach nein sagen. Dies ist politisch gewollt und auch beschlossen.

Hätte man nicht den einen oder anderen kosmetischen Trick angewendet, wäre das Defizit noch grösser ausgefallen. Dazu zwei Beispiele: Fr. 100'000 werden aus einer Spezialfinanzierung in die laufende Rechnung transferiert (720.00.390.00), die laufende Rechnung bedient sich im Gebärentopf. Der Beschluss des Einwohnerrates zur Förderung der privaten Kindertagesstätten (Kitas) (580.00.365.07) mit einem stufenweisen Anstieg wird einfach kassiert. Dieses Jahr wurde der geplante Betrag von Fr. 44'500 einfach gestrichen. Wie aus den Anträgen der Grünen entnommen werden kann, wollen sie zwei dieser Sparübungen rückgängig machen und zwar trotz Defizit. All dies zeigt, dass Kriens ein strukturelles Defizit hat und gehandelt werden muss. Die Zukunft sieht noch düsterer aus, wenn man die zusätzlichen Ausfälle in Millionenhöhe vor Augen hat wegen der Steuergesetzrevision 2011.

Der Gemeinde fehlen die Mittel um ihre Aufgabe erfüllen zu können. Für eine nachhaltige Budgetverbesserung ist die Rückkehr zum Steuersatz von 2008 unumgänglich: Die Grünen stellen den Antrag von 1.95 Einheiten Gemeindesteuern. Wie bekannt ist, denken auch andere Gemeinden und die Stadt Luzern laut darüber nach, die Steuern zu erhöhen. Der Sprecher warnt an dieser Stelle vor zusätzlichen Einsparungen im Budget und verurteilt die «Spirale gegen unten»: In guten Zeiten werden die Steuern gesenkt, in schlechten Zeiten gibt es ein Sparpaket.

Wenn all die Steuergeschenke durch Sparen aufgefangen werden müssen, dann ist die Gefahr gross, dass durch den Sozialabbau das solidarische System unterwandert und gefährdet wird und schliesslich den sozialen Zusammenhalt und Frieden gefährdet.

Die Grünen wehren sich gegen weitere Sparmassnahmen zulasten der sozial Schwachen. Nach all den Steuergeschenken für die Reichen sollen nicht jetzt die Schwächsten dafür bezahlen. Dem Antrag der CVP/FDP/SVP können die Grünen in dieser Form nicht zustimmen. Es ist eben kein Kompromiss, sondern ein Sparpaket auf Kosten Bildung und Soziales. Auch die Grünen sehen die Notwendigkeit zum Sparen und können durchaus Sparvorschläge einbringen, aber sicher nicht so einseitig und ausgehend von Leistungen. Bei einzelnen Kontonummern zu sparen, ist unseriös, solange man nicht über den Leistungsabbau spricht.

Die Grüne-Fraktion stimmt dem vorliegenden Bericht und Antrag zu.

Paul Winiker zeigt anhand einer Powerpoint-Präsentation, welche dem Rat in Papierform abgegeben wird, einige Merkmale zum Voranschlag 2010 auf. Es ist keine Überraschung, dass der Voranschlag so hohe Defizitzahlen aufweist. Wie bereits gesagt wurde, beträgt das Rohdefizit Fr. 5.6 Mio. Der Mehrbeitrag an den Kanton für soziale Wohlfahrt beträgt Fr. 0.6 Mio. und die Mehrkosten für gemeindeeigene Sozialhilfe ca. Fr. 0.47 Mio. Die Bildung verzeichnet eine Kostensteigerung von Fr. 0.75 Mio. Für den zusätzlichen Hort rechnet man mit Mehrkosten von Fr. 0.2 Mio. und beim öV Fr. 0.4 Mio.

Im Jahr 2010 wird mit Brutto-Investitionen von ca. Fr. 23.024 Mio. gerechnet. Diese waren in Kriens wohl noch nie so hoch und es ist sicher an der oberen Grenze. Darin enthalten sind vor allem die Werterhaltung der Schulhäuser, Wasserversorgung, öffentliche Strassen und Gewässerverbauungen. Bei der Wasserversorgung wurde die Strategie so geändert, dass man die Leitungen saniert und dafür weniger Leitungsbrüche zu reparieren hat. Dies sind nachhaltige Investitionen. Im November wird der Einwohnerrat über den Bericht und Antrag des Neubaus der Hergiswaldbrücke befinden. Weiter stehen die Planungskredite der Badi und Zentrumsplanung an.

Aus dem Finanzausgleich erhält Kriens Fr. 0.24 Mio. Mit der Steuergesetzrevision 2008 ergibt sich ein Steuerausfall von rund Fr. 0.9 Mio. Es ist ein Antrag für Steuererhöhung vorhanden. Der Gemeinderat hält jedoch am Gemeindesteuersatz von 1.9 Einheiten fest. Bei der angekündigten Auslegeordnung muss dies sicher auch überprüft werden.

Die Sanierung der PKK hat zur Folge, dass der Sozialkostensatz von ca. 20 % auf 28 % ansteigt. Dies muss über die Lohnnebenkosten abgewickelt werden.

Bei den Gemeindesteuern rechnet der Gemeinderat für das Jahr 2010 nochmals mit einem Bruttowachstum von Fr. 1.4 Mio. Bei der Entwicklung der Personalkosten kann man nicht von einem grossen Quantensprung sprechen. Der Stellen- und Pensenplan hat keine Ausweitung zu verzeichnen. Das Ergebnis der laufenden Rechnung ist das konsequente Zusammenzählen der Mehraufwendungen in der Stagnation mit den Einnahmen.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das Problem des Defizits nicht mit einer Massnahme behoben werden kann. Es sind mehrere Aktionsfelder nötig. Der Gemeinderat will und muss diese angehen. Für die Zukunft ist dies nicht akzeptabel. Das aufgezeigte Defizit ist aber angesichts der Finanzkrise vertretbar. Das Budget wurde bereits getrimmt. Man hat diverse Vorschläge gehört, wo noch mehr Geld ausgegeben werden könnte, wenige Vorschläge zum Sparen wurden genannt. Fazit ist, alle Departemente mussten Federn lassen und es sind keine "Pölsterli" mehr vorhanden.

Es liegt im Kompetenzbereich des Einwohnerrat, ob er die beantragten Kürzungen vornehmen will. Die Löhne der Lehrpersonen hängt jedoch vom Entscheid des Kantonsrates ab. Die Kürzung beim Umweltschutzdepartement hat eine Reduktion des Personals zur Folge. Die Kürzung bei der Spitex muss mit den verantwortlichen Personen ausgehandelt werden. Der Sparauftrag muss weitergegeben werden und ist leistungsabhängig. Auch bei der SEG kommt es auf die Leistungen an. Betreffend Kürzung in der Volksschule wird Helene Meyer-Jenni noch Stellung dazu nehmen. Bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe strebt der Gemeinderat mit diversen Arbeitsprojekten eine Vorwärtsstrategie an. Paul Winiker macht den Einwohnerrat darauf aufmerksam, dass diese Kürzungsanträge nicht ohne Folgen genehmigt werden können.

Gemäss Kathrin Graber war in der CVP/JCVP-Fraktion bei der Beratung des Budgets klar, dass mit dem budgetierten Defizit von Fr. 3.6 Mio. eine schwierige Zukunft auf die Gemeinde zukommt. Auch die folgenden Jahre versprechen keine Besserung. Daher kam die Fraktion zum Schluss, dass man mit einem solchen Defizit nicht ins neue Jahr starten kann und will. Der überparteiliche Kompromiss-Vorschlag, der von der Einsparung von Fr. 1 Mio. ausgeht, und vor allem die Bereiche Soziales und Bildung betrifft, ist für eine Mehrheit der Fraktion schwer verdaulich. Sie hätte eine pauschale Kürzung von Fr. 1 Mio. überzeugter unterstützt. Mit dieser Variante hätte man dem Gemeinderat die Hausaufgabe gegeben, die verantwortbaren Kürzungen in allen Bereichen verhältnismässig vorzunehmen. So wäre eine ausgewogenere Lösung möglich gewesen. Dieser Vorschlag, der auch im Raum stand, fand aber leider bei den Verhandlungen keine Mehrheit. Jetzt aber trifft es die Bereiche Soziales, die Umwelt und Bildung stärker als die anderen Departemente.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist sich bewusst, welche grosse Arbeit im Bereich Soziales geleistet wird, gerade jetzt in einer finanziell schwierigen Zeit, wo die Fälle der sozialen Unterstützung durch die Gemeinde zunehmen. Auch bei den Löhnen in den Heimen würde grosser Handlungsbedarf bestehen. Auch ist gerade die Arbeit der Spitex in der Gemeinde Kriens jetzt besonders wichtig, wo die notwendigen Plätze im Pflegeheim fehlen. Bei der Bildung trifft es bei immer mehr Leistungen, die eine Schule zu erbringen hat, die Kinder und Lehrerinnen und Lehrer.

Trotz dieser Bedenken unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion als Partei der Mitte den erarbeiteten Kompromissvorschlag. Einerseits um noch höhere, nicht realistische Einsparungen zu verhindern und um eine Auslegeordnung für nächsten Frühling zu ermöglichen. Andererseits mit der Auffassung und Hoffnung, dass im Bereich Soziales die lancierten Projekte nicht gefährdet werden und im Bereich der Bildung die Qualität der Schule für die Schülerinnen und Schüler nicht abnimmt. Zudem wird verlangt und erwartet, dass beim Entlastungsprogramm, das mit der FGK anfangs 2010 ausgearbeitet wird, berücksichtigt wird, dass die genannten Bereiche bereits bluten mussten, daher weniger zur Kasse gebeten werden und die anderen Bereiche noch „Nachholbedarf“ bei Kürzungen haben. Aus diesen Gründen wird die CVP/JCVP-Fraktion diesen Antrag grundsätzlich unterstützen.

Martin Heini opponiert dem Abbauantrag des überparteilichen Ausschusses. Es ist ein Sparantrag und somit kein Kompromiss. Wie bereits erwähnt, betreffen die Kürzungen die Schulkinder, Eltern, Lehrpersonen, das Gemeinde- und Heimpersonal, Spitex, kranke Leute und deren Angehörigen und sozial schwächer gestellte Personen. Es trifft aber nicht die Grundeigentümer und Hausbesitzer, die Verkehrsteilnehmenden, die Wirtschaft, das Gewerbe und die Unternehmenden und Personen ohne Kinder. Diese Tatsache ist höchst unsozial und verwerflich. Der Sprecher weiss jedoch, wie dies entstanden ist: Man hat die grössten Posten angeschaut und diese prozentual gekürzt. Er bedauert es, dass nicht die Grösse vorhanden ist zu sagen, wo bzw. welche Leistungen effektiv gestrichen werden müssen. Fehlt der Mut, sich der Kritik einer gewissen Bevölkerungsschicht auszusetzen? Warum können nicht konkrete Nägel eingeschlagen werden und grössere Posten wegrationalisiert werden wie z.B. Streichung des Ferienlagers, Musikschule voll kostenpflichtig machen, das Schwimmbad fünf Jahre trocken legen, ein Schulhaus schliessen? Diese Frage ist ebenso dringlich wie gerecht. Kann Kriens diesen Abbau verkraften? Für viele Bereiche müsste man auf Freiwilligenarbeit aufbauen und dafür entsprechende Institutionen schaffen, die ihre Arbeit gratis verrichten. Aus ökonomischer Sicht muss man auch die Einnahmeseiten betrachten: Alle gemeindeeigenen Parkplätze müssten endlich bewirtschaftet werden und der Steuerfuss muss auf das notwendige Niveau angehoben werden.

Gemäss Bruno Bienz zeigt der Antrag zum Voranschlag 2010 durch die drei Parteien auf, wie hilflos diese auf das Defizit des Voranschlages reagieren können. Statt einzugestehen, dass die Steuersenkung und die anderen Budgetkorrekturen vom letzten Jahr ein Rohrkrepierer gewesen sind, soll dem Volk mit diesem Antrag weiterhin Sand in die Augen gestreut werden. Der Sprecher geht aus Zeitgründen nicht auf alle Budgetstreichungen ein. Aber das Beispiel Spitex zeigt auf, dass das Ganze nur eine reine Kosmetik ist: Bei der Spitex sollen Fr. 100'000 gespart werden. Die Spitex ist die einzige Abteilung, die im Budget keinen Franken Teuerung und Lohnentwicklung ausweist. Diese werden durch Neuorganisation und Sparmassnahmen aufgefangen. Das dankt der Rat nun mit Kürzungen. Das ist nicht sehr aufbauend. Zudem hat die Gemeinde mit der Spitex eine Leistungsvereinbarung unterzeichnet. Darin ist klar ausgewiesen, welche Leistungen erbracht und bezahlt werden. Wie sollen jetzt die Fr. 100'000 gespart werden? Sollen ärztliche Verordnungen, nach Erreichen der budgetierten Kosten nicht mehr ausgeführt werden? Nach dem Motto: "*Sorry, wir können den Verbandswechsel ab heute nicht mehr machen, das Parlament hat die Kosten gesenkt.*" Oder sollen die Spitex-Kunden in die nicht vorhandenen Pflegebetten in den Heimen abgeschoben werden? Es wird eher so sein, dass bei der Rechnung 2010 die effektiven Kosten aufgeführt sind. Mehr oder weniger als budgetiert wurde. Das hängt von Komponenten ab, bei denen man keinen Einfluss hat.

Auch die Sparmassnahmen bei den Löhnen ist der falsche Ansatz. Man hat immer grössere Anforderungen an das Personal, will aber plötzlich das vom Einwohnerrat beschlossene Lohnsystem nicht mehr umsetzen. Es ist ja ausgewiesen, dass das Personal in den letzten Jahren bei der Teuerung nicht gerade verwöhnt wurde. Zudem sollte auch jedem klar sein, dass Kriens im Pflegebereich beim dipl. Personal einen grossen Nachholbedarf hat. Diese Schere wird mit dem Entscheid noch mehr aufgemacht. Das sind klar falsche Zeichen. Es sind alles kosmetische, irreführende Sparmassnahmen. Sie bringen niemandem etwas und hinterlassen einen Scherbenhaufen. Der einzige Weg ist, wie im letzten Satz des Antrages formuliert, eine Auslegeordnung und ein nachhaltiges Entlastungsprogramm zu erstellen. Übrigens, dass Heimtaxen im Rahmen der Teuerung erhöht werden, ist eigentlich klar. Aber es ist stossend, wenn diese für eine besser Gemeinderechnung erhöht werden und nicht für erbrachte Leistungen. Das ist Quersubventionierung und Missbrauch der Pensionärinnen und Pensionären in den Heimen. Auch sollte der Rat Grösse zeigen und auf den Entscheid vom letzten Jahr zurückkommen und die Steuersenkung rückgängig machen.

Für Daniel Piazza namens der JCVP ist das vorliegende strukturelle Defizit im Budget eine Kopfnuss zu Händen der jüngeren Generation. Ganz besonders unter Berücksichtigung von noch negativeren Aussichten bis 2014 im Hinterkopf.

Es ist völlig unvorstellbar, dass Kriens von einer derart gigantischen Konjunkturaufschwung profitieren kann und damit sowohl den Steuerfuss so tief wie heute und auch die Leistungsqualität so hoch wie heute, halten kann. Mit Blick auf das Budget gibt es vorderhand nur drei Möglichkeiten: Entweder hat Kriens zu viele Leistungen, einen zu tiefen Steuerfuss oder beides ist der Fall. Aus Sicht des Sprechers ist eindeutig das Letztgenannte der Fall.

Bei der Schere klappt auch nicht nur eine Klinge zu, sondern man drückt auf beiden Seiten drauf, um den gewünschten „einschneidenden“ Effekt zu erlangen. D.h. kurz- bis mittelfristig muss die Gemeinde Kriens nicht nur über Einsparungen, sondern über eine Steuererhöhung diskutieren. Nur so kann sie ein nachhaltiges finanzpolitisches Gleichgewicht erlangen und langfristig seriös wirtschaften. Und nur so kann man gewissenhaft der heutigen und auch der morgigen Generation ins Gesicht schauen.

Die JCVP stellt sich die finanzpolitischen Massnahmen in der aktuellen finanzpolitisch kritischen Zeit folgendermassen vor:

- Man muss vermehrt "Make or Buy-Fragen" stellen. Muss alles selber gemacht werden oder kann über Auslagerungen oder Public Private Partnership eine bessere Leistungsqualität bzw. eine bessere Effizienz erlangt werden?
- Kriens muss gegenüber Kooperationen offener sein. Grosse Chancen liegen in diesem Zusammenhang im ergebnisoffenen Prozess im Rahmen vom Projekt „Starke Stadtregion“, auf welches die JCVP grosse Hoffnungen setzt.
- Es muss primär geschaut werden, ob es möglich ist, bei gleich bleibenden Leistungen wo immer möglich Effizienzsteigerungen und Leistungsoptimierungen zu erlangen. Aus diesem Grund braucht es möglichst bald eine gründlichste Durchforstung aller Departemente. An dieser Auslegeordnung soll die FGK beteiligt sein. Dies hat die JCVP bereits früher, u.a. auch in der FGK vorgeschlagen. Als mögliche Variante hat der Sprecher dabei das Vorgehen der Stadt Luzern im Kopf, die einen ähnlichen Prozess vor wenigen Jahren mit ihrer Finanzkommission ebenfalls durchlaufen und gute Erfahrungen damit gemacht hat.
- Es braucht schon heute erste Massnahmen zur Eindämmung des Defizits. Ein operativer Aufwandüberschuss von fast 4 % vom Gesamtaufwand kann so nicht stehen gelassen werden. Oder wie will man das der Krienser Bevölkerung erklären? Der überparteiliche Antrag der CVP, FDP und SVP wird die JCVP aus diesem Grund unterstützen. Diesem stimmt sie aber nur zu, weil im nächsten Jahr seriös und nachhaltig die Ausgaben- und Einnahmeposten durchgeröntgt werden.
- Auch eine Steuererhöhung darf in den nächsten Jahren kein Tabu sein. In Voranschlag 2010 ist die JCVP noch gegen eine Steuererhöhung, da sie zuerst die Auslegeordnung abwarten möchte. Die Schere hat zwei Klingen und man kann nicht all die löblichen zukünftigen Ziele in der Gemeinde realisieren, ohne dass man eine Steuererhöhung als Option offen haltet.

Die JCVP ist mit Zähneknirschen und Kopfschmerzen für die Annahme vom Bericht und Antrag Voranschlag 2010.

Für Werner Baumgartner sind von linker Seite her widersprüchliche Aussagen gemacht worden: Es seien keine Angaben zu Leistungen gemacht worden und gleichzeitig fände ein Abbau statt. Der Sprecher stellt fest, dass man sich betreffend einer Auslegeordnung einig ist. Beim Umweltschutz findet kein Abbau statt, sondern die Kürzung entspricht dem gleichen Niveau wie letztes Jahr. Er stellt klar, dass der Kompromiss-Antrag nur als Gesamtpaket gilt.

Räto Camenisch erwähnt, dass die SVP nur in Notzeiten ein Defizit akzeptiert. Nun wird ein Defizit geschluckt, obwohl keine Notzeit herrscht, jedoch eine schwierige Zeit. Die Steuersenkungen sind das nachhaltigste, was der Einwohnerrat überhaupt in den letzten Jahren geleistet hat und zwar langfristig. Wenn man die Zahlen anschaut, stagnieren die Steuerzahlen. Aber man bringt es zustande, die Ausgaben weiter in die Höhe zu treiben. Die SVP ist für den Kompromissantrag und die verlangte Auslegeordnung ist wichtig. Man soll diese aber unbefangen und nicht mit Vorurteilen angehen. Kriens muss endlich lernen, Wünschenswertes vom Notwendigen zu trennen. Der Kanton hat die Tendenz, alles an die Gemeinden abzuwälzen. Hier muss man auch Mal Widerstand leisten. Die Gemeinde ist keine Durchlaufstelle vom Kanton und muss sich wehren.

Für Martin Heini bezieht sich der Antrag nicht auf Leistungen. Er ist nicht gegen eine Auslegeordnung. Bei den Schössligesprächen soll über die Investitionen diskutiert werden. Der Antrag gibt aber dem Gemeinderat bereits vor, wo gespart werden muss.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass immer wieder gefordert wird, die Gemeinde soll sich nicht alles bieten lassen, was vom Kanton delegiert wird. Aber schliesslich hat auch Kriens Vertreter im Kantonsrat. Die Aufgaben sind demokratische Entscheide. Gesetzlich festgelegte Sachen können nicht einfach ignoriert werden. Paul Winiker hat in der FGK den vorhandenen Handlungsspielraum aufgezeigt. Verpflichtungen müssen eingehalten werden. Die Auslegeordnung wird zeigen, was machbar ist.

Viktor Bienz stellt fest, dass Eintreten auf den Bericht und Antrag unbestritten ist.

Detailberatung

S. 12 – Soziale Wohlfahrt – Grafik Sozialabteilung: Fälle, Kosten Pensen

Joe Brunner will wissen, wieso trotz Zunahme der Fälle in der Amtsvormundschaft die Pensen immer noch gleich sind.

Lothar Sidler antwortet, dass man letztes Jahr die Fallzahlen definiert und sich somit der Agglomeration angepasst hat. Bis jetzt klappt dies gut. Wie es nächstes Jahr aussieht, weiss man heute noch nicht. Man versucht, mit begleitenden Massnahmen, die Fallzahlen – z.B. bei den Beistandschaften, zu reduzieren. Es sind somit Bemühungen im Gange, damit die Fallbelastungen auf dem gleichen Niveau beibehalten werden können.

S. 15 Berichte zu politischen Vorstössen – Motion Thalmann Nr. 262/2008

Gemäss Bruno Bienz sind die Grünen verwundert, dass im Voranschlag 2010 die Motion Thalmann wieder ein Thema ist. Ihrer Meinung nach ist diese mit der Annahme der Motion am 30. Oktober 2008 auch gleich umgesetzt worden. Denn der Antrag der Motion lautet: *Die Krienser Steuern sind auf 1.1.2009 von 1.95 auf 1.9 Bezugseinheiten zu senken.*

Da dies auch so beschlossen und umgesetzt wurde, muss aus Sicht der Grünen die Motion auch abgeschrieben werden. Es kann nicht sein, dass bei einer Motion die Begründung und der Titel als Auftrag entgegengenommen werden. Das ist zwar die Absicht des Motionärs aber die Geschäftsordnung sagt klar: *„Die Motion enthält einen Auftrag an den Gemeinderat“* Der Auftrag wurde überwiesen und umgesetzt. Es hat im Rat genügend Juristen, die diese Situation beurteilen können.

Daher stellen die Grünen den Antrag, unter Punkt 8, Seite 15 den Abschnitt Motion Thalmann Nr. 262/2008 zu streichen und unter Punkt 9 Antrag Punkt 6 ebenfalls zu streichen.

Viktor Bienz stellt klar, dass die Motion Thalmann sowie auch die Motion Hug beim Beschlusstext behandelt werden.

Da es nicht möglich ist, den Antrag des überparteilichen Ausschusses als Gesamtantrag zu stellen, wird Werner Baumgartner nun jeweils bei den entsprechenden Rubriken die Anträge stellen.

S. 1 Laufende Rechnung – Löhne Verwaltung & Betrieb & Sozialkosten

Werner Baumgartner stellt den Antrag, die Löhne Verwaltung und Betrieb um 0.5 % auf 1 % zu kürzen, d.h. eine Kürzung um Fr. 150'000 und bei den Sozialkosten (Löhne) um Fr. 55'000.

Viktor Bienz stellt fest, dass bei dieser Abstimmung Mario Urfer und Bernadette Hauser in den Ausstand müssen.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (1.5 %) gegenüber Antrag CVP/SVP/FDP (1 %)
Mit 25.8 Stimmen wird dem Antrag des überparteilichen Ausschusses zugestimmt.

Achermann, Marco	Antrag CVP/SVP/FDP
Baumgartner, Werner	Antrag CVP/SVP/FDP
Betschart, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag CVP/SVP/FDP
Bründler, Josef	Antrag CVP/SVP/FDP
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag CVP/SVP/FDP
Camenisch, Räto	Antrag CVP/SVP/FDP
Dalla Bona, Johanna	Antrag CVP/SVP/FDP
Erni, Roger	Antrag CVP/SVP/FDP
Fluder, Hans	Antrag CVP/SVP/FDP
Frey, Maurus	Antrag CVP/SVP/FDP
Graber, Kathrin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hauser, Bernadette	n.t.
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hug, René	Antrag CVP/SVP/FDP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag CVP/SVP/FDP
Koch, Patrick	Antrag CVP/SVP/FDP
Konrad, Simon	Antrag CVP/SVP/FDP
Lammer, Thomas	Antrag CVP/SVP/FDP
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag CVP/SVP/FDP
Müller, Ursula	Antrag CVP/SVP/FDP
Nyfeler, Nicole	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Portmann, Peter	Antrag CVP/SVP/FDP
Rey, Louis	Antrag CVP/SVP/FDP
Thalman, Robert	Antrag CVP/SVP/FDP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	n.t.
Wili, Alexander	Antrag CVP/SVP/FDP

Konto Nr. 011.00.300.00 Entschädigung Sitzungsgelder

Bruno Bienz beantragt eine Reduktion der Kommissionssitzungsgelder von 30 % für das Jahr 2010. Die Einwohnerratssitzungen werden immer länger. Es wurden auch schon zu diesem Thema zwei Motionen eingereicht. Diese zielen nach Meinung des Sprechers aber in die falsche Richtung. Das Problem liegt zum Teil in der Kommissionsarbeit. Diese wird aus parteipolitischen Gründen immer mehr torpediert und die Kommissionsarbeit wird ins Parlament verlegt. Bei einem solchen Defizit ist es mehr als Recht, wenn das Parlament auch einen Obolus zur Verminderung des Defizits beiträgt. Bei dieser Abstimmung wird man sehen, wie Ernst es dem Rat mit den Sparmassnahmen ist. Diese Massnahme fängt nur die Mehrkosten der längeren Einwohnerratssitzungen auf.

Simon Konrad dankt für den Sparantrag. Dieser bewirkt aber eher das Gegenteil. Man will die Kommissionsarbeit stärken und dies kann nicht mit der Kürzung der Kommissionssitzungsgelder gemacht werden. Die Kürzung der Einwohnerratssitzungsgelder wäre richtig.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. Budget) gegenüber Antrag Bruno Bienz (Kürzung der Kommissionssitzungsgelder von 30 %)

Mit 17:13 Stimmen wird der Antrag von Bruno Bienz abgelehnt.

Achermann, Marco	Antrag GR
Baumgartner, Werner	Antrag B. Bienz
Betschart, Daniel	Enthaltung
Bienz, Bruno	Antrag B. Bienz
Bründler, Anton	Antrag GR
Bründler, Josef	Antrag GR
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag GR
Camenisch, Rätö	Antrag B. Bienz
Dalla Bona, Johanna	Antrag GR
Erni, Roger	Antrag B. Bienz
Fluder, Hans	Antrag GR
Frey, Maurus	Antrag B. Bienz
Graber, Kathrin	Antrag B. Bienz
Hauser, Bernadette	Antrag B. Bienz
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag GR
Hug, René	Enthaltung
Kalt, Mirjam	Antrag B. Bienz
Kaufmann, Christine	Antrag B. Bienz
Koch, Patrick	Antrag GR
Konrad, Simon	Antrag GR
Lammer, Thomas	Antrag GR
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Enthaltung
Nyfeler, Nicole	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag B. Bienz
Portmann, Peter	Antrag GR
Rey, Louis	Antrag B. Bienz
Thalmann, Robert	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	Antrag B. Bienz
Urfer, Mario	Enthaltung
Wili, Alexander	Antrag B. Bienz

S. 11 Bildung

Werner Baumgartner beantragt bei der Schule/Bildung eine Kürzung von Fr. 125'000. Es ist klar, dass dies in den Händen des Kantons liegt. Aber mit Absprache mit dem Gemeinderat soll in der Bildung eine pauschale Kürzung von Fr. 125'000 vorgenommen werden.

Helene Meyer-Jenni stellt klar, dass der Gemeinderat bei den Besoldungskosten der Lehrpersonen keinen Einfluss nehmen kann. Dies entscheidet der Kantonsrat. Ausser man würde unabhängig von diesem Entscheid zusätzlich Fr. 125'000 streichen.

Martin Heini stellt fest, dass der Gemeinderat hier keine Handlungsspielraum zur Verfügung hat. Sofern Leistungen gestrichen werden sollen, bedeutet das evtl. Streichungen von Klassen, d.h. eine Vergrößerung der Klassengrößen.

Für Maurus Frey ist dieser Antrag eine Kopfnuss. Die Jungen verstehen es nicht, wenn in der Bildung gespart wird. Für ihn gibt es keine höhere Gemeindeaufgabe, als die Schulbildung. Man gibt viel zu viel für Unwichtigeres und Unsinnigeres aus. Bei der Bildung darf man nicht sparen.

Für Werner Baumgartner ist dies ein kniffliger Punkt. Er geht davon aus, dass es die Löhne betrifft. Ansonsten müssten Klassen zusammengelegt werden.

Mirjam Kalt kann den Antrag nicht unterstützen. Dies ist kein Kompromissvorschlag. Es wäre einer, wenn sich alle Parteien dafür ausgesprochen hätten. Der Einwohnerrat ist auch die Vertretung von den Personen, die kein Stimmrecht haben. Die Grünen stehen für diese ein.

Judith Luthiger hofft, dass der Kanton den Teuerungsausgleich nicht streicht. Wenn doch, dann müssen auf Gemeindeebene Fr. 125'000 eingespart werden. Die Sprecherin will vom Gemeinderat wissen, wie viele Klassen zusammengelegt werden müssten.

Räto Camenisch stellt fest, dass die Rubrik Bildung total Fr. 41 Mio. beträgt. Der Antrag verlangt eine Kürzung von Fr. 125'000. Hier sollten Sparmöglichkeiten vorhanden sein. Zudem ist es kein Unglück, wenn die Klassen wieder grösser werden.

Gemäss Helene Meyer-Jenni beträgt der Nettoaufwand im Bereich Bildung Fr. 30.1 Mio. Davon entsprechen ca. 78 % Personalkosten, 9 % Sachaufwand und ca. 13 % sind externe Kosten. Die Personalkosten sind ein Parameter des kantonalen Gesetzes. Es ist kein Automatismus. Der Kantonsrat beschliesst die Höhe jedes Jahr auf Antrag des Regierungsrates. Die Gemeinden haben diesen Beschluss umzusetzen. Es kann nicht sein, dass die Lehrerbesoldungen im Kanton unterschiedlich sind. Wenn man die Prognosen anschaut, geht Kriens bei den Besoldungen leicht zurück. Dies aufgrund der vorgenommenen Klassenreduktionen. Das System der Quartierschulhäuser will der Gemeinderat beibehalten.

Wenn sich der Antrag des überparteilichen Ausschusses auf den Entscheid des Kantonsrates ausrichtet, wehrt sich der Gemeinderat nicht, sonst schon. Bis im August 2010 verzeichnet Kriens 151 Klassen. Auf 1. August 2010 werden diese auf 144 Klassen reduziert. Wenn sich nun der Kantonsrat gegen eine Lohnerhöhung entscheidet, müssen zusätzlich nochmals 2 bis 3 Klassen gestrichen werden. Dies ist ein massiver Abbau, welchem der Gemeinderat opponiert, wenn der Antrag so verstanden wird.

Für Werner Baumgartner lautet der Antrag so, wie ihn Helene Meyer-Jenni erläutert hat. Alle hoffen, dass der Kantonsrat die Lohnerhöhung genehmigt und es nicht soweit kommen muss.

Helene Meyer-Jenni erklärt, wenn der Antrag so überwiesen wird und der Kantonsrat etwas anderes beschliesst, dass anschliessend zwei bis drei Klassen reduziert werden müssten. Sie kann nicht versprechen, dass dies eingehalten werden kann.

Monika Marbacher möchte eine Erklärung, wie mit Fr. 125'000 Klassenabteilungen gespart werden können.

Helene Meyer-Jenni kann dies nicht aus dem Stand sagen. Vor einigen Jahren hat man überprüft, einzelne Klassen des Schulhauses Gabeldingen umzuplatzieren. Dies gab aber einen grossen Aufstand. Eine Abteilung an der Primarstufe kostet ca. Fr. 120'000 bis 130'000 pro Jahr und an der Sekundarstufe ca. Fr. 150'000jährlich. Es kann aber erst ab August 2010, bei Schuljahreswechsel, Einfluss genommen werden. Auf der Sekundarstufe ist es aber unmöglich, Klassen zusammenzulegen, da die Klassenbestände sowieso schon höher sind und steigende Schüler/innenzahlen verzeichnet werden.

Der Antrag lautet für das Jahr 2010 eine Kürzung von Fr. 125'000. Man muss sich aber bewusst sein, dass nur für fünf Monate (August bis Dezember) Spielraum vorhanden ist.

Robert Thalmann stellt einen Ordnungsantrag auf Schluss der Diskussion. Die Meinungen sind gemacht und es soll über den Antrag abgestimmt werden.

Abstimmung Ordnungsantrag – Schluss der Diskussion

Mit 24:9 Stimmen wird dem Ordnungsantrag zugestimmt.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	Enthaltung
Heiz, Martin	ja

Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	Enthaltung
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Thalmann, Robert	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	ja

Christine Kaufmann ist Mitglied der Bildungskommission und die Streichung tut auch ihr weh. Sie hofft jedoch, dass damit noch schlimmeres verhindert werden kann und unterstützt den Antrag.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. Budget) gegenüber Antrag CVP/SVP/FDP (Kürzung in der Bildung von Fr. 125'000)

Mit 23:10 Stimmen wird dem Antrag auf Kürzung von Fr. 125'000 zugestimmt.

Achermann, Marco	Antrag CVP/SVP/FDP
Baumgartner, Werner	Antrag CVP/SVP/FDP
Betschart, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag CVP/SVP/FDP
Bründler, Josef	Antrag CVP/SVP/FDP
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag CVP/SVP/FDP
Camenisch, Rätö	Antrag CVP/SVP/FDP
Dalla Bona, Johanna	Antrag CVP/SVP/FDP
Erni, Roger	Antrag CVP/SVP/FDP
Fluder, Hans	Antrag CVP/SVP/FDP
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Enthaltung
Hauser, Bernadette	Antrag CVP/SVP/FDP
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hug, René	Antrag CVP/SVP/FDP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag CVP/SVP/FDP
Koch, Patrick	Antrag CVP/SVP/FDP
Konrad, Simon	Antrag CVP/SVP/FDP
Lammer, Thomas	Antrag CVP/SVP/FDP
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag CVP/SVP/FDP
Müller, Ursula	Enthaltung
Nyfeler, Nicole	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Portmann, Peter	Antrag CVP/SVP/FDP

Rey, Louis	Antrag CVP/SVP/FDP
Thalmann, Robert	Antrag CVP/SVP/FDP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag CVP/SVP/FDP

Konto Nr. 219.03 Volksschule Übriges

Werner Baumgartner beantragt eine Kürzung dieses Kontos um Fr. 100'000.

Gemäss Helene Meyer-Jenni ist dies ein ziemliches Problem. Das Konto Nr. 219.03 zeigt einen Gesamtaufwand von Fr. 1.1 Mio. Davon sind rund Fr. 740'000 Materialkosten, welche sich wie folgt zusammensetzen:

Schulmaterial/Lehrmittelverlag	Fr. 550'000
Anschauungsmaterial	Fr. 120'000
Fotokopierer	Fr. 64'000

Dies beinhaltet Material für 2'700 Schüler/innen und 270 Lehrpersonen. Wenn dem Antrag zugestimmt wird, bedeutet dies eine Kürzung dieser Position von 10 %. Bücher und Lehrmittel müssen jedoch jährlich angeschafft werden. Zudem hat der Gemeinderat hier bereits schon Kürzungen von mehr als Fr. 40'000 vorgenommen. Er stellt den Antrag, dass nicht nur dieses Konto gekürzt wird, sondern dass alle Sachaufwendungen berücksichtigt werden. Es ist schwierig, diesen Vorschlag zu machen, aber es muss ein Kompromiss gefunden werden.

Werner Baumgartner ist bereit, die Kürzung auszudehnen. Es gibt konkrete politische Wünsche. Er ist aber nicht der Meinung, dass z.B. die Schulsportwoche gestrichen werden soll, nur damit man für ein Jahr Sparen kann. "Kurzfristiges Geschirrverschlagen" soll verhindert werden.

Helene Meyer-Jenni betont, dass die Kürzungen über das ganze Konto Bildung vorgenommen werden und zwar bei den Rubriken Büromaterial, Drucksachen (Nr. 310) / Anschaffungen div. (Nr. 311) / Spesenentschädigungen Personal (Nr. 317) sowie beim Konto Musikschule (Nr. 214). Ansonsten wird wichtiges Material gestrichen.

Sie ist froh, dass die Schulsozialarbeit nicht mehr aufgeführt ist. Der Einwohnerrat hat den entsprechende Antrag bereits behandelt und abgelehnt. Dies wurde nun vom Kanton gesetzlich verankert

Judith Luthiger spricht aus der Praxis. Wenn Lehrmittel gestrichen werden, kann der Auftrag des Kantons nicht mehr geleistet werden. Auch sie bittet, bei den anderen Konti Kürzungen vorzunehmen. Kriens benötigt eine moderne Infrastruktur, da viele Studenten mit USB-Sticks arbeiten und erwarten, dass ein Beamer zur Verfügung steht.

Ursula Müller hat Mühe, dass bei der Musikschule gespart werden soll. Diese budgetiert weniger als letztes Jahr. Es ist nicht der richtige Zeitpunkt für Sparmassnahmen in der Musikschule und nennt einige Beispiele. Sie bittet den Rat, dieses Konto vor Kürzungen zu verschonen.

Für Mirjam Kalt ist das vorherige Votum ein schönes Beispiel, wie es läuft: Jeder schaut für sein eigenes "Gärtli". Der Grünen Partei liegt aber die ganze Bildung am Herzen. Diese Investitionen sind für die Kinder. Es ist wichtig, dass neuzeitliche Infrastrukturen vorhanden sind. Der Einwohnerrat muss für die Realität der Zeit eine Antwort haben.

Jennifer Maldonado hat Mühe mit dem ganzen Antrag.

Erich Tschümperlin befürchtet, dass Kriens mit diesem Vorgehen an Attraktivität verliert und hofft nicht, dass Kriens bei den Schulbüchern gespart werden muss. Man soll dort sparen, wo es Sinn macht, aber sicher nicht bei den Lehrbüchern.

Monika Marbacher glaubt, dass ihre Vorredner nicht richtig zugehört haben. Der überparteiliche Ausschuss ist ja bereit, die Kürzung auf die von Helene Meyer-Jenni genannten Konti zu verteilen.

Alexander Wili hat eine Verständnisfrage: Ist es richtig, dass der Gemeinderat nicht gegen die Streichung bzw. Kürzung ist, wenn sie bei einem anderen Konto vorgenommen wird? So hätte der Gemeinderat mehr Handlungsspielraum?

Helene Meyer-Jenni stellt nochmals klar, dass der Gemeinderat grundsätzlich am Budget festhält. Es geht hier um einen Eventualantrag, bei welchen die Kürzung auf die bereits genannten Konti aufgeteilt werden soll.

Werner Baumgartner betont, dass es ihm nicht um das Lehrmaterial geht. Es ist keine einmalige Sache. Der überparteiliche Ausschuss ist bereit, den Antrag auf die Kürzung so zu stellen, wie es Helene Meyer-Jenni erläutert hat, d.h. Aufteilung auf die verschiedenen Konti.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. Budget) gegenüber Antrag CVP/SVP/FDP (Kürzung von Fr. 100'000 bei Bildung verteilt auf die Konti 310 / 311 / 317 / 214)

Mit 23:11 Stimmen wird der Kürzung von Fr. 100'000 zugestimmt.

Achermann, Marco	Antrag CVP/SVP/FDP
Baumgartner, Werner	Antrag CVP/SVP/FDP
Betschart, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag CVP/SVP/FDP
Bründler, Josef	Antrag CVP/SVP/FDP
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag CVP/SVP/FDP
Camenisch, Räto	Antrag CVP/SVP/FDP
Dalla Bona, Johanna	Antrag CVP/SVP/FDP
Erni, Roger	Antrag CVP/SVP/FDP
Fluder, Hans	Antrag CVP/SVP/FDP
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hauser, Bernadette	Antrag CVP/SVP/FDP
Heini, Martin	Antrag GR

Heiz, Martin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hug, René	Antrag CVP/SVP/FDP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Enthaltung
Koch, Patrick	Antrag CVP/SVP/FDP
Konrad, Simon	Antrag CVP/SVP/FDP
Lammer, Thomas	Antrag CVP/SVP/FDP
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag CVP/SVP/FDP
Müller, Ursula	Antrag GR
Nyfelner, Nicole	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Portmann, Peter	Antrag CVP/SVP/FDP
Rey, Louis	Antrag CVP/SVP/FDP
Thalmann, Robert	Antrag CVP/SVP/FDP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag CVP/SVP/FDP

Pause von 16:20 Uhr bis 16:40 Uhr

Konto Nr. 310.00 Denkmalpflege, Heimatschutz

Gemäss Bruno Bienz zieht die Grüne-Fraktion den Antrag zu diesem Konto zurück. Sie können es nicht verantworten, eine Lohnerhöhung beim Personal zu verweigern und gleichzeitig an diesem Antrag festzuhalten.

Konto Nr. 330.00 Parkanlagen, Wanderwege

Werner Baumgartner beantragt beim Unterhalt Parkanlagen/Wanderwege eine Kürzung von Fr. 50'000.00. Da und dort könnte weniger Aufwand betrieben werden. Dies ist seiner Meinung nach ein moderater Betrag in einem anderen Departement.

Gemäss Matthias Senn weist das Konto 330.00 einen höheren Nettoaufwand auf, da man versuchte, die Personalkosten des Werkdienstes gerechter zu verteilen. Es gab eine Verschiebung vom Konto 620.00 „Öffentliche Strassen“ zum Konto 330.00 „Parkanlagen, Wanderwege“. Wenn der vorliegende Antrag angenommen wird, müsste beim Konto 620.00 „Öffentliche Strassen“ ebenfalls eingegriffen werden. Ansonsten wäre dies ein ziemlich gravierender Eingriff beim Konto Parkanlagen, Wanderwege.

Judith Luthiger fragt, ob auf den Vorschlag von Matthias Senn eingegangen wird.

Werner Baumgartner probiert die Meinung seiner Kollegen zu vertreten. Man wollte im Bereich Strassen/Wege Einsparungen vornehmen. Er plädiert dafür, pragmatisch dem Antrag von Matthias Senn nicht stattzugeben. Am Schluss soll ein Resultat vorliegen, welches überprüfbar ist.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. Budget) gegenüber Antrag CVP/SVP/FDP (Kürzung von Fr. 50'000.00)

Mit 23:8 Stimmen wird der Kürzung zugestimmt.

Achermann, Marco	n.t.
Baumgartner, Werner	Antrag CVP/SVP/FDP
Betschart, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag CVP/SVP/FDP
Bründler, Josef	Antrag CVP/SVP/FDP
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag CVP/SVP/FDP
Camenisch, Rätö	Antrag CVP/SVP/FDP
Dalla Bona, Johanna	Antrag CVP/SVP/FDP
Erni, Roger	Antrag CVP/SVP/FDP
Fluder, Hans	Antrag CVP/SVP/FDP
Frey, Maurus	Antrag CVP/SVP/FDP
Graber, Kathrin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hauser, Bernadette	Antrag CVP/SVP/FDP
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hug, René	Antrag CVP/SVP/FDP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag CVP/SVP/FDP
Koch, Patrick	Antrag CVP/SVP/FDP
Konrad, Simon	Antrag CVP/SVP/FDP
Lammer, Thomas	Antrag CVP/SVP/FDP
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag CVP/SVP/FDP
Piazza, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Portmann, Peter	Antrag CVP/SVP/FDP
Rey, Louis	Antrag CVP/SVP/FDP
Tschümperlin, Erich	Enthaltung
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag CVP/SVP/FDP

Konto 440.00 Spitex-Verein

Werner Baumgartner beantragt eine Kürzung von Fr. 100'000.00, d.h. 5 % anstatt 10 % Erhöhung des Mengengerüstes für Pflegeleistungen.

Lothar Sidler beantragt im Namen des Gemeinderates, den Antrag abzulehnen. In diesem Bereich ist kein Sparpotenzial vorhanden. Es wurde Fr. 2,2 Mio. budgetiert, was in etwa der Rechnung 2008 entspricht. Aufgrund den Vorgaben des Kantons wird es nicht anders möglich sein. Im nächsten Jahr wird es wahrscheinlich nochmals eine Zunahme der Spitex-Fälle geben. Es ist nicht sinnvoll, bei der Spitex zu sparen. Die Spitex führt ambulante und die Heime stationäre Pflegen durch. Wenn bei der ambulanten Pflege gespart wird, erhöht dies den Druck auf die Heime. Diesem Druck kann im Moment aber nicht standgehalten werden.

Zur Zeit besteht noch keine Leistungsvereinbarung. Die Spitex hat dazu eine Offerte unterbreitet. Der budgetierte Betrag von Fr. 2,2 Mio. basiert auf dieser Offerte. Gemäss Offerte wird das selbe Mengengerüst angeboten und 5'000 Pflegestunden draufgesetzt. Wenn nun aber Fr. 100'000.00 gespart werden, kann die Spitex ihre Offerte wahrscheinlich nicht mehr einhalten. Der Sprecher sieht daher den Sinn der Einsparung nicht ein.

Martin Heini fragt, ob es sich um medizinische Pflegestunden oder haushalterische Unterstützung handelt.

Lothar Sidler antwortet, dass es sich um Pflegestunden zum Tagestarif handelt. Diese müssen ärztlich verordnet sein.

Mario Urfer bemerkt, dass die ambulante Pflege und Betreuung günstiger ist als die stationäre. Aus diesem Grunde hat man die Mehrarbeit der Spitex politisch gewollt. Das Gesundheitswesen ist auf die Spitex angewiesen. Wenn dort gespart wird, entstehen anderswo höhere Kosten.

Räto Camenisch hält fest, dass die Spitex eine sehr wertvolle Institution ist. Er hat damals schon gewarnt, dass die Spitex nicht explodieren darf. Er erlebt immer wieder, dass die Spitex missbraucht wird. Er möchte der Spitex keinen Vorwurf machen, der Zuwachs muss aber begrenzt werden. Es soll das Nötige vom Unnötigen unterschieden und eine gewisse Selektion durchgeführt werden. Dies kann die Spitex am besten selbst machen.

Gemäss Judith Luthiger bekommen es die Leute zu spüren, wenn die Spitex die Leistungen senken muss. Damit wird nicht gespart, sondern die Leute weniger gut betreut.

Lothar Sidler freut sich, dass man die gute Arbeit der Spitex erkennt. Erfahrungen zeigen, wenn oben korrigiert wird, dass es unten zu spüren ist. Diese können keinen Einfluss nehmen, dass die Kosten reduziert werden.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. Budget) gegenüber Antrag CVP/SVP/FDP (Kürzung von Fr. 100'000.00)

Mit 19:10 Stimmen wird der Kürzung zugestimmt.

Achermann, Marco	n.t.
Baumgartner, Werner	Antrag CVP/SVP/FDP
Betschart, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag CVP/SVP/FDP
Bründler, Josef	Antrag CVP/SVP/FDP
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag CVP/SVP/FDP
Camenisch, Räto	Antrag CVP/SVP/FDP
Dalla Bona, Johanna	Enthaltung
Erni, Roger	Antrag CVP/SVP/FDP
Fluder, Hans	Antrag CVP/SVP/FDP
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hauser, Bernadette	Enthaltung
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hug, René	Antrag CVP/SVP/FDP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Koch, Patrick	Antrag CVP/SVP/FDP
Konrad, Simon	Antrag CVP/SVP/FDP
Lammer, Thomas	Antrag CVP/SVP/FDP
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag CVP/SVP/FDP
Müller, Ursula	Enthaltung
Piazza, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Portmann, Peter	Antrag CVP/SVP/FDP

Rey, Louis	Antrag CVP/SVP/FDP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag CVP/SVP/FDP

Konto 540.00.365.00 Beitrag an Jugendberatung Contact

Roland Burkhardt beantragt eine Streichung von Fr. 50'000.00.

Konto 575.00.314.00 Baulicher Unterhalt

Bruno Bienz beantragt den Betrag beim Konto „Baulicher Unterhalt“ der Alterswohnungen Hofmatt auf Fr. 150'000.00 zu erhöhen. Die Linoleumböden können nicht ersetzt werden und es sind vermehrt Renovationen nötig. Da es sich um eine Sonderfinanzierung handelt, belastet es den Voranschlag nicht.

Matthias Senn bestätigt die Aussage von Bruno Bienz betreffend der Belastung der laufenden Rechnung. Er beantragt aber, am Vorschlag des Gemeinderates festzuhalten. Man hat erkannt, dass ein Sanierungsbedarf vorhanden ist. Dazu werden auch Offerten eingeholt. Es wird geprüft, ob die Böden bei Mieterwechsel ersetzt werden oder alle auf einmal.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. Budget) gegenüber Antrag der Grünen-Fraktion (Erhöhung um Fr. 50'000.00)

Mit 21:6 Stimmen wird der Antrag der Grünen-Fraktion abgelehnt.

Achermann, Marco	n.t.
Baumgartner, Werner	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag GR
Bienz, Bruno	Antrag Grüne
Bründler, Anton	Antrag GR
Bründler, Josef	Antrag GR
Brunner, Joe	Enthaltung
Burkhardt, Roland	Antrag GR
Camenisch, Rätö	Antrag GR
Dalla Bona, Johanna	Antrag GR
Erni, Roger	Antrag Grüne
Fluder, Hans	Antrag GR
Frey, Maurus	Antrag Grüne
Graber, Kathrin	Antrag GR
Hauser, Bernadette	Antrag GR
Heini, Martin	Enthaltung
Heiz, Martin	Antrag Grüne
Hug, René	Antrag GR
Kalt, Mirjam	Antrag Grüne
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Koch, Patrick	Antrag GR
Konrad, Simon	Antrag GR
Lammer, Thomas	Antrag GR
Luthiger, Judith	Enthaltung
Maldonado, Jennifer	Enthaltung
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag GR
Rey, Louis	Antrag GR
Tschümperlin, Erich	Antrag Grüne

Urfer, Mario	Enthaltung
Wili, Alexander	Antrag GR

Viktor Bienz bittet Roland Burkhardt, seinen Antrag betreffend Jugendberatung Contact nochmals zu formulieren, da dieser nicht schriftlich vorliegt.

Roland Burkhardt verzichtet darauf und zieht den Antrag zurück.

580.00.365.07 Beiträge an Kitas

Mirjam Kalt beantragt namens der Grünen-Fraktion, dass die Beiträge an Kitas nicht gestrichen werden sollen. Sie findet es wichtig, dass dies weitergeführt wird und nicht aufgrund von Sparmassnahmen wegfällt. Für die Freiwilligenarbeit ist dies ausserdem auch wichtig.

Cyrell Wiget erklärt, dass der Gemeinderat bereits im Vorfeld mehrere Sparrunden überstehen musste. Auch beim Bereich Kinderbetreuung musste ein Sparbeitrag geleistet werden. Er versuchte aus seiner Erfahrung der letzten fünf Jahre betreffend Kinderbetreuung etwas einzubringen, was das kleinste Opfer bringt. Private Kindertagesstätten wurden bis anhin unterstützt. Der Gemeinderat beantragt nun, ein Jahr damit auszusetzen.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. Budget) gegenüber Antrag der Grünen-Fraktion (Erhöhung um Fr. 44'500.00)

Mit 22:9 Stimmen wird der Antrag der Grünen-Fraktion abgelehnt.

Achermann, Marco	n.t.
Baumgartner, Werner	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag GR
Bienz, Bruno	Antrag Grüne
Bründler, Anton	Antrag GR
Bründler, Josef	Antrag GR
Brunner, Joe	Antrag Grüne
Burkhardt, Roland	Antrag GR
Camenisch, Rätö	Antrag GR
Dalla Bona, Johanna	Antrag GR
Erni, Roger	Antrag GR
Fluder, Hans	Antrag GR
Frey, Maurus	Antrag Grüne
Graber, Kathrin	Antrag GR
Hauser, Bernadette	Enthaltung
Heini, Martin	Antrag Grüne
Heiz, Martin	Antrag GR
Hug, René	Antrag GR
Kalt, Mirjam	Antrag Grüne
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Koch, Patrick	Antrag GR
Konrad, Simon	Antrag GR
Lammer, Thomas	Antrag GR
Luthiger, Judith	Antrag Grüne
Maldonado, Jennifer	Antrag Grüne
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag GR
Rey, Louis	Antrag GR
Tschümperlin, Erich	Antrag Grüne

Urfer, Mario	Antrag Grüne
Wili, Alexander	Antrag GR

580.00 Allgemeine Fürsorge

Werner Baumgartner beantragt, den Betrag von Fr. 50'000.00 über das gesamte Konto 580.00 „Allgemeine Fürsorge“ zu kürzen anstatt nur über das Konto 580.00.361.00 „SEG“ (Soziale Einrichtungen). Auch der Betrag von Fr. 200'000.00 betreffend Wirtschaftliche Sozialhilfe soll pauschal unter dem Konto 581.01 „Gesetzliche Sozialhilfe Ortsbürger“ gekürzt werden.

Lothar Sidler beruhigt es, wenn der Betrag von Fr. 50'000.00 über das gesamte Konto 580.00 gekürzt werden soll. Zum Konto 580.00.361.00 „SEG“ bemerkt er, dass vom budgetierten Betrag Fr. 5'290'000.00 auf Vorgaben des Kantons basieren und diese deshalb gebunden sind. Damit werden Heimeinweisungen finanziert. Der Betrag von Fr. 380'000.00 für Selbstbehalte könnte noch beeinflusst werden. Wenn aber gespart werden soll, bedeutet dies, dass ausschliesslich Krienser Kinder davon betroffen sind. Die Amtsvormundschaft dürfte also keine Heimeinweisungen mehr durchführen. Er beantragt im Namen des Gemeinderates den vorliegenden Antrag abzulehnen. Beim Konto 580.00 macht es ihm Mühe, weitere Positionen zu finden, bei welchen Fr. 50'000.00 gespart werden können.

Judith Luthiger bemerkt, dass die Vormundschaftsfälle zugenommen haben, aber nicht mehr Personal vorhanden ist. Sie fragt, ob bei zunehmenden Fällen auch die SEG-Kosten steigen.

Lothar Sidler erklärt, dass es vormundschaftliche Massnahmen gibt. Dort wird ein Amtsvormund eingesetzt, welcher die Kinder und Eltern betreut. SEG betrifft Kinder, welche im Rahmen einer vormundschaftlicher Massnahme in ein Heim eingewiesen werden. Wenn nun aber Fr. 50'000.00 gespart werden müssen, können nicht mehr so viele Kinder in ein Heim eingewiesen werden.

Viktor Bienz stellt fest, dass Bernadette Hauser bei dieser Abstimmung in den Ausstand tritt.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. Budget) gegenüber Antrag CVP/SVP/FDP (Kürzung von Fr. 50'000.00)

Mit 22:9 Stimmen wird der Kürzung zugestimmt.

Achermann, Marco	n.t.
Baumgartner, Werner	Antrag CVP/SVP/FDP
Betschart, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag CVP/SVP/FDP
Bründler, Josef	Antrag CVP/SVP/FDP
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag CVP/SVP/FDP
Camenisch, Rätö	Antrag CVP/SVP/FDP
Dalla Bona, Johanna	Antrag CVP/SVP/FDP
Erni, Roger	Antrag CVP/SVP/FDP
Fluder, Hans	Antrag CVP/SVP/FDP
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hauser, Bernadette	n.t.
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag CVP/SVP/FDP

Hug, René	Antrag CVP/SVP/FDP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag CVP/SVP/FDP
Koch, Patrick	Antrag CVP/SVP/FDP
Konrad, Simon	Antrag CVP/SVP/FDP
Lammer, Thomas	Antrag CVP/SVP/FDP
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag CVP/SVP/FDP
Müller, Ursula	Antrag CVP/SVP/FDP
Piazza, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Portmann, Peter	Antrag CVP/SVP/FDP
Rey, Louis	Antrag CVP/SVP/FDP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag CVP/SVP/FDP

Lothar Sidler hält fest, dass die Kürzung nun über das gesamte Konto 580.00 erfolgt. Den Kürzungsantrag der WSH von Fr. 200'000.00 beantragt er abzulehnen. Gemäss Aussage von Fachpersonen gibt es bei der WSH eine Kostensteigerung von 15-20 % aufgrund der schlechten Wirtschaftslage. Es ist also kein Sparpotenzial vorhanden.

Gemäss Räto Camenisch wurde nicht erwähnt, dass Handlungsspielraum vorhanden sei.

Lothar Sidler erwähnt, dass z.B. Arbeitsintegrationsmassnahmen gestrichen werden müssen. Wenn der Grundbedarf sichergestellt werden muss, ist kein Handlungsspielraum vorhanden. Falls eine Person kein Arbeitsintegrationsprogramm mehr besuchen kann, erhöht dies wiederum die Kosten zur Deckung des Grundbedarfs.

Erich Tschümperlin hält fest, dass Personen, welche WSH beziehen, keine Arbeit haben, Probleme mit dem Selbstwertgefühl haben usw. Er möchte nicht, dass man bei Menschen, welche in Not sind, sparen muss.

Jennifer Maldonado ist fast sprachlos. Sie verurteilt den vorliegenden Antrag. Es ist unfair, wenn mehrheitlich bei der WSH gespart werden muss.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. Budget) gegenüber Antrag CVP/SVP/FDP (Kürzung von Fr. 200'000.00)

Mit 19:9 Stimmen wird der Kürzung zugestimmt.

Achermann, Marco	Antrag CVP/SVP/FDP
Baumgartner, Werner	Antrag CVP/SVP/FDP
Betschart, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag CVP/SVP/FDP
Bründler, Josef	Antrag CVP/SVP/FDP
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag CVP/SVP/FDP
Camenisch, Räto	Antrag CVP/SVP/FDP
Dalla Bona, Johanna	Antrag CVP/SVP/FDP
Erni, Roger	Antrag CVP/SVP/FDP
Fluder, Hans	Antrag CVP/SVP/FDP
Frey, Maurus	Antrag GR

Graber, Kathrin	Enthaltung
Hauser, Bernadette	n.t.
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hug, René	Antrag CVP/SVP/FDP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Enthaltung
Koch, Patrick	Antrag CVP/SVP/FDP
Konrad, Simon	Antrag CVP/SVP/FDP
Lammer, Thomas	Antrag CVP/SVP/FDP
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag CVP/SVP/FDP
Müller, Ursula	Enthaltung
Piazza, Daniel	Enthaltung
Portmann, Peter	Antrag CVP/SVP/FDP
Rey, Louis	Antrag CVP/SVP/FDP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag CVP/SVP/FDP

780.00 Übriger Umweltschutz

Werner Baumgartner beantragt, beim Konto 780.00.301.00 „Besoldungen des Personals“ Fr. 275'000 anstatt Fr. 327'000 zu budgetieren. Dies ist keine Kürzung sondern eine Stagnation.

Cyrill Wiget erklärt, dass ein längerer Ausfall aufgrund einer Krankheit nicht ersetzt und kurzfristige Arbeitsverträge nicht verlängert wurden. Zudem hat man mit Überzeugen und Gesprächen operiert anstatt mit Anzeigen. Auf Dauer können die Bedürfnisse mit den knappen Mitteln nicht mehr abgedeckt werden. Er fragt, ob die Kürzung über das ganze Konto 780.00 erfolgen kann. Dies würde mindestens einen kleinen Handlungsspielraum ermöglichen.

Mirjam Kalt bemerkt, dass nun bei den Bereichen Schule, Soziales, Gesundheit und Umwelt Kürzungsanträge gestellt wurden. Die rechte Seite ist davon aber nicht betroffen.

Werner Baumgartner hält fest, dass man machen kann was man will, es ist nie allen recht. Es geht um eine gleichmässige Lastenverteilung. Es ist nicht verboten über die Grenzen der Departemente hinauszudenken. Es geht darum, über die ganze Gemeinde zu sparen. Zur Frage von Cyrill Wiget bemerkt er, dass konsequenterweise über das gesamte Konto 780.00 gespart werden soll.

Martin Heini führt aus, dass es sich bei der Kürzung um Lohnkosten handelt. Dies ist keine Einsparung sondern ein Abbau. Er fragt, ob dies personelle Konsequenzen hat. Der Bereich Naturschutz hat leider keine eigene Lobby.

Cyrill Wiget erwähnt, dass in diesem Jahr kurzfristige Arbeitsverträge nicht weitergeführt wurden. Es wurden auch keine Praktikanten eingesetzt, obwohl bis zu 100 Bewerbungen eingegangen sind. In der Regel beschäftigte man zwei Praktikanten pro Jahr. Die Massnahme, dass keine Praktikanten mehr eingesetzt werden können, muss nun ein Jahr weitergezogen werden. Er wird sich nun noch Gedanken machen müssen, wo sonst noch Kürzungen sinnvoll und möglich wären.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. Budget) gegenüber Antrag CVP/SVP/FDP (Kürzung von Fr. 50'000.00)

Mit 22:9 Stimmen wird der Kürzung zugestimmt.

Achermann, Marco	Antrag CVP/SVP/FDP
Baumgartner, Werner	Antrag CVP/SVP/FDP
Betschart, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag CVP/SVP/FDP
Bründler, Josef	Antrag CVP/SVP/FDP
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag CVP/SVP/FDP
Camenisch, Rätö	Antrag CVP/SVP/FDP
Dalla Bona, Johanna	Antrag CVP/SVP/FDP
Erni, Roger	Antrag CVP/SVP/FDP
Fluder, Hans	Antrag CVP/SVP/FDP
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Enthaltung
Hauser, Bernadette	Enthaltung
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hug, René	Antrag CVP/SVP/FDP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag CVP/SVP/FDP
Koch, Patrick	Antrag CVP/SVP/FDP
Konrad, Simon	Antrag CVP/SVP/FDP
Lammer, Thomas	Antrag CVP/SVP/FDP
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag CVP/SVP/FDP
Müller, Ursula	Antrag CVP/SVP/FDP
Piazza, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Portmann, Peter	Antrag CVP/SVP/FDP
Rey, Louis	Antrag CVP/SVP/FDP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag CVP/SVP/FDP

940.00 Kapitaldienst

Werner Baumgartner beantragt eine Minderverzinsung der Deckungslücke. Seiner Meinung nach ist es am einfachsten, dort zu sparen.

Viktor Bienz stellt fest, dass Bernadette Hauser und Mario Urfer bei dieser Abstimmung in den Ausstand müssen, da sie als Mitarbeitende direkt betroffen sind.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. Budget) gegenüber Antrag CVP/SVP/FDP (Kürzung von Fr. 160'000.00)

Mit 25:3 Stimmen wird der Kürzung zugestimmt.

Achermann, Marco	Antrag CVP/SVP/FDP
Baumgartner, Werner	Antrag CVP/SVP/FDP
Betschart, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag CVP/SVP/FDP
Bründler, Josef	Antrag CVP/SVP/FDP
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag CVP/SVP/FDP

Camenisch, Rätö	Antrag CVP/SVP/FDP
Dalla Bona, Johanna	Antrag CVP/SVP/FDP
Erni, Roger	Antrag CVP/SVP/FDP
Fluder, Hans	Antrag CVP/SVP/FDP
Frey, Maurus	Antrag CVP/SVP/FDP
Graber, Kathrin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hauser, Bernadette	n.t.
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag CVP/SVP/FDP
Hug, René	Antrag CVP/SVP/FDP
Kalt, Mirjam	Enthaltung
Kaufmann, Christine	Antrag CVP/SVP/FDP
Koch, Patrick	Antrag CVP/SVP/FDP
Konrad, Simon	Antrag CVP/SVP/FDP
Lammer, Thomas	Antrag CVP/SVP/FDP
Luthiger, Judith	Enthaltung
Maldonado, Jennifer	Enthaltung
Marbacher, Monika	Antrag CVP/SVP/FDP
Müller, Ursula	Antrag CVP/SVP/FDP
Piazza, Daniel	Antrag CVP/SVP/FDP
Portmann, Peter	Antrag CVP/SVP/FDP
Rey, Louis	Antrag CVP/SVP/FDP
Tschümperlin, Erich	Antrag CVP/SVP/FDP
Urfer, Mario	n.t.
Wili, Alexander	Antrag CVP/SVP/FDP

S. 1-7 Jahresprogramm 2010

Werner Baumgartner begrüsst es, wenn eine Zusammenstellung über die verschiedenen Zielsetzungen gemacht wird mit einem Beschrieb betreffend Stand der Arbeiten. Dies ist einerseits eine Kontrolle und andererseits werden die Fakten auf den Tisch gelegt.

Paul Winiker erklärt, dass die beschlossenen Kürzungen des Rates separat aufgezeigt werden und das Resultat angepasst wird. Es werden Beiblätter zum Voranschlag erstellt, so wie dies im letzten Jahr ausgearbeitet wurde.

Roland Burkhardt fragt, ob die Liste mit den Anpassungen an der nächsten Sitzung verteilt oder per E-Mail zugestellt werden kann.

Paul Winiker antwortet, dass die Liste sicherlich in diesem Jahr erstellt wird. Er kann aber nicht versprechen, dass diese bereits an der nächsten Sitzung verteilt werden kann.

Erich Tschümperlin stellt ein Rückkommensantrag betreffend Konto 340.00.318.04 „Bikesport“. Dort wurden Fr. 5'000.00 budgetiert für den Beitrag an die Hochwaldgenossenschaft, Fr. 5'000.00 für die Kooperation Luzern und Fr. 2'000.00 für die Signalisation. Er beantragt, den Beitrag an die Hochwaldgenossenschaft und die Kooperation Luzern für den Strassenunterhalt zu streichen, da dies unnötig ist.

Viktor Bienz stellt fest, dass Toni Bründler, Präsident der Strassengenossenschaft Hochwald, in den Ausstand muss.

Cyrell Wiget bemerkt, dass die Biker vermehrt einen angeschlagenen Ruf haben. Die Biker sollen auch ihre Wege haben, so wie die Fussgänger. Der Kürzungsantrag kann nicht sofort umgesetzt werden. Der Auftrag des Einwohnerrats, die Bikewege auszubauen, wird die Verhandlungsposition sehr schwächen. Der Strassengenossenschaft ist es ein Anliegen, die Wege besser zu signalisieren. Die Biker sind gar nicht so schlimm, wie man immer meint. Schliesslich fördert das Biken auch die Gesundheit.

Patrick Koch fügt hinzu, dass das Biken ein Trendsport ist. Er findet dies super. Der Sportkoordinator wird den Auftrag erhalten, eine Downhill-Strecke zu realisieren.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. Budget) gegenüber Antrag Erich Tschümperlin (Kürzung Kto. 340.00.318.04 „Bikesport“ um Fr. 10'000.00)
Mit 27:3 Stimmen wird der Kürzung zugestimmt.

Achermann, Marco	nein
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	n.t.
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rato	ja
Dalla Bona, Johanna	Enthaltung
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	Enthaltung

Joe Brunner hält fest, dass der Sport und die Vereine von den Kürzungen verschont wurden. Im Bereich Umwelt, Soziales und Bildung wurden Kürzungen vorgenommen. Somit wird er dem Voranschlag nicht zustimmen.

5.1 Motion Thalmann „Schrittweise Annäherung des Steuerfusses an das Niveau der Agglomeration“ Nr. 262/08

Gemäss Viktor Bienz beantragt der Gemeinderat, die Motion abzulehnen und abzuschreiben.

Martin Heiz vertritt Robert Thalmann. Die SVP beantragt, die Motion nicht abzuschreiben, da diese nicht erfüllt ist. Daher möchte man diese aufrechterhalten. Ausserdem ist man der Meinung, dass die Motion nicht in den Beschlusstext gehört.

Bruno Bienz hält fest, dass die Motion letztes Jahr nicht abgeschrieben wurde. Man kann nicht sagen, dass die Motion erfüllt ist, der Antrag hingegen schon. Es ist daneben, wenn man die Motion beibehaltet.

Erich Tschümperlin fügt hinzu, dass gemäss Motion nur ein formaler Antrag vorliegt, nämlich die Senkung der Steuern auf 1.9 Einheiten. Auf Seite 15, Punkt 8 „Berichte zu politischen Vorstössen“ ist erwähnt, dass der Motionär eine weitere Senkung der Gemeindesteuern per 1. Januar 2010 auf 1.85 Einheiten verlangt. Dies ist in der Motion so aber nicht geschrieben. Es ist nur ein Antrag vorhanden.

Guido Solari erklärt, dass der Gemeinderat letztes Jahr beantragte, die Motion Thalmann abzuschreiben. Der Einwohnerrat hat diesem aber nicht stattgegeben. Pendente Motionen, welche erledigt werden müssen und nicht abgeschrieben sind, müssen jährlich im Einwohnerrat behandelt werden.

Mirjam Kalt verweist nochmals auf die Aussage in Punkt 8, Seite 15, betreffend Senkung der Steuern auf 1.85 Einheiten. Dies war nicht Inhalt der Motion und ist deshalb eine falsche Aussage.

Paul Winiker dankt für den Hinweis.

Abstimmung Abschreibung Motion Thalmann "Schrittweise Annäherung des Steuerfusses an das Niveau der Agglomeration"

Mit 24:9 Stimmen wird die Motion abgeschrieben.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	nein
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Hauser, Bernadette	ja

Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	ja

5.2 Motion Hug „Machbarkeitsstudie für eine Hochbahn“ Nr. 084/09

Gemäss Viktor Bienz beantragt der Gemeinderat, die Motion als erheblich zu erklären. Das Begehren der Motion ist erfüllt und wird somit von der Pendenzenliste entfernt.

René Hug bemerkt, dass er anscheinend offene Türen eingerannt hat. Er hat erfahren, dass ein ETH-Student bereits an der Erarbeitung eines Projekt ist. Auch das Technikum Horw hat Interesse daran. Diese Studenten-Arbeit wird nicht viel kosten. Er sieht ein, dass die Motion abgeschrieben wird.

Matthias Senn bestätigt die Aussage von René Hug. Es besteht ein Interesse der Hochschulen. Die Hochschule Luzern wird nächsten Sommer eine Machbarkeitsstudie durchführen. Diese wird fast nichts kosten.

Toni Bründler führt aus, dass die SVP ebenfalls für die Überweisung der Motion ist, aber nur wenn der Betrag von Fr. 50'000.00 gestrichen wird. Ausserdem müsste es nicht unbedingt eine Hochbahn sein. Es wäre gut, wenn die Leute, welche das Projekt planen, Rücksprache mit der Gemeinde nehmen würden. Eventuell könnte eine Bahn an die Station Mattenhof angehängt werden. Er bittet, die Motion ohne den Betrag von Fr. 50'000.00 zu überweisen.

Gemäss Maurus Frey ist die Grüne-Fraktion auch für Überweisung der Motion. In Anbetracht der Kürzung bei der Bildung und im sozialen Bereich können sie nicht verantworten, für die Studie Fr. 50'000.00 zu gebrauchen. Sie beantragen dem Motionär, den Betrag von Fr. 50'000.00 auf Fr. 5'000.00 zu reduzieren.

René Hug hält an seiner Motion fest, wie sie vorliegt. Seiner Ansicht nach wird das Projekt nicht viel kosten. Der Betrag von Fr. 50'000.00 ist im Budget enthalten. Wenn das Projekt weniger kostet, hat man bereits wieder gespart.

Martin Heini unterstützt die Aussage von René Hug, den Betrag bei Fr. 50'000.00 zu belassen. Es heisst nicht, dass dieser ausgeschöpft werden muss. Man soll den Studenten nicht

dreinreden. Diese sollen eine kreative Studie erarbeiten. Er bittet, die vorliegende Motion zu überweisen.

Alexander Wili hat als Präsident des Hochbahn-Komitees (HoK) mit dem betreffenden Studenten bereits Kontakt gehabt. Weitere Anregungen nimmt er gerne entgegen. Er würde sich zudem über eine SVP-Vertretung im HoK freuen.

Mirjam Kalt hat Mühe mit der Unterstützung der Motion. Sie ist gegen den Betrag von Fr. 50'000.00.

Matthias Senn weist darauf hin, dass der Betrag von Fr. 50'000.00 in der Investitionsrechnung und nicht in der laufenden Rechnung aufgenommen wurde. Er versichert, dass Fr. 50'000.00 nicht ausgegeben werden, wenn ein Student beigezogen werden kann.

Bruno Bienz kann nach der heutigen Diskussion nicht mehr hinter diesem Betrag stehen.

Maurus Frey bittet dem Betrag von Fr. 50'000.00 zuzustimmen und die Motion zu überweisen.

Roland Burkhardt hat Freude an technischen Projekten. Wenn die ETH bereits an einem Projekt ist, sollte nicht noch ein Betrag von Fr. 50'000.00 budgetiert werden. Man darf zur jetzigen Zeit nicht solche Zeichen setzen. Er wird den Betrag nicht unterstützen.

Abstimmung

Mit 19:10 Stimmen wird die Motion überwiesen.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	nein
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	Enthaltung
Maldonado, Jennifer	Enthaltung

Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	Enthaltung
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	ja

Viktor Bienz stellt fest, dass ein Antrag der Grünen vorliegt betreffend Erhöhung des Steuerfusses auf 1.95 Einheiten.

Erich Tschümperlin hält fest, dass die Aussichten trübe sind. Das Sockeldefizit soll im nächsten Jahr nicht mitgezogen werden. Die Augen dürfen vor der Einnahmenseite nicht verschlossen werden. Leider veranlasst die Situation die Grüne-Fraktion dazu, den Steuerfuss auf das Niveau von 2008 anzuheben.

Peter Portmann fragt, ob eine Volksabstimmung durchgeführt werden muss, wenn der Rat einer Steuererhöhung zustimmt.

Viktor Bienz bestätigt dies. Eine Steuererhöhung muss jeweils vor das Volk.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. Budget) gegenüber Antrag Grüne-Fraktion (Erhöhung des Steuerfusses auf 1.95 Einheiten)

Mit 22:9 Stimmen wird der Antrag der Grünen Fraktion abgelehnt.

Achermann, Marco	Antrag GR
Baumgartner, Werner	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag GR
Bienz, Bruno	Antrag Grüne
Bründler, Anton	Antrag GR
Bründler, Josef	Antrag GR
Brunner, Joe	Antrag Grüne
Burkhardt, Roland	Antrag GR
Camenisch, Rätö	Antrag GR
Dalla Bona, Johanna	Antrag GR
Erni, Roger	Antrag GR
Fluder, Hans	Antrag GR
Frey, Maurus	Antrag Grüne
Graber, Kathrin	Antrag GR
Hauser, Bernadette	n.t.
Heini, Martin	Antrag Grüne
Heiz, Martin	Antrag GR
Hug, René	Antrag GR
Kalt, Mirjam	Antrag Grüne
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Koch, Patrick	Antrag GR
Konrad, Simon	Antrag GR
Lammer, Thomas	Antrag GR
Luthiger, Judith	Antrag Grüne
Maldonado, Jennifer	Antrag Grüne
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	n.t.

Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag GR
Rey, Louis	Antrag GR
Tschümperlin, Erich	Antrag Grüne
Urfer, Mario	Antrag Grüne
Wili, Alexander	Antrag GR

Werner Baumgartner beantragt die Aufnahme des Punktes II Auflagen „Dieser Kompromiss kam nur unter der Bedingung zustande, dass der Gemeinderat im ersten Semester 2010 zusammen mit der FGK eine Auslegeordnung und ein nachhaltiges Entlastungsprogramm erarbeitet mit dem Ziel ab 2011 im Durchschnitt ausgeglichene Rechnungen zu erzielen.“ in den Beschlusstext des Voranschlages.

Bruno Bienz bemerkt, dass ein Kompromiss erwähnt wurde. Es wurde aber kein Kompromiss gemacht.

Judith Luthiger erwähnt, dass im ersten Semester 2010 eine Auslegeordnung gemacht werden soll. Dass man zusammensitzen muss, ist klar. Wenn der Satz „Dieser Kompromiss kam nur unter der Bedingung zustande....“ in den Auflagen enthalten ist, wird sie nicht zustimmen. Wenn der Text aber abgeändert wird, d.h. „Der Gemeinderat wird verpflichtet, im ersten Semester 2010 eine Auslegeordnung vorzubereiten...“, dann wird sie eventuell zustimmen. Aber nicht im Zusammenhang mit dem Kompromiss.

Werner Baumgartner wird den Antrag, wie von Judith Luthiger vorgeschlagen, umbenennen.

Abstimmung Antrag CVP/FDP/SVP (Aufnahme Punkt II „Auflagen“ in den Beschlusstext)
Der Antrag wird mit 32:0 Stimmen angenommen.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	Enthaltung
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja

Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	ja

Guido Solari liest den neuen **Beschlussestext**:

1. **Die laufende Rechnung für das Jahr 2010**

mit einem Gesamtaufwand von Fr. 158'954'200
 und einem Gesamtertrag von Fr. 156'405'000

somit einem Mehraufwand von Fr. 2'549'200

und **die Investitionsrechnung für das Jahr 2010** mit

Investitions-Ausgaben von Fr. 23'025'000
 und Investitions-Einnahmen von Fr. 3'860'000

d.h. mit Netto-Investitionen von Fr. 19'165'000

werden beschlossen, ausgenommen diejenigen Investitionen in der Investitionsrechnung, für die dem Einwohnerrat ein separater Bericht und Antrag zu unterbreiten ist.

2. Das Jahresprogramm 2010 wird beschlossen.
3. Die Einwohnergemeindesteuer für das Jahr 2010 wird auf 1.90 Einheiten festgelegt (unverändert).
4. Die Feuerwehrsteuer für das Jahr 2010 wird auf 2 ‰ festgelegt (unverändert).
5. Die Motion von Robert Thalman über die schrittweise Annäherung des Steuerfusses auf das Niveau der Agglomeration (262/08) wird abgeschrieben.
6. Die Motion von René Hug über die Machbarkeitsstudie für eine Hochbahn (84/2009) wird für erheblich erklärt.
7. Der Gemeinderat wird verpflichtet, im ersten Semester 2010 zusammen mit der FGK eine Auslegeordnung und ein nachhaltiges Entlastungsprogramm zu erarbeiten mit dem Ziel, ab 2011 im Durchschnitt ausgeglichene Budgets zu erzielen.
8. Die Beschlüsse gemäss den vorstehenden Ziffern 1, 2, 3 und 4 unterliegen dem fakultativen Referendum.

Viktor Bienz stellt fest, dass Bernadette Hauser und Mario Urfer in den Ausstand müssen.

Bruno Bienz findet es daneben, wenn diese zwei Personen bei der Abstimmung zum Gesamtbudget in den Ausstand müssen.

Für Guido Solari geht es aber nicht auf, wenn diese Personen bei Einzelfragen in den Ausstand müssen und bei der Gesamtabstimmung, wobei die Einzelfragen enthalten sind, nicht.

Bernadette Hauser fügt hinzu, dass alle, welche in irgendeiner Form betroffen sind, in den Ausstand müssen. Und das sind nicht nur zwei Personen.

Werner Baumgartner weist darauf hin, dass dazu nicht abgestimmt werden muss, wenn niemand einen Antrag stellt. Der Gemeindegeschreiber kann keine Anträge stellen.

Viktor Bienz erwähnt, dass die Geschäftsleitung entschieden hat, dass diese zwei Personen bei den betreffenden Geschäften in den Ausstand müssen.

Bruno Bienz fügt hinzu, dass aber nicht bestimmt wurde, dass diese bei der Abstimmung des Gesamtbudgets in den Ausstand müssen.

Gemäss Viktor Bienz wird nun nicht darüber abgestimmt, ob diese Personen in den Ausstand müssen, sondern es wird gleich zum Gesamt-Voranschlag abgestimmt.

Abstimmung über den Beschlusstext

Der Beschlusstext wird mit 22:10 Stimmen genehmigt.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Hauser, Bernadette	Enthaltung
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja

Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

6. Bericht und Antrag: Änderung der Geschäftsordnung des Einwohner-rates - Regelung von dringlichen Vorstössen Nr. 104/09

Aus Zeitgründen abtraktandiert

7. Bericht und Antrag: Reglement über die politischen Rechte 1. Lesung Nr. 105/09

Aus Zeitgründen abtraktandiert

8. Bericht Postulat Brunner: Anbindung der Sonnenbergbahn an ÖV & Velotransport Nr. 044/09

Gemäss Cyrill Wiget liegt die Stellungnahme des Gemeinderates zu den geforderten Punkten vor, welche auch mit dem Verwaltungsrat besprochen wurden. Am besten wäre, wenn relativ schnell ein Taktfahrplan eingeführt werden könnte.

Joe Brunner dankt für die Beantwortung des Postulates. Er kann mit dem Bericht leben und sieht das Problem. Die SP wird ihr Anliegen anders angehen.

Nach Martin Heini diskutierte die USK die Konflikte zwischen Nostalgiebahn unter Heimatschutz gegenüber dem Nutzungswunsch als eine Art moderner Schräglift. Die Auflagen machen es nicht einfach, Um- oder Anbauten vorzunehmen, damit genügend Platz für den Velotransport vorhanden ist. Die Forderungen umzusetzen ist auch nicht so einfach, weil die Gemeinde nicht die Betreiberin ist. Die USK ist der Meinung, dass immerhin die zeitliche Nutzbarkeit der Bahn verbessert werden soll und dass man einfacher an die Informationen über die Fahrplanzeiten kommt. Die Integration in den Tarifverbund erachtet die USK als längerfristige Angelegenheit. Somit folgt die USK auch in diesem Punkt mehrheitlich der Argumentation des Gemeinderates.

Cyrill Wiget bittet Joe Brunner, nicht einen weiteren Vorstoss zur Anbindung der Sonnenbergbahn an den ÖV einzureichen. Der Gemeinderat hat sein Möglichstes getan und die Stellungnahme liegt vor. Lieber wäre Cyrill Wiget, wenn Joe Brunnen sagen würde, was ihn stört.

Gemäss Joe Brunner wird die Sonnenbergbahn mit Personal betrieben. Man müsste anschauen, ob das auch ohne gehen würde, damit die Bahn 24 Stunden in Betrieb genommen werden kann.

Cyrril Wiget weist darauf hin, dass die Bahn in der Nacht nicht fahren darf.

Nach Viktor Bienz, gilt das Postulat mit diesem Bericht als erledigt, da es in den Kompetenzbereich des Gemeinderates fällt.

9. Bericht Postulat Kaufmann: Heckveloträger für die Buslinie 15 **Nr. 067/09**

Nach Cyrril Wiget hat der Gemeinderat einiges unternommen, um das Begehren bei den Partnerorganisationen des öffentlichen Verkehrs zu platzieren. Leider haben sich diese mit Händen und Füssen dagegen gewehrt. Rein technisch ist eine Montage solcher Veloträger an den Fahrzeugen des Regionalverkehrs möglich, bei sämtlichen Buslinien des ÖVL sind solche Massnahmen nicht möglich. Der zeitliche Aufwand für den Veloverlad beträgt mehrere Minuten pro Umlauf, wodurch die Einhaltung des Fahrplans unmöglich wird. Da der Chauffeur für die Ladung verantwortlich ist und dafür haftet, muss er bei jedem Verlad anwesend sein und diesen überwachen. Die Kosten für die Ausrüstung eines Fahrzeuges betragen gemäss Angaben der vbl AG Fr. 25'000.00, was mit Abstand zu teuer ist.

Christine Kaufmann dankt für die Begründung, welche leider negativ ist, doch damit kann sie gut leben. Sie hat jedoch noch folgende Bemerkungen dazu: Die Begründung wieso Heckveloträger auf der Buslinie 15 nicht eingeführt werden können, kann sie nur zum Teil nachvollziehen, denn für zwei Ablehnungsgründe hat sie im Rat Lösungsvorschläge aufgezeigt. So hat sie bereits auf die Problematik mit dem Auf- und Abladen hingewiesen und vorgeschlagen, dass die Velos nur an definierten Haltestellen aufgeladen bzw. abgeladen werden sollen. Nämlich bei der Busschleife Kriens als Aufladestation, denn dort haben die Chauffeure jeweils eine Wartezeit und als Abladestation wären die Haltestellen Gabeldingen, Bachstrasse und Sidhalde geeignet. An diesen Haltestellen ist genügend Platz und es hat sehr wenig Verkehr. Es würde niemand behindert werden und gefährlich wäre es auch nicht.

Die angegebenen Kosten von Fr. 25'000.00 sind absolut abschreckend und haben die Wirkung, dass das Postulat ganz klar abgelehnt wird. Vor der Postulateingabe hat sich Christine Kaufmann beim Lieferanten der Heckveloträger für Postautos vorinformiert. Die Firma Bus-Servicecenter in Interlaken hat ihr eine unverbindliche Offerte zwecks Preisorientierung gestellt. Gemäss Offerte kostet ein Modell für Velos Fr. 4160.00 exkl. MWST. Das heisst, wenn man zwei Heckveloträger benötigt, sind dies Fr. 8'320.00. Die Postulantin hat das Gefühl, dass die Gemeinde als Kunde keine Chance hat, wenn die vbl und die anderen Transportunternehmen etwas nicht wollen. Leider ist die vbl gegenüber Kundenwünschen, welche nicht von ihnen kommen, weder offen noch lösungsorientiert, sondern nutzt die Marktposition aus.

Gemäss Cyrril Wiget ist das Hauptproblem nicht der Heckträger, sondern dass die Busse umgebaut werden müssten, damit diese angebracht werden können. Das Nutzen-Kosten Verhältnis ist nicht ausgeglichen.

Die USK diskutierte nach Martin Heini auch diesen Vorstoss, welcher aus Sicht jedes Velofahrers absolut Sinn macht und teilweiser Ersatz für den Nichtumbau der Sonnenbergbahn sein

könnte. Die Kommission folgt aber der Argumentation des Gemeinderates. Der Fahrplanstress, die kurzen Fahrstrecken und –zeiten im Vergleich mit dem Zeitbedarf für den Chauffeur beim Auf- und Entlad und die Verantwortung, die beim Chauffeur liegt, sind gewichtige Hinderingpunkte.

Gemäss Viktor Bienz, gilt das Postulat mit diesem Bericht als erledigt, da es in den Kompetenzbereich des Gemeinderates fällt.

10. Bericht Postulat Tschümperlin und Mitunterzeichnende: Ökihof-Satellit im Zentrum **Nr. 198/07**

Gemäss Cyrill Wiget ist der Gemeinderat der Meinung, dass ein Ökihof-Satellit im Zentrum tatsächlich sehr viele Vorteile bringen würde. In Kriens ist die Situation so, dass 3/4 der Bevölkerung nicht in der Nähe des Standortes des Ökihofs wohnt. Im Zusammenhang mit dem Projekt Feuerwehr und Werkhof im Eichenspes wurde die Möglichkeit geprüft, ob ein Ökihof-Satellit dort angegliedert werden könnte. Die Abklärung hat ergeben, dass auf diese Variante verzichtet wird, um das ganze Projekt nicht zu gefährden. Der Grund liegt vor allem darin, dass beim Projekt Werkhof/Feuerwehr im Eichenspes mit angegliedertem Ökihof-Satellit die kantonale Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) verkehrstechnische Auflagen für eine zusätzliche Fahrspur zum Einspuren machen würden, was bei der Realisierung ohne Ökihof nicht der Fall wäre. Weitere Standorte in Zentrumsnähe stehen zur Zeit nicht zur Verfügung oder müssten im Zusammenhang mit der gesamten Zentrumsplanung geprüft werden. Die Strategie des REAL besteht vielmehr darin, ein flächendeckendes Netz an bedienten Entsorgungsstellen zu schaffen. Ein Ökihof-Konzept im REAL-Gebiet ist in Erarbeitung. Eine sinnvolle Alternative wäre ausserdem ein Ökibus, der verschiedene Quartiere mit einem mobilen Entsorgungsangebot bedient. Ein Ökibus kann von Kriens aber nicht im Alleingang realisiert werden. Er macht aus ökonomischer Sicht nur Sinn, wenn er im Verbund mit anderen Gemeinden eingeführt werden kann. Der Gemeindeverband für Kehrriechtbesichtigung der Region Luzern (GKLU) verfolgt diese Idee jedoch nicht mehr weiter.

Erich Tschümperlin dankt Cyrill Wiget für die Abklärungen. Richtig zufrieden ist er natürlich nicht. Um eine Entsorgung zu machen benötigt man ein Auto. Ein besseres Entsorgungsangebot ist nötig, auch damit der Wohnort Kriens für ältere Menschen attraktiver wird. Erich Tschümperlin ist der Meinung, dass zur Zentrumsplanung auch das realisieren einer geeigneten Entsorgungsmöglichkeit gehört. Die jetzige Lage ist ungenügend und es muss etwas unternommen werden.

Gemäss Viktor Bienz, gilt das Postulat mit diesem Bericht als erledigt, da es in den Kompetenzbereich des Gemeinderates fällt.

11. Interpellation Urfer: Entwicklung der demografischen Alterung in Kriens **Nr. 058/09**

Die Interpellation Urfer: "Entwicklung der demografischen Alterung in Kriens" wird wie folgt beantwortet:

A. *Allgemeine Bemerkungen*

Einleitend ist festzuhalten, dass nicht alle Fragen genügend präzise beantwortet werden können. Dafür sind weitergehende Abklärungen notwendig, die derzeit noch nicht gemacht sind. Präzisierungen zu den Antworten sind demnach insbesondere mit der Beantwortung des Postulats Dalla Bona Johanna "Umbau des Alters- und Pflegeheims Grossfeld in Alterswohnungen" (019/08) und des Postulats Urfer Mario "Bedarfsabklärung von betreuten Wohnformen im Alter" (057/08) möglich.

B. *Der Gemeinderat beantworte die Fragen des Interpellanten wie folgt:*

1. *Wie will der Gemeinderat die Entwicklung der demografischen Alterung effizient und kostengünstig bewältigen?*

Es sind Massnahmen auf verschiedenen Ebenen vorgesehen:

- a) Derzeit läuft im Sozialdepartement das Projekt "Beratung, Betreuung, Pflege". Dieses Projekt soll die Basis legen für die Schaffung von Organisationsstrukturen im Gesundheitsbereich. Die Ziele des Projekts sind, diejenigen Strukturen zu finden, die nötig sind,
 - um einerseits den Krienserinnen und Kriensern einen niederschweligen und effizienten Zugang zu den gemeindlichen Leistungen im Gesundheitsbereich zu ermöglichen - wozu auch die Leistungen wie Alterswohnungen, Spitex und Heime gehören,
 - und um andererseits eine hinsichtlich Inhalt, Qualität und Kosten effiziente Erbringung von Leistungen im Gesundheitsbereich gewährleisten zu können.
- b) Im Sommer beginnt das Projekt "Zukunft Alters- und Pflegeheim Grossfeld". Es wird insbesondere abgeklärt,
 - ob, wie und zu welchem Zweck das Alters- und Pflegeheim Grossfeld in Zukunft verwendet werden kann,
 - und welche Kosten mit Massnahmen zur Erhaltung bzw. zur Verbesserung des Alters- und Pflegeheims Grossfeld verbunden sind, bzw. ob es kostengünstiger ist, an Stelle des Alters- und Pflegeheims Grossfeld ein anderes Alters- und Pflegeheim und / oder Bauten für alternative Wohnformen im Alter zu erstellen.
- c) Mit der geplanten Zentrumsüberbauung sollen im Bereich Teiggi / Gemeindehaus / Gemeindegaststätten auch zentrumsnahe, altersgerechte Wohnungen geschaffen werden (siehe Planungsbericht "Zentrumsentwicklung Kriens" (ER – Geschäft Nr. 112/2006, S. 6 und 12).

2. *Besitzt die Gemeinde Liegenschaften, die für betreutes Wohnen geeignet und genutzt werden können?*

Derzeit besitzt die Gemeinde Kriens keine solchen Liegenschaften. Was die Zukunft anbetrifft, so vergleiche hinsichtlich Alterswohnungen im Rahmen der Zentrumsplanung vorne Ziff. 1 lit. c und hinsichtlich Liegenschaft des Alters- und Pflegeheims Grossfeld nachfolgend Ziff. 4.

3. *Wäre es eine Option, geeignete Wohnungen zu mieten, um sie für "neue Wohnformen im Alter" zu nutzen?*

Es ist eine Option. Die Wohnungen sollten aber folgende Voraussetzungen erfüllen:

- a) zentrumsnah
 - betagte Personen, die noch mobil sind, sollten kurze Wege gehen müssen, um die Grundbedürfnisse befriedigen zu können (Einkauf von Verpflegung, Post- und Bankdienstleistungen, öffentliche Verkehrsmittel). Sobald sie dies nicht mehr selber tun können, etwa, weil die Wohnung zentrumsfern ist, müssen solche Bedürfnisse von Dritten besorgt werden, was zu einer sozialen Verarmung der betroffenen Person und zu einer Verteuerung der Kosten führt.
 - betagte Personen, die betreuungs- oder pflegebedürftig sind, müssen bei Bedarf schnell, qualitativ hochwertig und kostengünstig betreut und gepflegt werden können. Dies lässt sich durch eine zentral organisierte Institution (etwa Spitex) am besten gewährleisten. Oder umgekehrt: Je zentrumsferner die Wohnungen sind, desto länger ist der Weg für den Leistungserbringer und desto teurer wird die Betreuungs- und Pflegeleistung. Eine dezentrale Organisation erfordert zusätzlichen Verwaltungsaufwand und zusätzliche Infrastruktur - und dürfte daher kostenintensiver als ein zentral operierender Leistungserbringer sein.
- b) hindernisfrei
Die Wohnungen müssen hindernisfrei (keine Schwellen, keine Stufen, Zugang mit Lift, alles auf einem Boden, etc) gebaut sein, damit sich betagte Personen hindernisfrei bewegen können.
- c) tauglich für die Pflege
Die Zimmer müssen so gestaltet sein, dass sie mit Pflegebetten bestückt werden können (was auch breitere Türrahmen erfordert) und die Nasszellen müssen so konzipiert sein, dass die Körperpflege von pflegebedürftigen Menschen möglich ist.

Solche Wohnungen sind nach Meinung des Gemeinderats in Kriens derzeit nicht vorhanden, sollen aber mit der Realisierung der Zentrumsüberbauung geschaffen werden (vgl. vorne Ziff. 1 lit. c).

4. *Ist das Pflegeheim Grossfeld eine Option für Pflegewohngruppen?*

Die Frage kann nicht eindeutig beantwortet werden. Dafür sind Abklärungen notwendig, die erst noch gemacht werden müssen (vgl. vorne unter A. Allgemeine Bemerkungen). Der Sozialvorsteher und der Leiter Heime haben schon mehrfach darauf hingewiesen, dass sich das Heim Grossfeld nicht mehr oder nur noch bedingt für die Pflege eignet. Also dürfte das Heim Grossfeld wohl auch für den Aufenthalt von Pflegewohngruppen wenig geeignet sein.

5. *Werden altersgerechte "neue Wohnformen" in der Zentrumsplanung mit angedacht und realisiert werden können?*

Ja, siehe dazu vorne Ziff. 1 lit. c.

6. Können Spitex-Angebote parallel zur Förderung neuer Wohnformen bedarfsgerecht weiter entwickelt werden?

Die Erweiterung der Spitex-Angebote ist eine Voraussetzung für die Förderung neuer Wohnformen. Wie bereits vorne unter Ziffer 3 lit. a erwähnt, erfordert betreutes Wohnen einen zentral operierenden Leistungserbringer, der die notwendigen Betreuungs- und Pflegedienstleistungen effizient erbringt. Notwendig sind insbesondere ein Notfall- und ein Nachtdienst.

Viktor Bienz fragt Mario Urfer an, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist und ob er eine Diskussion wünscht.

Mario Urfer wünscht eine Diskussion.

Viktor Bienz stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Mario Urfer dankt dem Sozialdepartement für die Beantwortung der Interpellation. In der Beantwortung werden Projekte erwähnt, welche die Basis für die Organisationsstrukturen und die Abklärung der Zukunft des Grossfelds bilden. Soweit ist die Beantwortung in Ordnung. Es ist aber auch ersichtlich, dass die laufenden Projekte das Zentrum fokussieren und dezentrale Wohnformen von der Prüfung ausgeschlossen werden. Mario Urfer würde es sehr bedauern, wenn die dezentralen Wohnformen ausgeschlossen werden, ohne diese zu prüfen. Er liest den folgenden Abschnitt aus dem Altersleitbild des Kantons Luzern von 2001 vor: "*Verschiedene Evaluationen dieser Wohnform haben gezeigt, dass in dezentralen Wohngruppen eine hohe Pflege- und Betreuungsqualität erreicht werden kann. Oder, aus fachlicher Sicht wird die Pflegewohngruppe als die geeignete Wohnform für die kommenden Jahre beurteilt. Oder, die Planung und Realisierung des Neu- oder Umbaus von Heimen dauert Jahre. Betreutes Wohnen hingegen kann kurz oder mindestens mittelfristig realisiert werden.*"

Was auch immer mit dem Grossfeld geschehen wird, es wird keine neuen Pflegebetten generieren. Jetzt werden Betten benötigt, nicht erst, wenn die Spitze der demografischen Alterung erreicht oder sogar wieder rückläufig ist. Zudem werden dann gerade diese Wohnformen, nachdem die demografische Spitze erreicht ist, einfacher aufzulösen sein. Sicher sind die hohen betrieblichen Kosten der autonomen Pflegewohngruppen ein Nachteil. Sie sind kostenintensiv, jedoch preiswerter als ein Pflegeheim. Weitere Fragen bleiben:

- Wie weit kann die Gemeinde auf die Mietpreise bei den Zentrumsprojekten Einfluss nehmen?
- Wird die Miete der hindernisfreien Wohnungen, mit einem durchschnittlichen Einkommen bezahlbar sein?
- Droht die Gefahr von einer Zwei-Klassen Situation?

Im Zentrum stehen wohl kaum Wohnungen zur Verfügung, um günstige, neue Wohnformen zu realisieren. Das Alter ist nicht nur vielfältig, es ändert sich auch schnell. Die SP verschliesst die Augen vor den neuen Bedürfnissen nicht. Am besten wäre es, wenn die älteren Krienserbürgerinnen und -bürger in die Planung miteinbezogen werden könnten, denn sie wissen am besten was sie brauchen. Wohnen im Alter dominiert bis anhin die klassischen versorgungsorientierten Ansätze. Sie werden in der Zukunft nicht mehr genügen. Neue Lösungen sind gefragt und da dürfen andere Möglichkeiten nicht ausgeschlossen werden.

Wenn Lothar Sidler richtig verstanden hat, bemängelt Mario Urfer, dass der Gemeinderat gegen dezentrale Wohnformen ist. Das stimmt aber so nicht ganz, denn das zentrale Wohnen wird nur bevorzugt. Nach Möglichkeit möchte Lothar Sidler das Wohnen zentral halten.

12. Interpellation Luthiger: Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2011 auf Budget 2010 und Finanzplanung **Nr. 069/09**

Die Interpellation Luthiger: "Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2011 auf Budget 2010 und Finanzplanung" wird wie folgt beantwortet:

Nachdem das Kantonsparlament im März 2009 die Steuergesetzrevision 2011 mit 83 gegen 22 Stimmen beschlossen hatte, ergriffen SP, Grüne und Gewerkschaften das Referendum.

Hauptpunkte der Steuergesetzrevision 2011

Entlastung des Mittelstandes bei der Einkommenssteuer und Ausgleich der kalten Progression: Die mittleren Einkommen würden nochmals spürbar entlastet. Gleichzeitig würde im Hinblick auf den Standortwettbewerb eine Abflachung des Progressionsverlaufes bei den höheren Einkommen vorgenommen. Zudem würde die kalte Progression beim Tarif und bei den Abzügen vorzeitig ausgeglichen. Wirksam wäre dies ab dem Jahr 2011.

Halbierung der Gewinnsteuer: Nach der auf 2010 beschlossenen Senkung der Gewinnsteuer um 25 % wird diese gemäss Beschluss des Kantonsrates auf 2012 nochmals halbiert. Der Kanton Luzern würde damit ab 2012 mit einer Gewinnbesteuerung von rund 4.3 % bis 6.5 % (Kriens ca. 5.5 %) den ersten Rang unter den Kantonen einnehmen.

Der Kanton Luzern rechnet mit kurzfristigen Steuerausfällen für die Gemeinden von Total 129 Mio. (54 Mio. im Jahr 2011; 75 Mio. im Jahr 2012). Mittelfristig rechnet der Regierungsrat aber mit der Verbesserung des Steuersubstrates aufgrund des Wachstumspotenzials aus der Steuergesetzrevision.

1. Die Finanzplanung der Gemeinde Kriens 2009 – 2013 basiert auf einem Wachstum der Steuereinnahmen von 5 %. Die Wirtschaftskrise nimmt unerwartete Formen an. Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung für die Gemeinde Kriens? In wie weit sieht die Gemeinde Handlungsbedarf die Finanzplanung bei den Steuereinnahmen zu korrigieren?

Das weltweite wirtschaftliche Umfeld hat sich seit Erstellung des letzten Finanz- und Aufgabenplans stark verändert. Staatliche Konjunkturprogramme, Konkurse, Entlassungen und Kurzarbeit füllen die Zeitungen seit Monaten. Die Weltwirtschaft ist in einer grossen Krise. Wie fast alle anderen Länder, befindet sich auch die Schweiz in einer tiefen Rezession. In der Zentralschweiz dürfte der Rückgang der realen Wertschöpfung aber im Vergleich zur Gesamtschweiz deutlich moderater ausfallen (Wirtschaftsprognose der Luzerner Kantonalbank, Frühling 2009).

Ob die Talsohle bereits erreicht ist oder nicht, dazu gibt es unterschiedliche Meinungen. Mehrheitlich gehen die Experten davon aus, dass spätestens im 2. Halbjahr des Jahres 2010 eine spürbare Verbesserung der Situation eintreten wird.

Bei der Budgetierung für das Jahr 2010 wird dieser Situation Rechnung getragen. So wurden diverse Firmen bzw. ihre Steuervertreter bereits kontaktiert. Das Ergebnis dieser Gespräche widerspiegelt sich bereits in den Akontorechnungen 2009. Für das Budget 2010 wird bei den juristischen Personen mit einem Ertragsrückgang von 5% gegenüber dem Jahr 2009 gerechnet. Bei den natürlichen Personen wird für das Jahr 2010 mit einem Brutto-Zuwachs von 3% gerechnet.

Im Finanz- und Aufgabenplan wurde bisher mit Steuerausfällen im Jahr 2010 (Senkung der Gewinnsteuern um 25 %) von 1.9 Mio. Franken gerechnet. Durch den erwarteten konjunkturellen Einbruch der Steuererträge juristischer Personen in den Jahren 2009 und 2010 reduziert sich dieser Ausfall um mehr als die Hälfte (0.9 Mio. anstelle geplanter 1.9 Mio.).

Entgegen der ursprünglichen Absicht der Regierung wurde die Halbierung der Gewinnsteuer um ein Jahr verschoben (neu erst ab 2012). Die Steuerausfälle (Halbierung der Gewinnsteuer) konnte aufgrund der tieferen Erträge auch hier reduziert werden.

Auszug aus Finanz- und Aufgabenplan 2009 - 2013

	<i>Rechnung 2008</i>	<i>Budget 2009</i>	<i>Finanz- und Aufgabenplan 2010*</i>	<i>Finanz- und Aufgabenplan 2011*</i>	<i>Finanz- und Aufgabenplan 2012*</i>
Ertrag laufendes Jahr	61.63	62.70	64.40	67.85	71.50
Steuersenkung der Gemeindesteuer um 1/20 *		- 1.60			
Senkung Gewinnsteuer			- 1.90	- 1.90	-1.90
Anpassung Steuertarif und Senkung Gewinnsteuer				- 6.00	- 6.00
Netto Steuerertrag	61.63	61.10	62.50	59.95	63.60

*Volksabstimmung vom 21.12.2008. Im obigen Finanz- und Aufgabenplan 2010 – 2012 ist die Steuersenkung bereits im Betrag "laufendes Jahr" berücksichtigt.

Provisorische Eckdaten aus dem Finanz- und Aufgabenplan 2010 – 2014

	<i>Vorschau 2009</i>	<i>Budget 2010</i>	<i>Finanz- und Auf- gabenplan 2011</i>	<i>Finanz- und Auf- gabenplan 2012</i>
Ertrag laufendes Jahr	60.60	61.90	63.62	65.92
Senkung Gewinnsteuer		- 0.90	- 0.90	- 0.90
Anpassung Steuertarif *			- 4.20	- 4.20
Halbierung Gewinnsteuer *				- 1.30
Netto Steuerertrag	60.60	61.00	58.52	59.52

* Betreffend Anpassung Steuertarif und Halbierung Gewinnsteuer entscheidet das Stimmvolk am 27. September 2009.

Gegenüber dem Finanz- und Aufgabenplan 2009 – 2013 resultiert eine konjunkturelle Verschlechterung in der Höhe von ca. je 1.5 Mio. für die Jahre 2010 und 2011 bzw. ca. 4.1 Mio. für das Jahr 2012.

2. Mit welchen zusätzlichen Ertragsausfällen aufgrund der Steuergesetzrevision 2011 und mit welchen zusätzlichen Ausgaben verursacht durch die Wirtschaftskrise ist in den nächsten Jahren in der Gemeinde Kriens noch zu rechnen?

Die Ertragsausfälle aufgrund der Steuergesetzrevision 2011 waren bereits im Finanz- und Aufgabenplan aufgelistet (vgl. obige Aufstellung bzw. Finanz- und Aufgabenplan 2009 – 2013). Mit weiteren Steuerausfällen ist aus heutiger Sicht nicht zu rechnen.

Die Auswirkungen bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe, Mutterschaftsbeihilfe und Alimenteninkasso wurden vom Gemeinderat in der Interpellation Luthiger: "Auswirkungen der Steuergesetzrevision und der jetzigen Wirtschaftslage auf die Sozialausgaben (072/2009)" beantwortet. Wir verweisen auf die Beantwortung.

3. Was bedeuten die durch die Steuergesetzrevision 2011 und die Wirtschaftskrise kumulierten Ertragsausfälle und zusätzlichen Ausgaben für die laufende Rechnung der Gemeinde Kriens?

Wie bei allen öffentlichen Haushalten tritt vorübergehend ein Schereneffekt ein:

Die Erträge sinken oder stagnieren mindestens kurzfristig, während die Kosten in fast allen Bereichen weiter steigen aufgrund der Teuerung und zusätzlicher Aufgaben bzw. Begehrlichkeiten. Dazu kommen Mehrkosten aus strukturellen Veränderungen (öffentlicher Verkehr, Pflegekosten, etc.). Eine weitere Belastung erfährt die Gemeinderrechnung aus den Kosten der Ausfinanzierung bzw. Sanierung der Pensionskasse Kriens, wozu ab 2010 zusätzliche jährliche Mittel zwischen 1.2 bis 1.4 Mio Franken beansprucht werden.

4. Haben diese Ertragsausfälle Auswirkungen auf geplante Investitionen? Welche Projekte werden voraussichtlich zurückgestellt? Wo setzt der Gemeinderat seine Prioritäten?

Allfällige Rechnungsdefizite im laufenden und in den kommenden Jahren wirken sich auch auf die Investitionstätigkeit bzw. die dazu notwendige Finanzierungsfähigkeit aus. Investitionen sollten gemittelt auf 5 Jahre mindestens zu 80% aus den eigenen Mitteln refinanziert werden können. Die Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden sieht in § 29 vor: "Der Selbstfinanzierungsgrad sollte im Durchschnitt von fünf Jahren mindestens 80 Prozent erreichen, wenn die Nettoschuld pro Einwohner mehr als das kantonale Mittel beträgt".

Die für die Investitionstätigkeit notwendigen eigenen Mittel berechnen sich aus dem Jahresergebnis zuzüglich der Abschreibungen bzw. Bildung von Rückstellungen und ähnliche Positionen. Wie jede Unternehmung auch, muss eine Gemeinde ihre Investitionen langfristig aus dem Nettomittelzufluss (Cash flow) finanzieren können. Verluste schmälern die Selbstfinanzierungsfähigkeit von zukünftigen Investitionsprojekten!

Der Gemeinderat setzt die Prioritäten im Investitionsbudget und zeigt den Investitionsbedarf der Folgejahre im Finanzplan auf. Die Prioritäten werden nach der Dringlichkeit der Investitionsvorhaben gesetzt und inwieweit geplante Projekte unaufschiebbar sind.

5. *Wie schätzt der Gemeinderat die Umsetzung des nächsten Schrittes der Motion Thalmann Nr. 262/08, den Steuersatz auf 1.85 Einheit zu senken, ein?*

Im seit langen anhaltenden Steuerwettbewerb ist ein attraktiver Steuerfuss unabdingbar. Der Gemeinderat ist allerdings der Meinung, dass die regionale Konkurrenzfähigkeit massgebend sei im Verhältnis zu den dominanten Metropolregionen. Hier hat der Kanton Luzern vor allem bei den juristischen Personen deutlich Terrain gutgemacht. Die Steuergesetzrevision 2008 hat die Konkurrenzfähigkeit bei natürlichen und juristischen Personen verbessert, was aber auch zu vorübergehenden Steuerausfällen bei den Gemeinden führt. Die interkommunale Steuerkonkurrenz hält der GR nicht für vordringlich, weitere kommunale Steuersenkungen sind auch finanzpolitisch aus heutiger Sicht nicht tragbar. Aus diesen Gründen hält der Gemeinderat eine Senkung des Steuerfusses auf 1.85 Einheiten als nicht realisierbar und hat deshalb im Budget 2010 und der mittelfristigen Finanzplanung keine weitere Senkung des Gemeindesteuersatzes vorgesehen.

Viktor Bienz fragt Judith Luthiger an, ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist und ob sie eine Diskussion wünscht.

Judith Luthiger wünscht eine Diskussion.

Viktor Bienz stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Judith Luthiger bedankt sich beim Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Zum Teil werden die Aussagen des Gemeinderates in der SP kritischer betrachtet. Die Beantwortung der Frage 5 nehmen sie freudig zur Kenntnis.

13. *Interpellation Kaufmann: Beseitigung des Abfalls von Nachtschwärmern und Vollzug der Änderung des Übertretungsstrafgesetzes*

Nr. 070/09

Die Interpellation Kaufmann "Beseitigung des Abfalls von Nachtschwärmern und Vollzug der Änderungen des Übertretungsstrafgesetzes" wird wie folgt beantwortet:

1. *Welches sind die neuralgischen Treffpunkte in Kriens, an denen sich ähnliche Abfallprobleme wie im Bellpark, speziell im Frühling/Sommer, stellen?*

Die Werkdienste, die Polizei, die Sicherheitsdienste und die Jugenanimation stellen an folgenden Orten regelmässige Abfallprobleme fest:

- Dorfplatz;
- Gebiet Ringstrasse (Froschkönig, Industriestrasse, Mattenhof);
- Skaterplatz;
- Mittlerhusscheune;

- Verschiedene temporäre Treffpunkte über die ganze Gemeinde verteilt, welche sich in kurzen Abständen immer wieder verschieben (z.B. Bushaltestellen Kupferhammer, Langmatt, Fenkern, Metteln, Lauerzweg-Schlundstrasse, Hubelweg, Krauerwiese, Chlöpferdächli beim Buswendepplatz Obernau, vereinzelte Schulanlagen und Sammelstellen).

Die Probleme häufen sich bei schönem Wetter und in der Ferienzeit.

2. *Kann sich der GR vorstellen, diese neuralgischen Treffpunkte in Kriens an den Wochenenden pikettmässig (evt. Samstag- und Sonntagmorgen) räumen zu lassen?*

Die Werkdienste haben schon Reinigungsdienste und das Leeren von Abfalleimern an Sonn- und Feiertagen durchgeführt. Es ist bedauerlich, dass an Wochenenden Reinigungsdienste durchgeführt werden müssen, nur weil einzelne Leute keine Ordnung kennen und nicht wissen, wie man sich in der Öffentlichkeit verhält. Trotzdem ist der Gemeinderat heute der Meinung, dass der Abfall geräumt werden sollte. Er prüft deshalb einen regelmässigen Dienst an Wochenenden. Dieser könnte nicht mit den vorhandenen personellen Mitteln durchgeführt und müsste zusätzlich budgetiert werden. Andere Gemeinden oder Städte in der Grösse von Kriens führen regelmässige Wochenend-Reinigungsdienste durch.

Der Gemeindeordnungsdienst patrouilliert jeweils freitags und samstags sowie an definierten Vorfeiertagen auch bei den Sammelstellen sowie an den neuralgischen Orten vorbei und beanstandet das Littering-Fehlverhalten.

3. *Wie wird die Änderung des Übertretungsstrafgesetzbuches (Littering, wildes Plakatieren und Wegweisung etc...) gehandhabt?*

Die Kantonspolizei büsst die Verursacher von Littering oder wildem Plakatieren. Der Vollzug des neuen Gesetzes erweist sich allerdings gerade beim Littering nicht als einfach. Solange Personen neben ihrem Abfall anwesend sind, können sie jederzeit argumentieren, sie würden ihn noch zusammenräumen. Wenn die Verursacher weg sind, ist es schwierig, die schuldigen Personen ausfindig zu machen und deren Tat zu beweisen.

4. *Kann zum bereits bestehenden Abfalleimer im Bellpark (Foto) ein zweiter Abfalleimer montiert werden, der speziell für Glas gekennzeichnet wird?*

Beim Beispiel auf dem Foto Bellpark handelt es sich nicht um einen Verstoss gegen das Litteringgesetz. Der Abfall wurde von den Verursachern "entsorgt". Das Problem liegt bei den zu kleinen Abfalleimern und daher kann bei solchen Tatsachen keine Bestrafung von Verursachern erfolgen. Im Bellpark wurde vor kurzer Zeit ein neuer "Abfallhai" montiert, der ein grösseres Fassungsvermögen hat als der in der Interpellation abgebildete bisherige Abfalleimer. Zudem steht beim Schopf ein Container mit einer Öffnung. Seit-her gab es keine grösseren Probleme mehr im Bellpark.

Abfalleimer für Glas sind unzweckmässig. Das Volumen ist zu klein und der Aufwand für das Leeren und den Abtransport unverhältnismässig. Eine Glassammelstelle ist auf dem Areal Hofmatt vorhanden. Leider entsorgt kein Nachtschwärmer seine Bierflaschen getrennt.

Viktor Bienz fragt Christine Kaufmann an, ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist und ob sie eine Diskussion wünscht.

Christine Kaufmann dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation und wünscht keine Diskussion.

14. Interpellation Luthiger: Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2011 und der jetzigen Wirtschaftslage auf die Sozialausgaben Nr. 072/09

Die Interpellation Luthiger "Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2011 und der jetzigen Wirtschaftslage auf die Sozialausgaben" wird wie folgt beantwortet:

1 Wie schätzt der Gemeinderat die Entwicklung für die Aufwendungen der wirtschaftlichen Sozialhilfe ein? Welche Prognosen stellt der Gemeinderat für den weiteren Verlauf des Jahres 2009 und für das Jahr 2010?

Der nachfolgenden Tabelle kann entnommen werden, dass sich die relevanten Konten bis Ende Juli 2009 im budgetierten Rahmen bewegten.

Konto-Nr.	2008	2009	2009	2009	
	Rechnung	Budget	Jan-Juli Rechnung	Hochrechnung	
WSH Ortsbürger	581.01..	472'237	475'000	259'842	445'443
Beitrag an Kanton Rückerstattungen	..361.00	82'779	55'000	36'315	62'254
Beitrag an Lebensunterhalt	..366.00	852'483	930'000	543'398	931'539
Beitrag an Kosten in Heimen/Heilstätten	..366.01	162'578	150'000	7'742	13'272
Rückerstattungen Diverse	..436.01	621'112	650'000	309'603	530'748
RE Kanton	..451.00	4'491	10'000	18'010	30'874
RE Gemeinden	..452.00	0	0	0	0
WSH Kantonsbürger	581.02..	1'053'504	1'310'000	664'800	1'139'114
Beitrag an Kanton Rückerstattungen	..361.00	0	0	0	0
Beitrag an Gemeinden	..362.00	0	0	0	0
Beitrag an Lebensunterhalt	..366.00	1'987'899	2'200'000	1'105'507	1'895'155
Beitrag an Kosten in Heimen/Heilstätten	..366.01	186'790	210'000	111'969	191'947
Rückerstattungen Diverse	..436.01	1'121'185	1'100'000	552'676	947'445
RE Kanton	..451.00	0	0	0	0
WSH Bürger anderer Kantone	581.03..	1'161'766	1'265'000	786'116	1'347'627
Beitrag an Kanton Rückerstattungen	..361.00	6'821	5'000	16'915	28'997
Beitrag an Lebensunterhalt	..366.00	3'158'736	3'480'000	1'590'356	2'726'325
Beitrag an Kosten in Heimen/Heilstätten	..366.01	442'928	480'000	277'286	475'347
Rückerstattungen Diverse	..436.01	2'204'942	2'400'000	1'009'953	1'731'348
RE Kanton	..451.00	241'777	300'000	88'488	151'694
WSH Ausländische Staatsangehörige	581.04..	1'570'098	1'530'000	973'759	1'669'301
Beitrag an Kanton Rückerstattungen	..361.00	0	0	0	0
Beitrag an Lebensunterhalt	..366.00	2'859'473	2'830'000	1'746'709	2'994'358
Beitrag an Kosten in Heimen/Heilstätten	..366.01	132'402	150'000	75'054	128'664

Rückerstattungen Diverse	..436.01	1'421'777	1'450'000	848'004	1'453'721
RE Kanton	..451.00	0	0		0
WSH Flüchtlinge und vorläufig. Aufgenommene	581.06..	687'291	650'000	424'349	727'455
Beitrag an Kanton Rückerstattungen	..361.00	0	0	3'583	6'142
Beitrag an Lebensunterhalt	..366.00	1'065'717	880'000	935'991	1'604'556
Beitrag an Kosten in Heimen/Heilstätten	..366.01	5'922	10'000	12'447	21'338
Rückerstattungen Diverse	..436.01	282'178	190'000	419'912	719'849
RE Kanton	..451.00	102'170	50'000	107'760	184'731
Total Wirtschaftliche Sozialhilfe (WSH)		4'944'896	5'230'000	3'108'866	5'329'485

Mutterschaftsbeihilfe	581.05..	367'649	360'000	199'452	341'918
Beitrag an Mutterschaftsbeihilfe	..366.00	563'711	560'000	345'840	592'869
Rückerstattungen Diverse	..436.01	196'062	200'000	146'388	250'951
Total Mutterschaftsbeihilfe		367'649	360'000	199'452	341'918

Alimenteninkasso und Bevorschussung	582.00..	434'432	440'000	320'787	549'921
Betreibungskosten	..318.04	9'626	10'000	2'031	3'482
Beitrag an Alimentenzahlungen	..366.00	774'118	660'000	444'667	762'286
Beitrag an Alimentenbevorschussung	..366.01	903'566	830'000	620'247	1'063'281
Eingang von Alimenten	..436.02	787'089	660'000	421'675	722'871
RE Alimentenbevorschussungen	..436.03	465'789	400'000	324'483	556'257
Total Alimente		434'432	440'000	320'787	549'921

Total WSH, MBH und Alimente		5'746'977	6'030'000	3'629'105	6'221'323
------------------------------------	--	------------------	------------------	------------------	------------------

Die Prognosen für das Jahr 2010 basieren auf den Feststellungen der SKOS, (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe), wonach die hohen konjunkturellen Risiken und die einsetzende Rezession in einer ersten Phase zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Erfahrungsgemäss schlägt die Arbeitslosigkeit erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf die Sozialhilfe durch. Aufgrund dieser Prognose muss davon ausgegangen werden, dass die Gesuche um wirtschaftliche Sozialhilfe ab Herbst 2009 zunehmen werden.

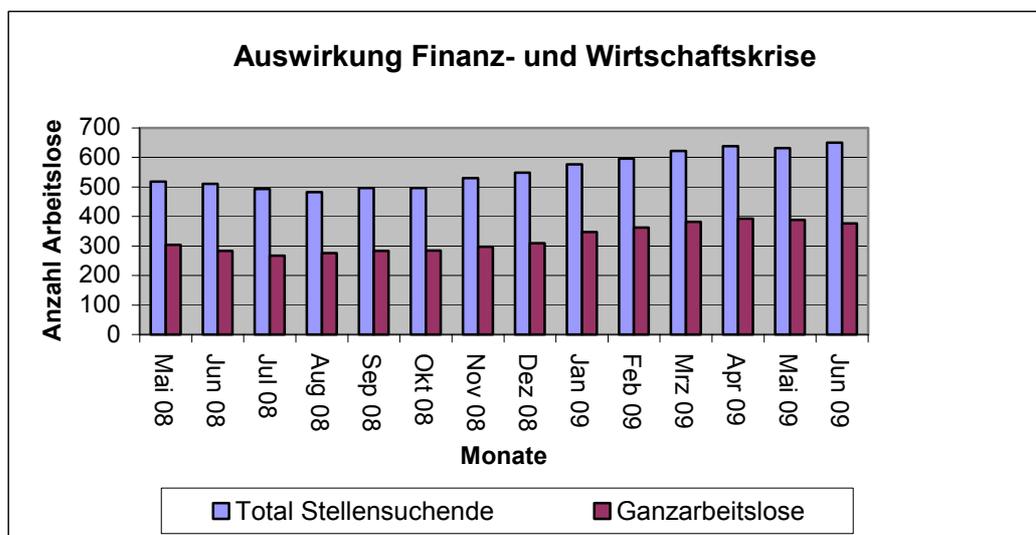
Die Prognosen über die Arbeitslosigkeit basieren auf den Feststellungen des SECO¹ und der Dienststelle wira² (vgl. nachfolgend Ziff. 3.2).

Im Rahmen des Budgetprozesses 2010 wird, basierend auf den aktuellen Zahlen des Jahres 2009, von einer Zunahme des Nettoaufwandes von ca. 13% ausgegangen.

¹ <http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00375/00376/index.html?lang=de>
<http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00384/index.html?lang=de>
² http://www.wira.lu.ch/download/ZD/AMA_Statistik_aktuell.pdf

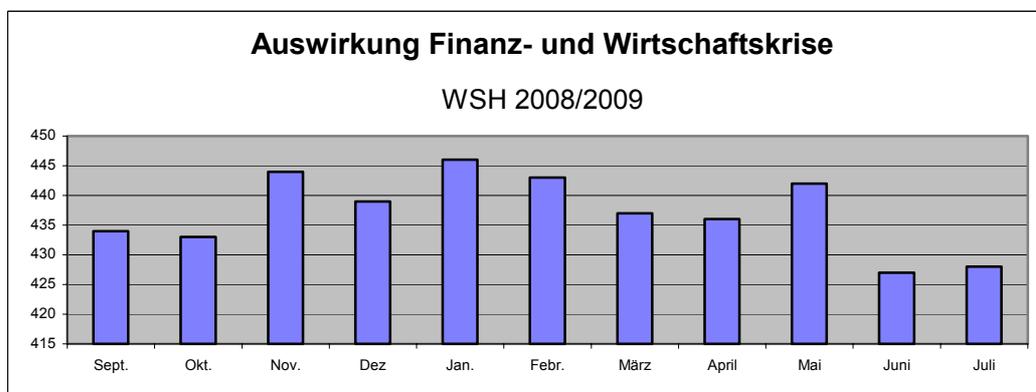
2.1 In welchen Bereichen sind die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in der Gemeinde Kriens schon sichtbar?

Das Arbeitsamt verzeichnet eine stetige Zunahme der Arbeitslosen. Im Mai 2008 waren 518 Stellensuchende gemeldet (Arbeitslosenquote 4.1%), davon 304 Ganzarbeitslose (Quote 2.4%). Im Mai 2009 (neuste Zahlen) stiegen die Zahlen auf 632 Stellensuchende (Arbeitslosenquote 4.99%), davon 388 Ganzarbeitslose (Quote 3.07%). Dies entspricht einer Zunahme von 114 Stellensuchenden (22%) und davon 84 Ganzarbeitslose (27.6%).



In den Sommermonaten 2008 nahm die Arbeitslosenzahl aufgrund der Saisonstellen etwas ab. Ab Oktober 2008 nahm die Arbeitslosenzahl wieder stetig zu. Es ist davon auszugehen, dass dies auch im Jahr 2009 so sein wird.

Die Gesuche um WSH sind in Kriens nach wie vor auf hohem Niveau stabil bis leicht sinkend. Es ist indes davon auszugehen, dass sich die Fallzahlen im Herbst verschlechtern werden.

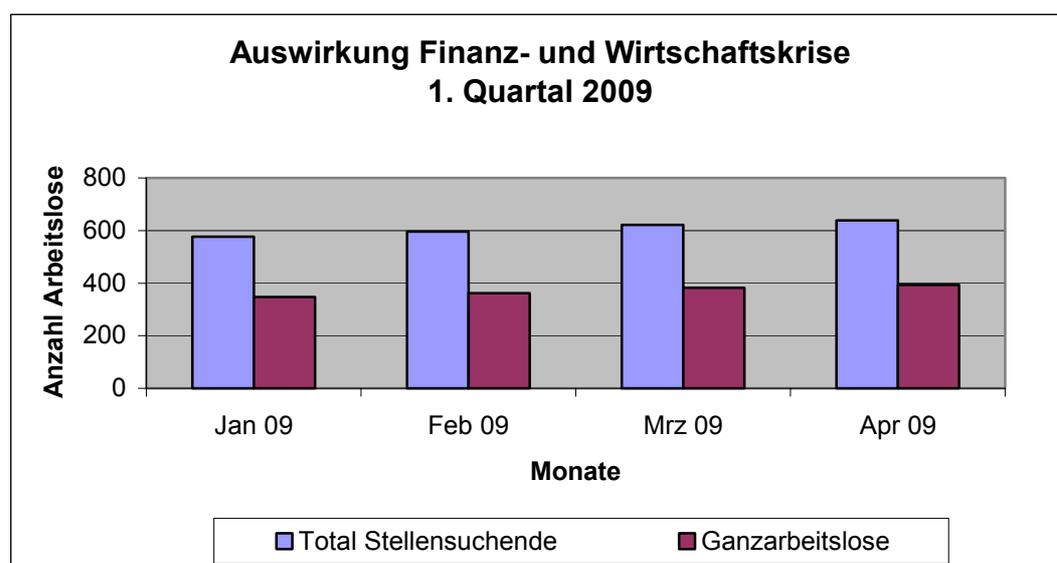


2.2 *Gab es in Kriens schon Betriebe, die Kurzarbeit einführen oder sogar Leute entlassen mussten?*

Die Kurzarbeit läuft nicht über das Gemeindearbeitsamt. Kurzarbeit wird direkt vom Betrieb an die Arbeitslosenkasse Wirtschaft und Arbeit (WIRA) angemeldet. Detaillierte Auskunft über Kurzarbeit in einer Gemeinde kann aufgrund des Systems nicht gemacht werden. Im Monat April nahm im Kanton Luzern die Zahl der von Kurzarbeit Betroffenen um 144 Personen auf 3'441 Arbeitnehmende zu. Dabei stieg die Zahl der Betriebe um 47 auf neu 175 betroffene Firmen an. Mit einem Total von 210'982 ausgefallenen Stunden wurde gegenüber dem Vormonat ein Rückgang um 12'646 Stunden verzeichnet³.

3.1 *Wie entwickelte sich die Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 2009?*

Im Januar 2009 waren Arbeitslosenzahl von 577 Stellensuchende gemeldet (Arbeitslosenquote 4.56%), davon 347 Ganzarbeitslose (Quote 2.5%). Bis im April 2009 stieg die Arbeitslosenzahl auf 638 Stellensuchende (Arbeitslosenquote 5.04%), davon 393 Ganzarbeitslose (Quote 3.10%). Dies ist ein Anstieg von 61 Stellensuchende (10.57%) und 46 Ganzarbeitslose (13.26%) .



3.2 *Von welchen Einschätzungen geht der Gemeinderat für das 2009 und das kommende Jahr aus?*

Gemäss Medienmitteilung des SECO vom 17. Juni 2009 steigt die Arbeitslosenquote im Jahr 2010 in der Schweiz auf durchschnittlich 5.5%⁴.

Aufgrund von Erfahrung der letzten Jahre erwartet das Arbeitsamt Kriens im Sommer wegen der Saisonstellen einen kleinen Rückgang der Arbeitslosenzahl. Im Herbst 2009 wird die Arbeitslosenzahl wieder erfahrungsgemäss ansteigen. Die Gruppe der neuen Ar-

³ http://www.wira.lu.ch/download/ZD/AMA_Statistik_aktuell.pdf Seite 1 und 21

⁴ <http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00375/00376/index.html?lang=de> ; pdf-Dokument: "Aktuelle Prognose"

beitslosen setzt sich dann insbesondere aus Schul- bzw. Lehrabgängern und – Lehrabgängerinnen sowie aus Personen, deren befristete Sommersaisonstellen zu Ende gegangen sind, zusammen.

Viktor Bienz fragt Judith Luthiger an, ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist und ob sie eine Diskussion wünscht.

Judith Luthiger dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und wünscht eine Diskussion.

Viktor Bienz stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Judith Luthiger bemerkt, dass es sicher noch eine Zeit dauern wird, bis Arbeitslose wieder in die Arbeit integriert werden können, was zu einer Verzögerung der Kosten führt.

15. Postulat Burkhardt: Licht-Signalanlage Schappe-Center Nr. 081/09

Es ist keine Opposition vorhanden, somit ist das Postulat überwiesen.

16. Postulat Bründler: Gesamtheitliche Lösungen in der Krienser Verkehrspolitik - Mehr Mobilität dank einer Ortsumfahrung Nr. 083/09

Gemäss Viktor Bienz findet eine Diskussion statt, da der Gemeinderat die Ablehnung des Postulats beantragt.

Toni Bründler dankt dem Gemeinderat für die Begründung. Kriens wird links liegen gelassen, wenn es um die Erschliessung geht. In Obwalden wird für jedes Dorf eine Umfahrung gebaut. Er kann sich nicht vorstellen, dass jemand dagegen sein kann, eine Umfahrung näher prüfen zu lassen. Heute ist schon ein paar Mal die Standortattraktivität angesprochen worden. Eine Umfahrung würde auch in dieser Hinsicht zu einer Verbesserung führen. Toni Bründler bittet den Rat, das Postulat zu überweisen.

Gemäss Matthias Senn teilt der Gemeinderat die Ansicht von Toni Bründler was die Verkehrsproblematik betrifft. Was die Lösung betrifft, ist der Gemeinderat der Meinung, dass eine Umfahrung nicht weiterverfolgt werden muss. Ausserdem ist Kriens mit den beiden Autobahnschlüssen gar nicht so schlecht erschlossen. Der Gemeinderat setzt sich aber für eine Verbesserung des Verkehrsflusses auf der Hauptachse für alle Verkehrsteilnehmenden ein.

Nach Daniel Piazza findet es die JCVP/CVP-Fraktion wahnsinnig, wie ungleich Bundes- und zum Teil Kantonsgelder für teilweise kleinere verkehrsspezifische Entlastungen in die Hände genommen werden. Vor allem auch im Zusammenhang vom alten Wunsch nach einer Zugererschliessung von Kriens oder auch vom Tiefbau-Projekt des Kantons. Das zeigt die Tabelle in der Begründung des Gemeinderates. Ein guter Punkt des Vorstosses ist sicher, dass ein wunder Punkt aufgezeigt wird. Auch wenn auf den gesamtschweizerischen und nicht auf den

Krienser Kontext bezogen. Aber man wäre falsch beraten, wenn man sich an ausgewählten, diskutablen, Beispielen orientiert, zumal die Erschliessung von peripheren Gebieten im föderalen Staat immer auch ihre Berechtigung haben. Man muss sich an den guten Beispielen orientieren. Und gute Beispiele sind aus Sicht der JCVP/CVP-Fraktion, wie es der Vorstoss im Titel fordert ganzheitliche und in Ergänzung dazu auch nachhaltige Lösungen in der Verkehrspolitik von Kriens bzw. generell in der Verkehrspolitik der ganzen Agglomeration.

An dem Punkt setzt die Fraktion zugleich auch ihren ersten Kritikpunkt an. Der Vorstoss verspricht im Titel die Forderung nach einer ganzheitlichen Lösung. Dies ist etwas, was die JCVP/CVP-Fraktion ebenfalls fordert. Mit Blick auf den Antrag im Postulat bezieht sich dann der Vorstoss allerdings ausschliesslich auf einen Bericht zum Individualverkehr, was ihnen zu unausgewogen und eben nicht ganzheitlich erscheint. Zum zweiten und wichtigeren Kritikpunkt: Die fünf vom Gemeinderat in seiner Begründung vermerkten Gründe für die Ablehnung überzeugen die JCVP/CVP, ganz besonders der Punkt, dass eine Ortsumfahrung einen viel zu kleinen Nutzen hat, um die aussergewöhnlich hohen Kosten von fast einer Viertelmilliarde (man stelle sich diesen Betrag und die fiskalischen und finanzpolitischen Auswirkungen gerade im Kontext der aktuellen Finanzlage der Gemeinde Kriens mal vor, selbst wenn Kriens nicht alles selbst bezahlen müsste und der Bund sowie der Kanton sich beteiligen würden) rechtfertigen zu können. Ausserdem würden aufgrund der Zurückklassierung der Hauptachse sogar die ganzen Betriebs- und Unterhaltskosten auf die Gemeinde Kriens abgewälzt. Die JCVP/CVP-Fraktion sieht auch die Bedenken bezüglich umweltschutztechnischen sowie weiteren orts- und landschaftsbildbezogenen Gründen.

Zusammenfassend findet die JCVP/CVP-Fraktion die Forderung der Postulanten nach "ganzheitlichen Lösungen" in der Krienser Verkehrspolitik sehr gut, sieht diese aber eher mit dem vom Gemeinderat in Aussicht gestellten umfassenden Bericht und den entsprechenden Massnahmen realisierbar, als mit dem vorliegenden Postulat, welches nur den Individualverkehr fördert. Aus diesem Grund lehnt die JCVP/CVP-Fraktion das Postulat ab.

Die Grüne-Fraktion beschäftigt nach Maurus Frey, dass sich die Autofahrer gegenüber den ÖV-Benützern benachteiligt fühlen. Sie sehen ihre freie Wahl des Verkehrsmittels gefährdet. "Die freie Fahrt für den freien Bürger" scheint gefährdet. Es ist gefährlich, die Investitionen des ÖV gegen den motorisierten Individualverkehr auszuspielen und umgekehrt. Die Buslinie Nr. 1 hat seit 2008 rund 1 Million mehr Reisende transportiert. Wenn diese Leute (auch wenn es nur die Hälfte sind) ihre freie Wahl des Verkehrsmittels anders vornehmen und das Auto benutzen würden, wäre der Individualverkehr extrem beeinträchtigt. Es sollte mittlerweile bekannt sein, dass mehr Strassen mehr Verkehr bedeuten, mehr Individualverkehr. Dieser Mehrverkehr müsste wieder durch erhöhte Investitionen in den ÖV abgefedert werden. Die Grüne-Fraktion schliesst sich der Argumentation des Gemeinderates an. Die Strassen nach und in Kriens werden von Kriens gefüllt. Eine Umfahrung füllt auch die neue Strasse schnell mit neuen Autos. Die Grüne Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Gemäss Thomas Lammer schreibt der Postulant richtig, dass unlängst in diesem Rat verschiedene Planungsberichte zur Verbesserung der Verkehrssituation verabschiedet wurden. Dabei ging es um kurz- bis mittelfristige Massnahmen im ÖV, aber auch um Vorhaben mit visionärem Charakter. In der Folge wurde auf der Basis des Berichts "Verkehrerschliessungen der Gemeinde Kriens – Planungen und Visionen" die Motion für eine Hochbahn eingereicht und das Hochbahnkomitee HOK gegründet. Sowohl die Motion wie das HOK sind in der Krienser Parteilandschaft breit abgestützt und signalisieren eine gemeinsame Stossrichtung. Dies erscheint der FDP-Fraktion ausserordentlich wichtig für die bevorstehenden Diskussionen

und Abklärungen. Die FDP Fraktion ist grundsätzlich mit dem Postulanten einig, dass auch der Individualverkehr nicht zu vernachlässigen ist. Eine einseitige Bevorzugung würde bei ihnen ebenfalls keine Unterstützung finden. Trotzdem lehnen sie die Überweisung des Postulates ab, da sie die Realisierung einer Umfahrung aus Kostengründen nicht in Betracht ziehen. Die FDP hat dieses Szenario im Vorfeld zu den oben erwähnten Berichten ebenfalls diskutiert und schlussendlich verworfen. Es ist richtig, dass Kriens seine "underdog" Rolle ablegen soll. Die Stossrichtung ist die Hochbahn und die FDP-Fraktion hofft, dass dies zu einer parteiübergreifenden Gemeinsamkeit wird.

Was Martin Heini beim vorherigen Postulat (LSA beim Schappe-Center) angetönt hat, verdeutlicht er hier. Die SP versteht diese Verkehrspolitik nicht, die durch dieses Postulat gefördert wird. Die Mobilität benötigt alle Verkehrsträger, Strassen und Schienen. Den Verkehrsträger Strasse gibt es in Kriens zur Genüge. Asphalt bis fast vor jedes Haus. Aber Schienen gibt es nicht. Das müsste logischerweise gefördert werden. Der Stau auf dem Verkehrsträger Strasse belegt, dass es die falschen Verkehrsmittel auf diesem Verkehrsträger sind. Die Verkehrsmittel auf der Strasse können nicht mehr Platz einnehmen, deshalb sind sie zu verdichten, und brauchen mehr Effizienz. Das kann nur heissen: Busse, Strassenbahn, U- oder Hochbahn. Es ist paradox, denn mehr ruhender Verkehr bedeutet mehr Parkplätze sowie mehr Zu- und Wegfahrten und somit eine Problemverschärfung. Zahlen belegen, dass das Verkehrschaos in Kriens Krienser Ursprung hat. Man kann es mit einem Krienser Original wie die Fasnacht vergleichen. Beide haben Gegner, man wird beide aber nie los. Beim Durchgangsverkehr hätte man ca. 10% Entlastung. Der Verkehr vom Zumhofgebiet zum Beispiel wird kaum via Obernau in den Tunnel fahren, um nach Luzern zu gelangen und für alle, die nach Horw wollen, ist das auch keine Lösung. Fr. 240 Mio. wären verlockt. Ganz schönes Kapital für die unterirdische S-Bahn. Zudem bedingt ein Tunnel Anschluss-Strassen. Die gleiche SVP setzte sich vehement gegen eine Bypass-Variante ein, weil das Anschlusswerk auf Krienser Boden zu stehen käme. Die SP unterstützt den Gemeinderat mit Antrag zur Ablehnung und hofft auf das Weiterverfolgen der wirklich zukunftssträchtigen und innovativen Lösungen und auf den Schutz und die Förderung der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer.

Räto Camenisch lässt sich nicht vorwerfen, dass sich die SVP nicht für den ÖV einsetzt. Man muss einfach weitersehen. Luzern will den Tiefbahnhof realisieren. Alles Geld was vom Bund und Kanton zur Verfügung steht, wird in dieses Projekt fliessen. Man darf doch zumindest fordern, dass die wirklichen Verkehrsprobleme in Kriens in der Zukunft gelöst werden. Wenn das nicht geht, sollte man nicht mehr Bauen. Man müsste dem Kanton klar sagen, dass er eine Bahnverbindung nach Kriens realisiert, denn immerhin führt die Verbindung Luzern-Bern durch Kriens.

Gemäss Robert Thalmann muss man heute nicht materiell diskutieren. Es wird nur ein Planungsbericht gefordert. Es geht nicht nur um eine Umfahrung, sondern auch um mehr Parkplätze im Zentrum. Die Bürgerlichen inkl. der CVP sind an einem starken Gewerbe interessiert. Er bittet den Rat das Postulat zu überweisen.

Nach Erich Tschümperlin ist es nicht so, dass die Erarbeitung eines Planungsberichts nichts kostet, wie Robert Thalmann gesagt hat. Die Gemeindeangestellten, die den Bericht verfassen, haben auch einen Lohn. Kriens kann sich eine Umfahrung schlicht weg nicht leisten. Weshalb sollte der Einwohnerrat die Gemeindeverwaltung nun wieder mit einem Bericht beschäftigen?

Martin Heini macht darauf aufmerksam, dass in diesem Vorstoss ganz klar der individuelle Strassenverkehr angesprochen wird und bittet, das Postulat abzulehnen.

Toni Bründler erinnert daran, dass bereits im Frühjahr ein Vorstoss von ihm betreffend die Zentralbahn abgelehnt wurde.

Joe Brunner stellt den Ordnungsantrag, nun abzustimmen.

Abstimmung über den Ordnungsantrag von Joe Brunner:

Der Ordnungsantrag wird mit 18:13 Stimmen angenommen.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	Enthaltung
Graber, Kathrin	n.t.
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Thalmann, Robert	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	n.t.

Toni Bründler spricht weiter und argumentiert für die Überweisung seines Postulats. Er nennt diverse Beispiele zur Attraktivierung. Er will niemanden ausspielen und bittet auch die FDP, seinen Vorstoss zu unterstützen.

Gemäss Patrick Koch hat dieser Vorstoss nichts mit dem ÖV zu tun. Massnahmen im Planungsbericht müssen nicht zwingend etwas kosten. Auch er nennt Beispiele. Er hat kein Verständnis dafür, dass die FDP diesen Vorstoss nicht überweisen kann.

Abstimmung Überweisung Postulat Bründler:

Die Überweisung des Postulats wird mit 18:13 Stimmen abgelehnt.

Achermann, Marco	nein
Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	Enthaltung
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	n.t.
Hauser, Bernadette	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Thalman, Robert	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	n.t.

Mittagspause von 12.15 bis 13:30 Uhr

17. Postulat Tschümperlin: Keine Benachteiligung von Krienserinnen und Kriensern wegen Pflegebettenmangel **Nr. 086/09**

Aus Zeitmangel abtraktandiert.

**18. Motion Graber und Mitunterzeichnende: Genügend öffentliche Spiel-
+ Sportflächen in Kriens** **Nr. 087/09**

Aus Zeitmangel abtraktandiert.

**19. Motion Koch: Neuwahl der Krienser Delegierten in den Gemeindever-
bänden REAL & RPV** **Nr. 092/09**

Aus Zeitmangel abtraktandiert.

**20. Motion Thalmann: Obligatorische Deutschtests für Einbürgerungswil-
lige** **Nr. 095/09**

Aus Zeitmangel abtraktandiert.

**21. Postulat Luthiger: Mehr Sicherheit für Kinder in Tempo-30-Zone
Südstrasse** **Nr. 096/09**

Aus Zeitmangel abtraktandiert.

**22. Postulat B. Bienz: Bessere Nutzung des Schlössli-Parks durch Um-
gestaltung** **Nr. 099/09**

Aus Zeitmangel abtraktandiert.

**23. Motion Luthiger: Verbot von extremistischen, gewaltverherrlichenden
Veranstaltungen** **Nr. 106/09**

Aus Zeitmangel abtraktandiert.

24. Motion Wili: Erlass von Planungszonen **Nr. 111/09**

Aus Zeitmangel abtraktandiert.

25. Postulat Kaufmann: Treffpunkt Museumscafé **Nr. 113/09**

Aus Zeitmangel abtraktandiert.

26. Postulat Piazza: Prüfung alternativer Organisations- und Finanzierungsformen für die Heime Kriens **Nr. 114/09**

Aus Zeitmangel abtraktandiert.

27. Fragestunde

Viktor Bienz erklärt, dass jedes Ratsmitglied berechtigt ist, dem Gemeinderat eine mündliche Fragen zu stellen. Das zuständige Mitglied des Gemeinderates beantwortet die Frage ebenfalls mündlich, wobei keine Diskussion stattfindet.

Erich Tschümperlin stellt einen Ordnungsantrag. Es sollen zuerst die restlichen, traktandierten Geschäfte erledigt und die Fragestunde auf eine nächste Sitzung verschoben werden.

Judith Luthiger opponiert dem Antrag.

Gemäss Helene Meyer-Jenni wäre der Gemeinderat nicht unglücklich, wenn die Vorstösse abgearbeitet werden können. Sie stehen aber selbstverständlich gerne für die Fragestunde zur Verfügung.

Patrick Koch ist der Meinung, dass die Fragestunde an der heutigen Sitzung durchgeführt werden soll. Ansonsten werden nur wieder weitere Vorstösse eingereicht.

Viktor Bienz weist darauf hin, dass die Fragestunde einmal im Jahr durchgeführt werden muss.

Martin Heini fragt, ob die restlichen zehn Vorstösse auf die nächste Sitzung verschoben werden oder ob man diese jetzt abarbeiten möchte. Wenn nicht, wird die nächste Sitzung wiederum eine ganztägige.

Viktor Bienz erklärt, dass die nächste Sitzung so oder so eine ganztägige sein wird. Die Traktanden müssen verschoben werden.

Abstimmung über die Durchführung der Fragestunde

Mit 16:12 Stimmen wird entschieden, die Fragestunde an der heutigen Sitzung durchzuführen.

Achermann, Marco	nein
Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	n.t.
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	ja

Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	n.t.
Graber, Kathrin	nein
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Hug, René	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	Enthaltung
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	n.t.
Müller, Ursula	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	n.t.
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	ja

Joe Brunner fragt, ob man aus dem Resultat der Befragung vom November 2008 zur Mitarbeitendenzufriedenheit betreffend Arbeitsbedingungen und Lohnzufriedenheit Erkenntnisse gewonnen hat und ob man daraus Konsequenzen zieht.

Paul Winiker informiert, dass man zur Zeit daran ist, die Löhne (Verwaltung und Heime) mit den Agglomerationsgemeinden aufgrund den Stellenbeschreibungen zu vergleichen. Sobald Resultate vorliegen, wird darüber informiert.

Martin Heini möchte wissen, wann die Signalisation „Tempo 40“ auf der Langsägestrasse eingeführt wird.

Matthias Senn antwortet, dass dies soweit vorbereitet ist und demnächst erfolgen wird.

Mario Urfer fragt, wer den Unterhalt der Strassenbeleuchtung betreibt und ob die Gemeinde Kriens eine klare Energieeffizienzvorgabe dazu hat.

Cyрил Wiget antwortet, dass für den Strassenunterhalt inkl. Beleuchtung das Baudepartement zuständig ist. Aufgrund einer hängigen Motion muss abgeklärt werden, welches Einsparungspotenzial bei der Strassenbeleuchtung vorhanden ist.

Matthias Senn informiert, dass ein grosser Anteil der Strassenbeleuchtung ersetzt wurde, wobei man viel einsparen konnte. Er verweist dazu auf den B+A Nr. 168/06 „Bauabrechnung energetische Sanierung der öffentlichen Strassenbeleuchtung“.

Jennifer Maldonado weist darauf hin, dass in der Stadt Luzern mit der Einführung der Betreuungsgutscheine für Eltern bereits während zwei Jahren gute Erfahrungen gemacht wurden. Wann beabsichtigt der Gemeinderat, die Betreuungsgutscheine in Kriens einzuführen?

Cyrill Wiget antwortet, dass die Erfahrungen in der Stadt nicht durchwegs positiv waren. Er denkt, dass mit der Einführung in Kriens zugewartet werden soll. Es braucht flankierende Massnahmen zur Überarbeitung. Die Einführung kann frühestens im 2011 erfolgen. Es macht keinen Sinn, dieselben Fehler wie die anderen zu machen.

Bernadette Hauser weist auf die Situation betreffend Vortrittsberechtigung an der Hackenrainstrasse, Südstrasse und St. Niklausengasse hin. Seit der Einführung der neuen Signalisation ist die Situation unklar, wer genau Vortritt hat. Daher würde sie es begrüessen, wenn die Bevölkerung darüber informiert wird (z.B. über Kriens info).

Matthias Senn findet dies einen guten Vorschlag.

Peter Portmann fragt, ob die Familie Arab ausgeschafft wurde und wenn nicht, warum nicht.

Gemäss Lothar Sidler wurde die Familie Arab noch nicht ausgewiesen, da eine Person der Familie nicht ausweisungsfähig war.

Christine Kaufmann führt aus, dass der Skaterpark im Schlund aus verständlichen Gründen geschlossen wurde. Ist man zuversichtlich, dass der Park für die Jugendlichen wieder geöffnet wird?

Cyrill Wiget antwortet, dass die Massnahme mit der Schliessung richtig war. Die Jugendlichen müssen sich nun bewähren und beteiligen. Bis zum nächsten Sommer bleibt der Skaterpark sicherlich geschlossen.

Roland Burkhardt fragt, weshalb das kaputte Trottoir beim Hobacherweg/Schappe-Center nicht geflickt wird.

Matthias Senn erklärt, dass dort eine komplizierte Rechtslage betreffend den Strasseneigentümer vorherrscht.

Werner Baumgartner erkundigt sich, wie die Zusammenarbeit mit der Stiftung Brändi betreffend Skateranlage gelöst ist.

Cyrill Wiget führt aus, dass die Jugendlichen die Anlage selber aufräumen und putzen müssen. Beim Skaterpark besteht mit der Stiftung Brändi ein Vertrag, worin geregelt ist, dass diese die Grundreinigung des Skaterparks übernehmen. Ansonsten ist die Grundreinigung innerhalb der Gemeinde über den Werkdienst organisiert.

Ursula Müller fragt, ob die Möglichkeit besteht, dass das Hotel Himmelrich wieder aufgeht.

Matthias Senn kann dies nicht abschliessend beantworten. Am besten wäre es aber, wenn das Hotel jemand anderes kaufen würde.

Toni Bründler fragt, ob man die Situation im Salesiapark im Griff habe und wie es mit dem Abfall aussieht.

Cyрил Wiget antwortet, dass nie gesagt wurde, dass sich keine Personen im Salesiapark aufhalten dürfen. Es soll aber kein Drogenumschlagplatz sein. Ein amtsrichterliches Verbot soll die Ordnung vollziehen. Die Polizei bestätigt, dass man die Situation im Griff hat. Auch die Abfallsäcke sind in der Regel Gebührensäcke. Dies wird wie bei den Krienser Einwohner/Einwohnerinnen gehandhabt.

Simon Konrad hält fest, dass betreffend der Wirtschaftlicher Sozialhilfe vom Winterthurer-Modell gesprochen wurde. Hat man da bereits Kontakt gehabt?

Lothar Sidler antwortet, dass man sich über das Modell informiert hat. Zur Zeit steht man diesbezüglich mit der Stadt Luzern in Kontakt. Deren Modell ist ähnlich wie das von Winterthur.

Kathrin Graber bemerkt, dass es in Kriens keinen Wirtschaftsförderer mehr gibt. Wie sieht die Situation nun aus?

Matthias Senn informiert, dass die Aufteilung zwischen der kantonalen und kommunalen Wirtschaftsförderung gut ist. Man kann viel profitieren. Es könnte jedoch besser sein, aber es braucht noch Zeit.

Judith Luthiger bezieht sich auf die Umfrage zur Mitarbeitenden-Zufriedenheit. Dabei wurde festgestellt, dass bei den Kaderangestellten Nachholbedarf besteht und diese Kurse besuchen sollen. Sie möchte nun wissen, wie weit man mit der Umsetzung ist.

Paul Winiker informiert, dass ein Modul bereits gestartet ist. Im Laufe des ersten Semesters 2010 wird eine weitere Führungsschulung für das Kader durchgeführt.

Louis Rey fragt, wann die Brandruine "Sagelischmiede" endlich abgerissen wird.

Matthias Senn antwortet, dass ein neues Baugesuch für dieses Projekt demnächst eingereicht wird. Wenn dieses bewilligt ist, wird die Brandruine entfernt.

Bernadette Hauser führt aus, dass die Namen und Adressen der Ratsmitglieder auf der Krienser Homepage veröffentlicht sind. Sie fragt, ob es bei der neuen Homepage vorgesehen ist, auch die E-Mail-Adressen zu veröffentlichen.

Guido Solari antwortet, dass die E-Mail-Adressen aufgenommen werden können. Alle Einwohnerratsmitglieder haben eine „Krienser-Adresse“, welche die Mails auf die private E-Mail-Adresse umleitet. Es würde also nicht die private E-Mail-Adresse veröffentlicht werden.

Roland Burkhardt fragt, weshalb bei der Zumhofhalde eine andere Parkplatzregelung eingeführt wurde.

Matthias Senn erklärt, dass dies eine Gemeindestrasse ist. Der Gemeinderat musste eine Parkplatzbewirtschaftung einführen. Er versteht aber, dass dies nicht so eine glückliche Situation ist. Man muss dies aber wie die anderen Strassen handhaben. Ein entsprechendes Reglement wird an der Dezember-Sitzung im Rat behandelt.

Christine Kaufmann bemerkt, dass bei der Waldheimstrasse / Eschenstrasse eine Tempo 30-Zone ist und deshalb der Fussgängerstreifen entfernt wurde. Vom Buchenweg her kommen die Fahrzeuge meist ziemlich schnell. Kann dort ein Hindernis zur Verkehrsberuhigung eingeführt werden?

Matthias Senn erklärt, dass noch nichts bestimmt ist. Am Verkehrssicherheitsrapport wurde dies aber besprochen. Die Geschwindigkeitsbemessungen zeigten, dass die Geschwindigkeit eingehalten wurde. Im Moment besteht keine Alternative in Form einer baulichen Massnahme.

Bruno Bienz stellt fest, dass bei der Südstrasse kein Fussgängerstreifen mehr da ist, bei der Wichlernstrasse aber schon. Er fragt, ob dieser noch weggenommen wird oder nicht.

Matthias Senn erklärt, dass das Baudepartement mit der Polizei vereinbarte, die Fussgängerstreifen in der Tempo 30-Zone nur dort wegzunehmen, wo Belagsarbeiten durchgeführt werden. Der Kanton hat nun alle Behörden zu einer Konferenz im Dezember eingeladen, wobei über das weitere Vorgehen informiert wird. Auch in der Stadt gibt es noch Fussgängerstreifen in Tempo 30-Zonen. Es soll eine einheitliche Regelung für den ganzen Kanton erstellt werden.

Räto Camenisch führt aus, dass die Zumhofhalde oft voller Blätter von den Bäumen ist. Wenn es nass ist, wird dies ziemlich rutschig. Gibt es da Verbesserungsvorschläge?

Mattias Senn hat persönlich noch nie davon gehört. Er nimmt dies aber zur Kenntnis.

Joe Brunner fragt, weshalb beim Stampfeli das Trottoir nicht geteert ist.

Matthias Senn erklärt, dass dies ein Vorschlag für den Rad-Geh-Weg Richtung Renggloch ist. Im Rahmen des Radwegkonzeptes wird abgeklärt, ob die finanziellen Mittel dazu gesprochen werden können, obwohl dies eigentlich eine Kantonsaufgabe wäre.

Werner Baumgartner weist darauf hin, dass die Motelstrasse gefährlich ist. Werden dort Massnahmen getroffen?

Matthias Senn erklärt, dass dies am Verkehrssicherheitsrapport besprochen wurde. Im Moment kann noch nichts gemacht werden bis alles abgeschlossen ist. Eine Strassenbeleuchtung wird aber geprüft.

Kathrin Graber möchte wissen, was für aktuelle Projekte der Sportkoordinator führt.

Cyrill Wiget informiert, dass die Hauptaufgabe von Raphael Ackermann die Koordination zwischen den Vereinen ist. In der Zwischenzeit konnte er einige Beziehungen aufbauen. Im Moment beschäftigt er sich viel mit dem Sportclub Kriens, da dort die Problematik stark drückt.

Mario Urfer fragt, ob dieses Jahr eine andere Weihnachtsbeleuchtung aufgehängt wird.

Gemäss Matthias Senn ist eine neue Beleuchtung geplant. Dazu wurden Offerten eingeholt.

Simon Konrad fragt, ob es üblich ist, dass ein Baugesuch ohne vorhandene Einsprachen mehr als zwei Monate zum Bearbeiten dauert.

Matthias Senn ist es nicht bekannt, um was es geht.

Da keine weiteren Fragen vorhanden sind, wird die Fragestunde beendet.

Viktor Bienz fragt, ob noch ein weiteres Traktandum behandelt werden möchte.

Martin Heiz stellt einen Ordnungsantrag auf Schluss der Sitzung.

Abstimmung Ordnungsantrag – Schluss der Sitzung (durch Handheben)

Die Mehrheit ist dafür, die Sitzung zu schliessen.

Schluss

Die nächste Sitzung findet am 26. November 2009 statt. Die Geschäftsleitung wird sich beraten, ob die nächste Sitzung wieder eine Tagessitzung wird.

An der November-Sitzung wird Robert Thalmann verabschiedet.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Krienserhalle.

Die Sitzung wird um 18:55 Uhr geschlossen.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Viktor Bienz

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerinnen:



Yvonne Rösli



Andrea Sigrist



Petra Burkhart